



Bulletin

SAGW Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften
ASSH Académie suisse des sciences humaines et sociales
ASSU Accademia svizzera di scienze umane e sociali
ASSU Academia svizra da ciencias umanas e socialas
SAHS Swiss Academy of Humanities and Social Sciences

Dossier

Sustainable Development Goals



Wissenschaftspolitik: Next Generation: Für eine wirksame Nachwuchsförderung, S. 9

SAGW-News: Dodis – wie Chanel, S. 30

International: Digital-Humanities-Tagung in Köln – Raum für (Selbst-)Kritik, S. 71

Mitglied der

a+ akademien der
wissenschaften schweiz

Die Akademien der Wissenschaften Schweiz vernetzen die Wissenschaften regional, national und international. Sie engagieren sich insbesondere in den Bereichen **Früherkennung** und **Ethik** und setzen sich ein für den **Dialog** zwischen Wissenschaft und Gesellschaft.

www.akademien-schweiz.ch

Impressum

Bulletin 2, Mai 2018. Erscheint viermal jährlich.

Herausgeberin: Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften,

Haus der Akademien, Laupenstrasse 7, 3008 Bern

Telefon +41 (0)31 306 92 50, sagw@sagw.ch, www.sagw.ch

Auflage: 2600

Redaktion: Markus Zürcher (mz), Beatrice Kübli (bk)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Marlene Iseli (mi), Beat Immenhauser (ib), Franca Siegfried (fs),

Lea Berger (lb), Fabienne Jan (fj), Manuela Cimeli (mc)

Bilder: Titelbild: © weseetheworld - fotolia.com

S. 3: © United Nations

S. 6 (l), 16, 25 (r): © Manu Friederich

S. 6 (r), 24, 26, 74: © SAGW

S. 8: © Rawpixel.com - fotolia.com

S. 25 (l): © Matthias Ammann

S. 30, 31: © DDS

S. 38: © kate - fotolia.com

S. 70: © sdecoret - fotolia.com

Layout: Druck- und Werbebegleitung, 3098 Köniz

Gestaltungskonzept: Laszlo Horvath, Bern

Korrektorat und Druck: Druck- und Werbebegleitung, 3098 Köniz

DOI: <http://doi.org/10.5281/zenodo.1222084>





vermitteln – vernetzen – fördern
communiquer – coordonner – encourager

SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS



Neue Wege in Wissenschaft und Forschung

4



Die negativen Folgen des seit der Jahrtausendwende dominanten, von der Leistungsindikatorik geprägten «New Science Regime» lassen sich nicht mehr übersehen. Klartext sprachen an der diesjährigen Jahreskonferenz der European University Association (EUA) deren Präsident sowie der Gastgeber, der Rektor der Universität Zürich: Die für die Qualitätssicherung wie den wissenschaftlichen Fortschritt notwendige Überprüfung von Forschungsarbeiten wird vernachlässigt und mit dieser wichtigen Arbeit lassen sich keine Lorbeeren gewinnen. Schätzungsweise die Hälfte der Publikationen werden von niemandem gelesen, jedoch zwecks Ausbau des Leistungsausweises aufgelegt. Besonders negativ betroffen sind Nachwuchsforschende von kurzfristig angelegten Projekten, die unter dem Druck der Drittmittelwerbung in hoher Kadenz ausgeschrieben werden. Durchgeführt werden diese zu einem guten Teil von Postdocs, die zeitlich befristet angestellt die Arbeit leisten. Nachwuchsförderung erfordert jedoch verlässliche Karriereperspektiven. Gestützt auf den im Frühsommer 2017 durchgeführten internationalen Workshop und eng begleitet von der zuständigen Arbeitsgruppe «Geisteswissenschaften» hat Thomas Hildbrand Leitprinzipien, Massnahmen, Instrumente und Finanzierungformen herausgearbeitet, welche die Situation massgeblich zu verbessern vermögen. Zu wünschen ist, dass der Bericht «Next Generation: Für eine wirksame Nachwuchsförderung» Beachtung findet, insbesondere auch in der Botschaft zu Bildung, Forschung und Innovation für die Jahre 2021 bis 2024, die im kommenden Jahr ausgearbeitet wird (Seite 9).

Überfällig ist auch die Mitgliedschaft der Schweiz beim europäischen Infrastrukturnetzwerk für die digita-

len Geisteswissenschaften (DARIAH). Die von der Akademie und den interessierten Universitäten eingeleiteten Vorarbeiten sind weit fortgeschritten, und wir sind zuversichtlich, dass die Mitgliedschaft in guten Fristen realisiert werden kann (Seite 12). Die Mitwirkung der Schweiz ist umso mehr angezeigt, als dass in der Schweiz äusserst innovative und agile Infrastrukturen mit hoher internationaler Reputation tätig sind, wie die Reportage «Dodis – wie Chanel» zeigt (Seite 30). Sie schaffen im Zeichen der «Digital Humanities» auch die notwendigen Verbindungen und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Mitwirkung der schweizerischen Geisteswissenschaften am kommenden 9. EU-Forschungsrahmenprogramm (Seite 71/72). Erfreulich ist auch, dass die All European Academies (ALLEA) die Alterung, deren wissenschaftliche Bearbeitung über die von der SAGW im vergangenen Jahr lancierte «Platform Ageing Society» gebündelt und gefördert wird, als eines der vier Topthemen für das kommende EU-Forschungsprogramm identifiziert hat (Seite 22).

Als Inkubator für eine systematische und vernetzte geistes- und sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Gegenwartsfragen will die Akademie die 17 «Sustainable Development Goals» nutzen. Wie das Dossier zu diesem Bulletin verdeutlicht, erfordert deren Umsetzung ein erweitertes Wissenschaftsverständnis, das Ziel- und Transformationswissen und damit normative Aspekte einschliesst. Thematisiert werden die sieben Sozialziele, die in der Agenda Eingang gefunden haben. Wie der Sonderbeauftragte für die SDGs, Botschafter Gerber (Seite 41), und die Direktoren des Zentrums für Nachhaltige Entwicklung und Umwelt der Universität Bern, Thomas Breu

und Peter Messerli (Seite 43), betonen, erfordern nicht allein die Sozialziele geistes- und sozialwissenschaftliche Expertise. Die Bewältigung der ökologischen Herausforderungen geht mit einer Vielzahl von Zielkonflikten einher, deren Ursachen oftmals prekäre Lebensverhältnisse sowie Defizite und Lücken in der politischen und rechtlichen Ordnung sind.

Neue Wege in der Förderung wie auch der Ausrichtung von Wissenschaft und Forschung sind angezeigt. Wesentliche Aspekte sind dabei einerseits die kritische Diskussion und Prüfung von Ergebnissen und andererseits eine verstärkte Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Herausforderungen. Entsprechend darf erwartet werden, dass die verantwortlichen Organe die notwendigen Schritte einleiten.

Editorial

4 Neue Wege in Wissenschaft und Forschung

Wissenschaftspolitik Politique scientifique

- 9 «Next Generation: Für eine wirksame Nachwuchsförderung»
- 12 DARIAH-CH: in statu nascendi
- 14 In Kürze

6

Akademien der Wissenschaften Schweiz Académies suisses des sciences

- 17 SDG-Konferenz – Der Beitrag der Wissenschaft
- 19 Medical Humanities – «Le pouvoir de l'argent»
- 20 Das Versprechen der Bildung: Wie und inwiefern wird es eingelöst?
- 22 Nouveaux projets pour «Ageing Society»
- 24 Museumsnacht in Bern



Die Akademien der Wissenschaften Schweiz nahmen erstmals an der Museumsnacht Bern teil, S. 24.



Die Tagung «Gewalt gegen Frauen in der Schweiz – von hier aus wohin?» wurde vorwiegend von Frauen besucht, S. 27.

SAGW-News News ASSH

- 27 La violence contre les femmes en Suisse
- 30 «Dodis – wie Chanel»
- 33 Assemblée annuelle 2018 à Winterthour
- 34 Tagungsankündigung – Die «Daten» im Fokus
- 36 Prochainement dans la série de manifestations «Les multiples facettes du patrimoine»
- 37 Ein solider Zugang zu Wissen und Expertise – Die vier Fachportale der SAGW

Dossier Sustainable Development Goals – Beitrag der Schweiz

- 39** SDGs: La contribution des sciences humaines et sociales
- 41** Die Schweiz und die SDGs. *Michael Gerber*
- 43** Die SDGs – eine Herausforderung für die Wissenschaft. *Thomas Breu, Peter Messerli*
- 45** Weniger Armut in der Schweiz – Ideen sind da, der Wille fehlt. *Walter Schmid*
- 47** Armut ist die sozialpolitische Herausforderung der Zukunft. *Hugo Fasel*
- 49** Gesund und mit hoher Lebensqualität altern *Mike Martin, Hans-Rudolf Schelling, Alexandra M. Freund, Christina Röcke, Matthias Kliegel*
- 51** Wohlergehen von Kindern in Zeiten der Nachhaltigkeit. *Catrin Heite, Veronika Magyar-Haas, Marion Pomey, Franziska Schlattmeier*
- 53** Frauenhandel und sexuelle Ausbeutung in der Schweiz – Eine Übersicht. *Maritza Le Breton*
- 55** Bekämpfung von Zwangsheiraten – ein Beispiel für die Verflochtenheit von Selbstbestimmung, Gleichstellung und nachhaltiger Entwicklung *Anu Sivaganesan*
- 57** Prekäre Beschäftigung und schwere Ausbeutung von migrantischen Arbeitnehmenden. *Sarah Schilliger*
- 59** Prekäre Arbeitsverhältnisse im digitalen Wandel *Michael Mattmann*
- 61** Ungleichheit in der Schweiz: widersprüchliche Entwicklungstendenzen. *Christian Suter, Laura Ravazzini*
- 64** Mesures politiques contre les inégalités *Jean-Michel Bonvin*
- 66** Ressourcenschonend konsumieren und produzieren *Patrick Wäger, Heinz Böni*
- 68** Die Schweiz im Kontext von Frieden und Gerechtigkeit *Anna Leissing*
- 69** SAGW-Veranstaltungsreihe zu den SDGs

International

- 71** Digital-Humanities-Tagung in Köln – Raum für (Selbst-)Kritik
- 72** Geistes- und Sozialwissenschaften im 9. EU-Forschungsrahmenprogramm

Publikationen Publications

- 75** Danielle Chaperon: «Littérature et études théâtrales: ombres au tableau et perspectives»
- 76** Innovation Anregung/Impulse aus den Geistes- und Sozialwissenschaften – ein Werkstattbericht
- 77** Thomas Hildbrand: «Next Generation: Für eine wirksame Nachwuchsförderung»

Wissenschaftspolitik Politique scientifique





«Next Generation: Für eine wirksame Nachwuchsförderung»

(mi) Es braucht verlässlichere Karriereperspektiven für den oberen Mittelbau. Die Schweiz befindet sich zwar in einer Umbruchsituation, die grosse Reform ist aber bisher ausgeblieben. Eine Reihe von Vorarbeiten im SAGW-Schwerpunkt «Wissenschaftskultur der Geisteswissenschaften» unterlagen somit dem Anspruch, das auf dem heutigen System aufbauend Machbare mit Visionen für grössere Reformen zu verbinden. Daraus hervor ging der Bericht «Next Generation: Für eine wirksame Nachwuchsförderung».

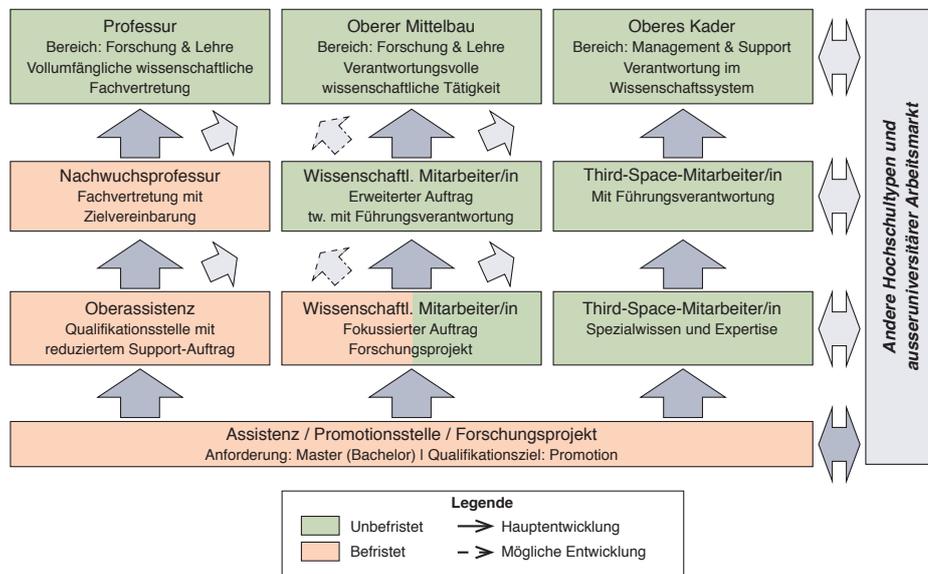
Der eben von den Akademien der Wissenschaften Schweiz veröffentlichte Bericht gibt Impulse und unterbreitet konkrete Vorschläge, die einer höchst diversifizierten Hochschullandschaft Rechnung tragen können. Er formuliert relevante Leitprinzipien und Massnahmen für die

Postdoc-Phase und eine wirksame Nachwuchsförderung. Vorgelegt werden Empfehlungen zu Strukturen, zu Instrumenten, zur Finanzierung und mit Grundsatzcharakter. Thomas Hildbrand vom Zentrum für Hochschulentwicklung Zürich und Autor des Berichts fasst die zentralen Elemente des Berichts folgendermassen zusammen:¹

Wer etwas verändern will, skizziert das angestrebte Ziel. Der Bericht formuliert Leitsätze, die eine künftige Postdoc-Position im Sinne dieser Zielsetzung umschreiben. Eine grössere Eigenständigkeit, klare Anforderungen, gute Planbarkeit der Karriereschritte, transparente Beurteilung, längerfristig gesicherte Finanzierung, angemessene Rahmenbedingungen für Personen mit Familien-

¹ Gekürzte Version des Executive Summary.

Karrierewege im Wissenschaftssystem



Ein Modell für künftige Karrierewege im Wissenschaftssystem.

10

pflichten und gezielte Förderung des unterrepräsentierten Geschlechts im Wissenschaftssystem sind die wesentlichen Elemente einer künftigen Postdoc-Position. Von grosser Bedeutung sind aber auch klare und attraktive Alternativen zu dem einen Karriereweg, der zur Professur führt.

Verschiedene Karrierewege

Auf dem Weg zum Ziel ist eine Karte, ein Modell, hilfreich. Es erlaubt, zielführende Massnahmen zu definieren und anzugehen. Die strukturelle Vision postuliert, dass im Wissenschaftssystem mehrere wissenschaftliche Karrierewege definiert und mit ihren Stufen, Qualifikationsanforderungen und Aufstiegskriterien beschrieben werden (vgl. Grafik). Zusätzlich zum bestehenden Karriereweg zur Professur werden zwei Karrierewege vorgeschlagen: ein Karriereweg mit Ziel einer unbefristeten Anstellung im Bereich von Forschung und Lehre (Oberer Mittelbau) und ein Weg mit Ziel einer verantwortungsvollen Position mit wissenschaftlichem Hintergrund im Bereich von Management und Support. In den Universitäten sind diese Wege fach- und disziplinspezifisch zu konkretisieren und in ihrer Begrifflichkeit zu überprüfen. Die Verwendung derselben Begriffe an allen Schweizer Universitäten wäre wünschenswert, hochschulübergreifende Koordination ist erforderlich.

Massnahmen und Empfehlungen

Die Massnahmen und die damit verbundenen Empfehlungen orientieren sich schliesslich an dieser Vision. Die

Etablierung eines differenzierten Karrieresystems für wissenschaftlich qualifizierte Personen bedingt die folgenden Massnahmen:

- Definition neuer Karrierewege im Wissenschaftssystem
- Frühe Selektion und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses
- Definition von Nachwuchsprofessuren mit Tenure Track
- Mehr Positionen mit Tenure-Track-Option
- Mehr unbefristete Stellen
- Angepasste Förderinstrumente
- Fokussierte nationale Forschungsförderung
- Nationale Anreize zur Umsetzung einer nachhaltigen Nachwuchsförderung an den universitären Hochschulen
- Ermöglichung von Tenure-Track-Berufungen ohne Habilitation
- Veränderung der Finanzierungsverhältnisse in Richtung mehr Grundfinanzierung

Gleichgewicht zwischen Finanzierungsarten finden

Der Erfolg des angestrebten Wandels hängt davon ab, dass ein neues Gleichgewicht gefunden und etabliert wird zwischen langfristig gesicherter Finanzierung der Wissenschaft und ihrer Entwicklung an den Hochschulen einerseits und zeitlich befristeter Projektfinanzierung von in kompetitiven Verfahren geförderter Innovation andererseits. Der Schweizerische Nationalfonds und die Hoch-

schulen müssen hierfür ihre bisherigen Aktivitäten überprüfen und aufeinander abstimmen. Diese Abstimmung orientiert sich daran, dass die universitären Wissenschaftsstrukturen inklusive Nachwuchsförderung langfristig finanziell gesichert sind und der Nationalfonds eine projektfINANZIerte kompetitive Innovationsförderung betreibt.

Weitere Informationen

Der Bericht wird anlässlich einer Podiumsdiskussion an der Jahresversammlung der SAGW diskutiert.

Öffentliche Veranstaltung im Rahmen der JV 2018

Next Generation: Für eine wirksame Nachwuchsförderung – Podiumsdiskussion

1. Juni 2018, 16.15–18 Uhr, ZHAW, Winterthur

Bericht

Thomas Hildbrand (2018): Next Generation: Für eine wirksame Nachwuchsförderung. Bericht im Auftrag der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften. Swiss Academies Reports 13 (1)
DOI: <http://doi.org/10.5281/zenodo.1216424>

Weitere Informationen zum Thema

Bulletin 3/2017 mit dem Dossier «Akademische Karrierewege nach dem Doktorat»:

<http://www.sagw.ch/de/sagw/oeffentlichkeitsarbeit/bulletin/bulletin-2017.html>



DARIAH-CH: in statu nascendi

12

(ib) Seit mehreren Jahren bemüht man sich um eine Mitgliedschaft der Schweiz beim europäischen Infrastrukturnetzwerk für die digitalen Geisteswissenschaften DARIAH. Nun zeichnet sich eine vielversprechende Initiative ab – die Fachgemeinschaft und die Universitäten beginnen sich zu formieren.

Der Aufbau von disziplinären Forschungsinfrastrukturen ist ein internationaler Trend, der in den letzten Jahren stark an Bedeutung zugenommen hat. Mit dem «Digital Turn» in den Geistes- und Kulturwissenschaften ist der Bedarf nach einer unterstützenden Forschungsinfrastruktur gestiegen. Eine solche Forschungsinfrastruktur hat zum Ziel, verschiedene Initiativen zu grösseren Zusammenschlüssen zu bündeln und weiterzuentwickeln, die technisch notwendigen Komponenten bereitzustellen, neue Methoden und Zugänge zu erproben und zu verbreiten, Voraussetzungen für das Teilen von Daten zu schaffen, internationale Kooperationen mit Know-how-Transfer in die Wege zu leiten sowie die nachhaltige Sicherung und Verfügbarhaltung von Forschungsergebnissen zu gewährleisten. Dies kann die Schweiz nicht allein leisten – die Kooperation mit einem grossen internationalen und vernetzten Verbund ist unabdingbar.

Die «Digital Research Infrastructure for the Arts and Humanities», kurz DARIAH, ist ein solcher grosser europäischer Verbund von digitalen Forschungsinfrastrukturen für Geisteswissenschaftlerinnen und Geisteswissenschaftler, die mit digitalen Methoden arbeiten. Er fördert gemäss seiner Mission die digitale Forschung sowie die Lehre in digitalen Forschungsmethoden. DARIAH-EU ist seit dem 15. August 2014 als «European Research Infrastructure Consortium» – kurz ERIC – organisiert. Aktuell sind 17 Länder Vollmitglieder von DARIAH-EU. Die inhaltliche Arbeit wird in vier «Virtual Competence Centers» (VCC) geleistet (e-Infrastructure, Research and Education Liaison, Scholarly Content Management, Advocacy, Impact and Outreach). Die Schweiz ist nicht Mitglied von DARIAH-EU, hingegen sind fünf Universi-

täten (Stand März 2018) sowie die SAGW Kooperationspartner von DARIAH-EU. Die Universität Neuchâtel und die EPFL werden voraussichtlich Gesuche für die Erlangung des Kooperationsstatus bei DARIAH-EU einreichen.

Vorteile einer Vollmitgliedschaft der Schweiz bei DARIAH

Als Nicht-EU-Mitglied ist es für die Schweizer Forschungslandschaft generell mit grösseren Herausforderungen verbunden, internationale Forschungsk Kooperationen in die Wege zu leiten. Da DARIAH der grösste Verbund von europäischen Forschungsinfrastrukturprogrammen in den digitalen Geisteswissenschaften darstellt, bietet die Vollmitgliedschaft eine gute Gelegenheit, die vielfach geforderte internationale Anbindung zu fördern, ohne einen Sonderstatus zugewiesen zu erhalten. Damit können insbesondere

- der Know-how-Transfer in den digitalen Methoden und Infrastrukturen der Geisteswissenschaften in Europa,
 - die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen schweizerischen und europäischen Forschenden,
 - die Entwicklung von Flagship-Projekten auf europäischem Niveau sowie
 - die internationale Sichtbarkeit von Schweizer Forschungsprojekten
- gefördert werden. Überdies profitieren Gesuchstellende von einem internationalen Netzwerk, dessen Nachweis eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Gesuchseinreichung sein kann.

Mit einer Vollmitgliedschaft erhält die Schweiz Stimmrecht im obersten strategischen Gremium von DARIAH, der «General Assembly». Diese Möglichkeit der Mitwirkung macht es für Schweizer Forschende attraktiver, sich für DARIAH zu engagieren, beispielsweise in einem «Virtual Competence Center» und von dort aus in den weiteren Führungs- und Steuerorganen. Die Schweiz, beziehungsweise die betroffene Fachgemeinschaft, kann

über ihre offizielle Vertretung in der «General Assembly» ihre Anliegen aktiv und wirkungsvoll vertreten, ansonsten ist sie nur Gast in diesem Gremium. Überdies leistet die Schweiz über den Mitgliederbeitrag ihrerseits einen Beitrag an den Aufbau einer europäischen Infrastruktur für die digitalen Geisteswissenschaften.

Auf dem Weg zu DARIAH-CH

In zwei Sitzungen trafen sich nun auf Einladung der SAGW die DARIAH-Vertretungen der Schweizer Universitäten, um die Bildung eines gemeinsamen Konsortiums zu prüfen und in die Wege zu leiten. Zweck dieses Konsortiums ist es, eine von der Akademie und den Universitäten getragene Interessengemeinschaft zu formieren, welche die Trägerorganisation der nationalen Koordination von DARIAH in der Schweiz – DARIAH-CH – bilden wird. Die DARIAH-Organisation in einem Mitgliedsland sieht eine zweifache Vertretung vor: die Position des «National Coordinator» an der «National Coordination Institution», die für die fachliche Vertretung von DARIAH verantwortlich ist, sowie die behördliche Vertretung, die «Representing Entity», also das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI). Die Vertretung dieser staatlichen Einrichtung vertritt eine Nation in der «General Assembly» von DARIAH-EU. Das Konsortium wird für die Finanzierung des «National Coordinator» zuständig sein, das SBFI über die BFI-Botschaft für den Mitgliederbeitrag.

So sieht die Planung aus, nun ist es an den vorgesehenen Konsortialmitgliedern von DARIAH-CH, das Konsortium bis im Herbst 2018 zu konstituieren. Auf dieser Grundlage – sie manifestiert den Willen der Fachgemeinschaft, DARIAH-CH zu realisieren – kann die SAGW die Vollmitgliedschaft der Schweiz im Rahmen ihrer Mehrjahresplanung 2021–2024 formell beim SBFI beantragen. Die Zeichen stehen günstiger als auch schon, dass dies nun tatsächlich gelingen kann.

Weitere Informationen

<http://www.sagw.ch/dariah>

In Kürze

14

HFKG: Erstmals Verteilung der Grundbeiträge nach neuem Modell

Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung von Universitäten und Fachhochschulen. Das neue Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) sieht drei Beitragsarten vor: Grundbeiträge, Bauinvestitions- und Baunutzungsbeiträge und projektgebundene Beiträge. Die Grundbeiträge sind zur Finanzierung der Betriebskosten gedacht. Die Hochschulen sind frei in der Verwendung. Die Beiträge setzen sich aus den Anteilen «Lehre» und «Forschung» zusammen. Für die Universitäten ist der Schlüssel 70%/30%, für die Fachhochschulen 85%/15%. Für das Jahr 2017 gewährte der Bund erstmals Beiträge auf der Grundlage des neuen HFKG. Es wurden dabei Gelder in der Höhe von insgesamt 1,2 Milliarden Franken ausgerichtet.

Änderung Artikel 50 Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG).

Mitte November reichte die Finanzkommission des Nationalrats (FK-N) die Motion ein, Artikel 50 HFKG so zu ändern, dass die Bundesbeiträge an die kantonalen Universitäten und an die Fachhochschulen keine Ausgabenbindung zur Folge haben. Die gebundenen Ausgaben machten einen grossen Teil der Bundesausgaben aus und könnten kurzfristig nicht gekürzt werden. Dies schränke den finanzpolitischen Spielraum von Bundesrat und Parlament ein, so die Begründung. Daher beantragte die Finanzkommission des Nationalrats, dass Artikel 50 des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes HFKG

mit einer Kann-Bestimmung angepasst wird. Der Nationalrat hat die Motion am 5. März 2018 abgelehnt. Der Bundesrat habe aber bereits Massnahmen in die Wege geleitet, um der Tendenz zunehmender gebundener Ausgaben entgegenzuwirken, so Bundesrat Johann Schneider-Ammann.

Einfluss wissenschaftlicher Publikationen aus der Schweiz

Wissenschaftliche Publikationen aus der Schweiz finden bei anderen Forschenden viel Beachtung. Das belegt ein Bericht des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI). Mit einem Impact-Indikator von 118 (Mittelwert 100) erreicht die Schweiz zusammen mit Singapur den dritten Platz, gemessen an Publikationen pro Jahr und pro Million Einwohner sogar den ersten. Bei der grafischen Darstellung zur Verteilung der Publikationen nach Forschungsbereichen fällt auf, dass die «Geisteswissenschaften und Kunst» sowohl welt- wie auch schweizweit vergleichsweise wenig Publikationen veröffentlichen. Wie im Abschlussbericht des Programms «Performances de la recherche en sciences humaines et sociales» erklärt, «setzt man sich oftmals mit Fragestellungen auseinander, die lange und in sich verschränkte Zeiträume umfassen, was wiederum einen Einfluss auf die Dauer des Forschungsprozesses einnimmt. Eine umfassende Qualitäts- und Leistungsbeurteilung beschäftigt sich daher nicht allein mit dem Publikationsoutput, sondern bezieht den ganzen Forschungsprozess sowie dessen vielfältige Auswirkungen auf verschiedenen Ebenen mit ein.»

Akademieunion: Stellungnahme zu Forschungsdateninfrastruktur

Für die Geisteswissenschaften besteht ein hoher Bedarf an einer Infrastruktur, die den Forschungsprojekten eine langfristige Sicherung ihrer digital vorliegenden Daten und Ergebnisse ermöglicht. Die in der Akademieunion zusammengeschlossenen Wissenschaftsakademien beziehen in einem gemeinsamen Positionspapier Stellung zu den Empfehlungen des Rats für Informationsinfrastrukturen (RfII) zur Einrichtung einer Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) und deren Bedeutung insbesondere für die Geisteswissenschaften.

Download:

www.akademienunion.de/publikationen/stellungnahmen-und-positionspapiere/

2020: SNF-Forschung wird 100% Open Access

Alle Publikationen aus SNF-finanzierten Projekten sollen ab 2020 kostenlos und digital verfügbar sein. Dies hat der Nationale Forschungsrat beschlossen. Die neue Open-Access-Politik des SNF weist damit eine zeitliche Differenz zur nationalen Strategie der Hochschulen der Schweiz auf. Sie haben im Januar 2017 beschlossen, dass alle mit öffentlichen Geldern finanzierten Publikationen ab 2024 frei zugänglich sein sollen.

Neue SNF-Forschungsrätinnen in der Abteilung Geistes- und Sozialwissenschaften

Der Nationale Forschungsrat ist zuständig für die Evaluation der Forschungsgesuche und die Finanzierungsent-

scheidungen. Er setzt sich aus 100 führenden WissenschaftlerInnen zusammen. Die neuen Mitglieder der Abteilung Geistes- und Sozialwissenschaften sind Claudia Mareis, Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW, für den Bereich Künste (Amtsbeginn am 1. Januar 2018), und Eszter Hargittai, Universität Zürich, für den Bereich Kommunikations- und Medienwissenschaften (Amtsbeginn am 1. April 2018).

Sie ersetzen die Mitglieder Corina Caduff (Künste) und Peter Schulz (Kommunikations- und Medienwissenschaften).

Namensänderung beim Schweizerischen Wissenschaftsrat SWR

Per 1. Januar 2018 hat der bisherige Wissenschafts- und Innovationsrat (SWIR) sein «I» abgegeben und kehrt zum Namen zurück, mit dem er 1965 gestartet ist. Er heisst jetzt wieder Schweizerischer Wissenschaftsrat SWR. Ausgelöst wurde die Namensänderung durch die Tatsache, dass die neue Innosuisse (KTI) ab Anfang Jahr ebenfalls einen Innovationsrat haben wird. Damit keine Verwechslungen entstehen, hat der Rat einer Namensänderung zugestimmt. Der Rat verliert zwar sein «I», nicht aber seine Aufgabe, sich mit Innovationspolitik zu beschäftigen. Als unabhängiges Beratungsorgan des Bundes nimmt der Schweizerische Wissenschaftsrat eine systemische Perspektive ein, da Bildung, Innovation und Wissenschaft nicht nur in einem Departement zusammengefasst sind, sondern miteinander interagieren.

Akademien der Wissenschaften Schweiz Académies suisses des sciences



SDG-Konferenz – Der Beitrag der Wissenschaft

(fs) Das Kernstück der Agenda 2030 der UNO sind 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung. An einer Veranstaltung in Bern haben Protagonisten aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen diskutiert, wie die Ziele erreicht werden können und warum eine Mobilisation nötig ist. Es muss jetzt gehandelt werden – 2030 ist bald.

Nicht weniger als 193 Mitgliedstaaten der UNO haben vor drei Jahren die Agenda 2030 unterschrieben: Das Herz der universalen Agenda sind 17 «Sustainable Development Goals» (SDGs) – Ziele für nachhaltige Entwicklung. Das ambitionierte, globale Projekt ist von einer beispiellosen Komplexität – gefordert sind alle, auch Protagonisten aus der akademischen Welt. Darum haben die Akademien der Wissenschaften Schweiz am 22. Januar 2018 im Berner Kursaal einen Kongress einberufen: «The Contribution of Science – Der Beitrag der Wissenschaft». Die Generalsekretärin Claudia Appenzeller moderiert die Veranstaltung mit den 150 Teilnehmenden. Professor Maurice Campagna berichtet in seinem Grusswort über die lange Entwicklungsgeschichte der SDGs und betont, dass diese Ziele auch zur «History of life» gehören. Der Präsident der Akademien der Wissenschaft fordert, dass sich weltweit alle Akademien für die Agenda 2030 verpflichten sollten. Zusätzlich appelliert Campagna für eine breit angelegte

Kommunikation in der Wissenschaft und in der Öffentlichkeit: «Es gibt noch viel zu tun in der Schweiz.»

Taten sind gefragt

«Viele wissen nicht was SDGs sind», bedauert Dr. Jean-Bernard Münch, Präsident der Schweizer Kommission der UNESCO. Seine global agierende Organisation bringt viel Erfahrung mit im Bereich Mobilisation und internationaler Zusammenarbeit. Auch die Schweiz als Mitgliedstaat hat sich verpflichtet, regelmässig an die UNO über die Agenda 2030 zu rapportieren. Und Präsident Münch mahnt das Publikum im Kursaal, dass das Jahr 2030 schneller da sei, als man glaube, darum reiche es nicht, nur darüber zu debattieren – jetzt seien Taten gefragt.

Prioritäten setzen

Im ersten Panel des Kongresses mit dem Titel «The SDGs a global challenge» zeigt Flavia Schlegel, Assistent-Direktorin für Naturwissenschaft der UNESCO, wie sich die einzelnen der 17 Ziele überschneiden, und veranschaulicht damit ihre Frage: «Wo setzen wir Prioritäten?» Demzufolge spricht sie auch von einer «all or nothing agenda». Und Schlegel bemerkt, dass neben der Wissenschaft die Politik genauso gefordert ist. So sollten die Beteiligten die Regierung regelmässig über die Fortschritte der Ziele informieren, damit Bundesbern der UNO rapportieren

kann. Für diese Aufgabe hat der Bundesrat Michael Gerber eingesetzt, der als Botschafter für das Schweizer Engagement zur Agenda 2030 unterwegs ist. In seiner Präsentation setzt Gerber einen Schwerpunkt zur Förderung von interdisziplinärer und transdisziplinärer Forschung. Diesem Anliegen kann Professor Jakob Zinsstag als Mitglied des Transdisziplinaritätsrates der Akademien der Wissenschaften Schweiz nur zustimmen.

Mehr Kommunikation

Im zweiten Panel unter dem Titel «The role and engagement of the scientific community» verlangt Janet Hering mehr Sichtbarkeit: «How visible are the SDGs at ETH Zurich, EPFL and Eawag?» Zum Beweis gibt die Professorin auf Google «sdg site eth» ein und projiziert die gefundenen Eintragungen. Die Direktorin des Eidgenössischen Instituts für Wasserwissenschaften und Technologie (Eawag) ist jedoch mit ihrer Suche nicht zufrieden. Hering wünscht sich eine bessere Kommunikation: «We need to talk!» – «Wir müssen den Steuerzahler über unsere Forschung informieren.» Hering hat eine klare Botschaft, und ihre Motivation, sich für die SDGs einzusetzen, lautet: «Science for people's lives!»

Mobilisierung für die SDGs

Professor Peter Messerli leitet als Co-Vorsitzender das Expertengremium, welches den UNO-Weltbericht erstmals 2019 verfasst wird. Er bezeichnet die Agenda 2030 als eine Vision für die Menschheit – ihre Zeit sei jedoch fortgeschritten, schon fast abgelaufen: «Es ist fünf nach zwölf», doppelt er nach. Zur Verdeutlichung seiner Besorgnis präsentiert er ein Satellitenfoto – die Welt bei Nacht, mit dunklen und beleuchteten Flecken.

Thorsten Kiefer, Direktor von Future Earth, verlangt, dass die globale Komplexität der SDGs auf eine regionale bzw. lokale Ebene aufgeschlüsselt wird, und befürwortet das Engagement der Akademien. Er zeigt in seinem Vortrag kein Satellitenbild wie sein Vorredner, sondern eine Momentaufnahme vom Louvre-Museum in Paris: Men-

schen, die sich vor einem Gemälde von Leonardo da Vinci drängeln. Pro Jahr wollen rund 10 Millionen Besucher das geheimnisvolle Lächeln der Mona Lisa sehen. «Warum zieht die Mona Lisa Millionen von Menschen in den Bann?», fragt Kiefer in den Raum. Ein solche Mobilisation wünscht er sich auch für die SDGs.

Die Universität Genf, deren Rektor Professor Yves Flückiger ist, mobilisiert nicht die Masse, sondern den akademischen Nachwuchs und hat internationale SDG-Bildungsprogramme eingeführt. Den Abschluss seiner Darbietung krönt Flückiger mit einem Gruppenbild von munteren jungen Menschen, welche 17 bunte Tafeln mit den Icons der SDGs durch die Luft schwenken.

Kluft zwischen Natur- und Kulturwissenschaften überwinden

Nach abwechslungsreichen vier Stunden, erfüllt mit angeregten Diskussionen, hält Professor Thomas Zeltner den Epilog. Die SDGs seien ein ideales Mittel, die Kluft zwischen den Disziplinen der Naturwissenschaft und der Sozial- wie auch Geisteswissenschaft zu schliessen. Die Zeit sei reif für eine inter- und transdisziplinäre Wissenschaft. Am Ende des Nachmittags spricht auch er über die Notwendigkeit einer verdichteten Kommunikation. «Alle sollen wissen, was SDG ist – No one should be left behind – Keiner soll zurückgelassen werden», sagt Zeltner, bevor die Gäste zusammen zum Aperitif aufbrechen.

Weitere Informationen

Alle erwähnten Präsentationen finden Sie unter:
<http://www.akademien-schweiz.ch/index/Aktuell/News.html>

SAGW-Website zu den SDGs
www.sagw.ch/sdg

Save the date

Medical Humanities – «Le pouvoir de l’argent»

(lb) Après le colloque «La force des normes» en octobre 2017 aura lieu, le 25 octobre 2018 et dans le cadre de la série de manifestations «Pouvoir et médecine», le colloque intitulé «Le pouvoir de l’argent» à Berne.

A propos de la série de manifestations «Pouvoir et médecine»: le pouvoir est une dimension de base de la vie sociale, qui déploie ses effets partout où des institutions ou des êtres humains interagissent et coopèrent. Dans le domaine de la santé également, le pouvoir se manifeste sous différentes formes, caractéristiques et constellations. De par ses conséquences sur la pratique de la médecine, le pouvoir est un objet pertinent des «Medical Humanities». De ce fait, l’Académie suisse des sciences humaines et sociales ASSH et l’Académie suisse des sciences médicales ASSM ont décidé de dédier une série de colloques à la thématique «Pouvoir et médecine», le but étant d’éclairer – sous toutes ses facettes – l’impact du pouvoir dans le domaine de la santé.

Plus d’informations

Colloque «Le pouvoir de l’argent»

25 octobre 2018, Eventfabrik, Fabrikstrasse 12, Berne

Pour de plus amples informations:

[http://akademien-schweiz.ch/index/Schwerpunkte/
Gesundheitssystem-im-Wandel/Medical-Humanities.html](http://akademien-schweiz.ch/index/Schwerpunkte/Gesundheitssystem-im-Wandel/Medical-Humanities.html)

Das Versprechen der Bildung: Wie und inwiefern wird es eingelöst?

20

(mi) Ist das Schweizer Bildungssystem fit für die Zukunft? Integration, Durchlässigkeit, Arbeitsmarktfähigkeit – die Ansprüche an die Bildung sind vielfältig. An einem Workshop der Akademien der Wissenschaften Schweiz Anfang Jahr zogen Expertinnen und Experten Bilanz.

Mitte Januar veröffentlichte Avenir Suisse die Studie «Exzellenz statt Regionalpolitik im Hochschulraum Schweiz».¹ Mittels eines 10-Punkte-Programms sollen die Hochschulen im Lichte sich verknappender Ressourcen fit für den internationalen Wettbewerb gemacht werden. Die gewählte Perspektive auf die Hochschule ist eine ausschliesslich ökonomische, Bildung an Hochschulen wird ausgehend von den aktuellen Bedürfnissen des Arbeitsmarkts interpretiert. Oder etwas vereinfacht gesagt: Bildung wird im Lichte der Wohlfahrt zur Ausbildung degradiert.²

Ein Workshop mit vier Dimensionen

Anfang Jahr führten die Akademien der Wissenschaften Schweiz einen Workshop mit dem Titel «Das Versprechen der Bildung: Wie und inwiefern wird es eingelöst?» mit rund 20 Expertinnen und Experten durch, bei dem Bildung in ihrer Funktion als Beitragende zur Aufklärung der Bildungsempfänger, zu deren Partizipationsmöglichkeit mit Blick auf die Staatsbürgerschaft, der Integrationsfunktion in einer sicheren Gesellschaft und Bildung als Instrument für die Wohlfahrt reflektiert wurde. Es versteht sich von selbst, dass sämtliche Bildungsdimensionen sowohl für die Individuen selbst als auch für die

Gesellschaft wichtige Leistungen erbringen. Es versteht sich auch, dass diese vier Dimensionen in einer globalisierten Welt mit offenen Grenzen³ und pluralisierten Werten anders gefasst (oder gar ergänzt) werden müssten als noch vor 30 Jahren.

Bildungswege – Gesellschaft und Individuum mit Zielkonflikten

In der Diskussion zeigte sich schnell, dass das Bildungsversprechen rund um die Integration und die Sicherheit aufgrund der bekannten Reproduktionsmechanismen einer stark selektionierenden Schule Anlass zur Sorge bereitet. Die dreigeteilte Schule, bei der sogenannte Restklassen mit vielfältigen Herausforderungen produziert werden, steht für ein Bildungssystem, das die Aufgabe hat, Heranwachsende auf die unterschiedlichen und ungleichen Positionen in einer ungleichen Gesellschaft zu verteilen (Selektions- und Allokationsfunktion). Um dennoch einer allzu rigiden Kategorisierung der Bildungsempfänger vorzubeugen, zeichnet sich das Schweizer Bildungssystem durch seine formale Durchlässigkeit auf allen Stufen aus. Beim Blick auf das Versprechen der Berufsbildung wurde deutlich, dass die expliziten Versprechen in diesem Bereich (Integration, Durchlässigkeit, Arbeitsmarktfähigkeit und wirtschaftliche Prosperität) grösstenteils so weit gut erfüllt werden. Dennoch hält die Formel «Kein Abschluss ohne Anschluss» zwar Möglichkeiten für die vertikale und horizontale Mobilität bereit, die jedoch wenig genutzt werden. In der Realität zeigt sich, dass das Rekrutierungsfeld für die Berufsmatura, die viele Türen öffnen kann, immer noch sehr eng gefasst ist und die Zahl der Absolventinnen und Absolventen je nach Fachbereich stark variiert. Die Berufsmatura dürfte mit

¹ Download unter: <https://www.avenir-suisse.ch/publication/hochschulraum-schweiz/>

² Siehe auch den kritischen Kommentar der SAGW «Sündenbock Wilhelm Humboldt» zur Studie unter <https://wissenschaftskultur.blogspot.ch/2018/01/>

³ Im Vergleich zu den 1990er-Jahren hat die Zahl der eingewanderten Personen mit Tertiärabschluss massiv zugenommen (90er-Jahre, Kennwert = 19%, 2008–2013, Kennwert 54%).

einem grösseren Anteil an Allgemeinbildung auch mit Blick auf die Bildungsdimensionen der Aufklärung und Staatsbürgerschaft breiter bilden.

Die Frage weiterer Bildungsinvestitionen vonseiten der Individuen ist auch immer eine Frage der Anreize. Die Perspektive eines durchschnittlichen Einkommens von nahezu 6000 Franken im Alter von 30 Jahren nach Absolvieren einer Lehre dürfte kein Anreiz dafür sein, von den durchlässigen Bildungspfaden eines höchst ausdifferenzierten Systems Gebrauch zu machen.

Ausgehend von einer Vielzahl an Befunden wurde u.a. die Frage aufgeworfen, wie die Reproduktionsfunktion des Bildungssystems und das Integrationsversprechen mit dem Grundwert einer leistungsorientierten Chancengleichheit vereinbart werden könnten und welche Schulstrukturen und Bildungsprozesse die sozialen Rangordnungen auf einen möglichst späten Zeitpunkt vertagen könnten. Kann die Schule mehr modular und weniger linear gedacht werden?

Gesucht: evidence-based policy

Ein zweiter Brennpunkt der Diskussion betraf das Verhältnis von Bildungspolitik und Bildungswissenschaft. Es ist eine Daueraufgabe der Politik, den Gap zwischen den Versprechen und deren Einlösung zu beschreiben, zu managen, möglichst zu schliessen. Doch wie durch das oben aufgezeigte Beispiel impliziert, wirken verschiedene Agenden und Erwartungen auf die Organisation der Bildungsprozesse ein. Die Politik muss sich dieser Aufgabe oftmals ohne Kenntnisse der genauen Wirkungen ihrer Massnahmen stellen, wobei sie zwischen Wissenschaftsbasierung und Ungewissheit für die Zukunft oszilliert. Ob nun die Wissenschaft als Referenzsystem agiert und eine Politisierung der Wissenschaft oder umgekehrt eine Verwissenschaftlichung der Politik wirklich erfolgt, war Gegenstand einer kontroversen Diskussion. Der Bildungsforschung sind mit Blick auf ihre politische Verwertbarkeit (und Einflussnahme) Grenzen gesetzt, die es auch vonseiten der Bildungspolitik zu anerkennen gilt. Nicht einzig messbare Grössen sollen leitend sein für das Erwartbare der Bildung – was banal klingt, wurde dennoch von den anwesenden Expertinnen und Experten in Erinnerung gerufen.

Bildung primär als Mittel zum Zweck?

Ein letzter hier thematisierter Punkt ist die in vielen Belangen vernachlässigte Berücksichtigung der unterschiedlichen Logiken verschiedener Institutionen. Tief im Schweizer System verankert ist etwa die Marktlogik der dualen Berufsausbildung. Die Finanzierung erfolgt hierzulande – im Unterschied etwa zu Norwegen, wo die

Ausbildung staatlich finanziert wird und keine Bewerbungen für Lehrstellen gemacht werden müssen – durch die Wirtschaft, weshalb sich die Investitionen rentieren müssen. Diese Marktlogik hilft, die Jugendlichen zu integrieren (worauf eine tiefe Jugendarbeitslosigkeit gründet). Diese verinnerlichte Verbindung zwischen Arbeitsmarkt und Wirtschaft dürfte sich auch auf die Konzeption anderer Bildungsbereiche auswirken, bei der die Kompetenzorientierung stark in einem utilitaristischen Licht erscheint. Einige Pfeiler dieser Logik scheinen zumindest in der eingangs erwähnten Studie von Avenir Suisse auf.

Ob die pädagogische Panik ausbrechen wird, sollten sich die düsteren Szenarien für einen im Zeichen der Digitalisierung nicht mehr kalkulierbaren Arbeitsmarkt erhärten, hängt letztlich sicherlich nicht unwesentlich davon ab, inwiefern (die formale) Bildung auf allen Stufen in Zukunft auch ergebnisoffen gestaltet werden kann.

Die vier Bildungsdimensionen

Bildung und Aufklärung: ein **humanistisch-aufklärerisches Versprechen** zur selbstbestimmten Lebensführung durch Vermittlung einer Grundbildung

Bildung und Staatsbürgerschaft: **staatspolitisch-republikanisches Versprechen** der Gleichbehandlung aller durch die Formierung loyaler Staatsbürger

Bildung und Integration/Sicherheit: ein **Sicherheits- und Integrationsversprechen** durch Erziehung als Ergebnis einer gemeinsamen verhaltensregulierenden Sozialisation

Bildung und Wohlfahrt: ein **Wohlfahrtsversprechen** durch Vermittlung gesellschaftlich brauchbarer Kompetenzen



Nouveaux projets pour «Ageing Society»

22

(lb) Le 8 mars a eu lieu la première assemblée plénière de la «a+ Platform Ageing Society» de l'année 2018 – c'est, en même temps, la troisième fois que les partenaires de la plateforme se réunissent. Les discussions ont porté sur les projets à venir et ont été fructueuses. Voici, ci-dessous, un résumé des différentes informations abordées et des décisions prises.

La plateforme compte actuellement 51 organisations partenaires dont 15 proviennent des universités, 10 des hautes écoles, ainsi que 8 réseaux/plateformes, 15 associations/fondations/autres et 3 organisations de seniors. Elle a participé à la nuit des musées de Berne (voir également page 24 dans ce Bulletin) et aura la possibilité de se présenter à l'exposition de poster organisée par la Société suisse de gérontologie le 14 juin 2018 dans le cadre du congrès «Bien vieillir au 21^{ème} siècle» à Montreux (programme: <http://www.cifgg-montreux.org>). La participation à ces événements offre une bonne opportunité de réseautage afin de faire connaître la plateforme à un public plus vaste.

Organisation interne

Actuellement la plateforme est en cours d'élaboration de processus et de bases de travail internes. Pour acquérir une crédibilité et également une légitimité, il est en effet indispensable que ces processus soient discutés de manière transparente en assemblée plénière et également validés par cette dernière. Trois décisions concernant les processus et les bases de travail internes ont été prises le 8 mars:

1. La stratégie de l'OMS («Global Strategy and Action Plan on Ageing and Health», <http://www.who.int/ageing/global-strategy/fr/>) avec ces cinq domaines prioritaires («Promotion d'une réflexion différenciée sur l'âge»,

«Adaptation du système de santé aux besoins des personnes âgées», «Développement de systèmes de soins et de prise en charge durables», «Création d'environnements adaptés à l'âge» et «Promotion de la mesure, du monitoring et de la recherche») est officiellement reconnue en tant que cadre de référence de la plateforme. Selon cette stratégie, le but de la plateforme est donc de garantir, jusqu'en 2030, une vie pourvue d'une qualité de vie élevée à toutes les personnes âgées vivant en Suisse.

2. Sur la base de la stratégie mentionnée ci-dessus, le groupe de pilotage de la plateforme est chargé d'élaborer une «Roadmap 2018-2030» qui servira d'orientation pour les projets de la plateforme. Celle-ci sera présentée lors de la prochaine assemblée plénière et soumise au vote de cette dernière.
3. Également, la plateforme a accepté à l'unanimité le projet d'élaboration de processus internes concernant la planification et la réalisation de projets qui entrent dans le cadre de la future «Roadmap». Ces processus seront également élaborés par le groupe de pilotage et soumis au vote lors de la prochaine assemblée plénière.

Idées de projets

Outre l'organisation interne, la plateforme a, au cours des deux premières assemblées plénières, d'ores et déjà établi quelques bases pour la réalisation de certains projets (cf. rapport des deux premières assemblées plénières, http://ageingsociety.ch/fr/ageing-society/dokumente_plattform/plenarversammlungen.html). En janvier, les personnes intéressées («Working Groups») à ces différentes idées de projets («Working Packages») ainsi que le groupe de pilotage se sont réunies, et trois projets se sont alors cristallisés. Ces derniers ont été présentés à l'assemblée plénière et discutés en suite. Les discussions ont porté leur fruits – c'est en effet non pas 3, mais 4 Working

Packages qui sont approuvés par l'assemblée plénière lors du vote final, ce qui représente la quatrième décision importante prise ce jour-là. Ces Working Packages concernent les questions suivantes:

- Comment la population suisse pense-t-elle la question de l'âge?
- Quels sont les instruments existants pour mesurer la qualité de vie des personnes âgées, quels instruments devraient encore être développés et comment ces instruments peuvent-ils être mis en pratique?
- Quelles sont les mesures existantes développées par les cantons et les communes suisses concernant le domaine «Création d'environnements adaptés à l'âge», et quels sont les exemples de «best practice»? Comment ces informations peuvent-elles être rassemblées et visualisées?
- La formation numérique des 60+

Toutes ces idées seront élaborées plus en détail dans la forme de concepts qui seront présentés à la prochaine assemblée plénière. Celle-ci aura lieu le 10 septembre 2018 à Berne.

Plus d'informations

Une participation active à la «a+ Platform Ageing Society» vous intéresse? Contactez-nous à l'adresse mail suivante:
lea.berger@sagw.ch

www.ageingsociety.ch

Museumsnacht in Bern

24

(bk) Am 16. März 2018 beteiligten sich die Akademien der Wissenschaften Schweiz erstmals an der Berner Museumsnacht. Mit Science Speed Dates, Science Slams und Science Speed Talks erlebten die Besucher die Wissenschaft für einmal auf eine andere Art.

Ob an der Museumsnacht jemand den Weg ins Haus der Akademien finden würde, war bis zum Start unklar. Es war das erste Mal, dass sich die Akademien auf dieses Ereignis einliessen. Unter der Leitung des Kompetenzzentrums Science et Cité wurde bereits Wochen, ja Monate zuvor organisiert, geplant, vermessen und gewerkelt. Geschmückt und dekoriert wurde das Haus von der Hochschule der Künste Bern. Der Aufwand für die Vorbereitungen war beträchtlich. Am Ende hat es sich gelohnt.

Unterhaltung für Kinder und Erwachsene

Bereits kurz nach Beginn der Museumsnacht kamen die ersten Besucher. Ein Publikumsmagnet war das Tüftellabor für die Kleinen, wo in Modellgrösse Schreibtische, Parkbänke und Liegestühle entstanden. Die Erwachsenen trafen sich im ersten Stock zum Speed-Dating. Expertinnen und Experten standen für Gespräche zu drei der Schwerpunktthemen der Akademien zur Verfügung. Während fünf Minuten wurde wahlweise über «Alternde Bevölkerung», «Personalisierte Medizin» und «Energie,



Kreation aus dem Tüftellabor.



Speed-Dating zum Thema «Alternde Gesellschaft».



In der Cantina fanden Darbietungen verschiedener Künstler und Wissenschaftler statt.

Ressourcen und Umwelt» diskutiert. Wenn gerade niemand wartete auch länger, denn es war nicht einfach, die angeregten Unterhaltungen zu unterbrechen.

Poetry Slam, Geschichte und Musik in der Cantina
Rekordbesucherzahlen erlebte die Cantina der Akademien. Nicht wegen des Essens. Für die Verpflegung sorgte die «Lunchbox» im Innenhof mit exquisiten Burritos und «R.I.P. Hawking»-Drinks. Nein, es war eher die geistige Nahrung, welche die Besucher in die Cantina strömen

liess, das restliche Haus der Akademien kurzfristig beinahe leerte. Der Poetry Slammer Renato Kaiser machte den Auftakt. Er duellierte sich mit Forschenden. Verbal, natürlich. Und sehr unterhaltsam. Später erhielten die Besucher dann kurze Einblicke in die Geschichte, zum Frauenstimmrecht beispielsweise oder zur vermeintlichen Initiativenflut. Für den gemütlichen Ausklang nach Speed und Slam sorgte brasilianische Musik der Gruppe «Projeto Marataizes». Am Bass: der Leiter von Science et Cité.

SAGW-News
News ASSH





La violence contre les femmes en Suisse

(lb) Dans le cadre de la série de manifestations sur les Sustainable Development Goals de l'ONU, l'ASSH a organisé le 15 février à Fribourg un colloque sur l'objectif Nr. 5, qui concerne l'égalité des sexes et vise notamment à combattre toute forme de violence faite aux femmes de tout âge dans l'espace public et privé.

Quelle est la situation actuelle de la violence contre les femmes en Suisse, au niveau politique et juridique, mais aussi dans la pratique? Quelles sont les exigences d'une prévention et d'une lutte efficace et quelles sont les perspectives futures? Ces questions ont, entre autres, été abordées au colloque «La violence contre les femmes en Suisse – Etat des lieux et perspectives futures» à l'exemple de quatre formes d'expression de la violence: la violence domestique, la traite d'êtres humains et l'exploitation sexuelle, le mariage forcé et les mutilations génitales féminines.

D'une «réalité» chiffrée...

Les chiffres semblent parler d'eux-mêmes – les violences contre les femmes sont bien présentes en Suisse, et cela dans différents aspects de la vie et sous différentes formes: 19 personnes, dont une majorité de femmes, décédées suite à des violences domestiques en 2016 selon l'Office fédéral de la statistique, 45 à 78 cas de traite d'êtres humains en Suisse entre 2009 et 2014 ou encore 14 700 de personnes excisées vivant en Suisse actuellement, pour ne citer que quelques exemples. Ces chiffres sont, d'une part, un moteur pour la lutte contre les violences: ils témoignent de la présence d'un phénomène et légitiment donc l'action politique et sociale afin de le prévenir et de le combattre. Cependant et d'autre part, les chiffres concernant les différentes formes de violence contre les femmes ne sont pas forcément reflet de la réalité. Premièrement, le pourcentage du nombre d'actes de violence qui reste non déclaré ou qui n'est pas identifié est extrêmement haut, et deuxièmement, certains chiffres sont pro-

duits par des extrapolations et sont donc des estimations. Cet aspect est entre autres abordé par Dina Bader de l'Université de Neuchâtel à l'exemple des mutilations génitales: la prévalence des mutilations génitales féminines dans les pays d'origine est transposée sur les communautés étrangères de Suisse afin d'obtenir une estimation de l'ampleur du phénomène dans notre pays. Cette estimation ne comprend ni les personnes naturalisées, ni les enfants de couples binationaux, et ne tient pas compte des changements d'attitudes post-migratoires. Les chiffres démontrent qu'un phénomène existe, mais nous laissent toutefois dans le flou quant à son ampleur. Selon Samantha Besson (Université de Fribourg) qui a ouvert le colloque avec des mots clés comme «souffrance», «honte» ou encore «solidarité» et non des chiffres, les statistiques doivent donc être complétées par des perspectives alternatives et non chiffrées – et c'est bien là une des forces des sciences humaines et sociales.

... à des mots et des récits

Pour tenir compte des aspects non chiffrés de la violence contre les femmes, il est nécessaire de partir de la réalité concrète de celle-ci. Ces formes de violence ne sont pas neutres, mais fondées sur le sexe féminin de la victime. Ce caractère particulier représente une violation des Droits de l'homme. Il est primordial de rendre compte de cet aspect discriminatoire dans les discours politiques, des institutions ou encore dans les médias, comme le soulèvera également Matthias Reynard, conseiller national (PS), lors de la table ronde: des expressions comme «drame familial» remplacent bien trop souvent des termes plus exacts comme «féminicide», «violences sexistes» ou encore «violence de genre».

Aussi, aborder les violences contre les femmes à partir de la réalité concrète en utilisant des récits et non des chiffres permet de prendre en compte des trajectoires individuelles et d'identifier des problématiques spécifiques et concrètes. C'est ainsi que l'histoire d'une femme d'origine de l'Afrique de l'Est, relatée par Serena O. Dankwa du

Centre d'intervention pour les victimes de la traite des femmes (FIZ), démontre l'impact des politiques migratoires sur l'identification et la protection des victimes de traite d'êtres humains. En effet, sur la base de normes légales internationales comme le Protocole de Palerme ou encore la Convention du Conseil de l'Europe sur la lutte contre la traite des êtres humains, la Suisse est tenue de poursuivre toute forme de traite d'êtres humains par voie pénale (cf. art. 182 CP) et de protéger les personnes du renvoi dans le pays où elles ont été victimes (cf. Loi sur les étrangers, notamment art. 30, al. 1). Toutefois, de par la concurrence avec d'autres normes légales qui influencent grandement le processus de demande d'asile, comme par exemple l'accord de Dublin, les victimes ne sont souvent pas identifiées – ou alors, pas identifiées à temps pour que des mesures de protection puissent être mis en place et qu'une procédure pénale soit ouverte.

Eviter les stéréotypes

Les récits permettent également d'aller au-delà des stéréotypes et d'éviter les discriminations – c'est à dire de prendre en compte la diversité des profils des victimes ainsi que des multiples formes d'expression de la violence, au-delà des prévalences statistiques et des calculs de probabilité. Afin de protéger l'ensemble des femmes susceptibles d'être touchées par des violences, tout stéréotype doit être évité. Dans le contexte de la traite des femmes, Serena Dankwa déplore que l'image prédominante que l'on se fait d'une victime est fréquemment celle d'une jeune femme exploitée sexuellement, alors que la réalité est bien plus diversifiée et complexe que cela. De son côté, Anna Neubauer du Secrétariat d'Etat aux migrations SEM pointe le doigt sur les multitudes formes de mariages forcés. Ces dernières sont réunies dans trois catégories qui ne correspondent pas toujours au stéréotype du «mariage forcé arrangé»: le type A (une personne est mise sous contrainte pour qu'elle se marie), le type B (une personne est mise sous contrainte pour qu'elle renonce à une relation amoureuse) ou encore le type C (une personne est mise sous contrainte pour qu'elle

renonce à demander le divorce). Pareil pour les mutilations génitales, comme le démontre Dina Bader: l'excision est une pratique hétérogène en ce qui concerne le type d'exciseur, le degré de mutilation ou encore les raisons invoquées. Par rapport à ce dernier point, il règne actuellement une hypocrisie en lien avec la chirurgie esthétique intime, qui n'est pas explicitement interdite aux mineures en Suisse. Cela stigmatise une partie de la population et décrédibilise la lutte contre l'excision – voire suggère une alternative symbolique à l'excision dans un contexte migratoire. Dans le domaine des violences domestiques également, les violences peuvent prendre différents visages (violence sexuelle, physique, psychique) et sont susceptibles d'apparaître dans tous les milieux socio-économiques, selon Ursula Thomet du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes (BFEG) et Daniela Gloor (Social Insight).

Institutionnalisation, normes légales et approches préventives

Il y a eu beaucoup de changements et de progrès dans la lutte contre les violences faites aux femmes ces dernières trois décennies. De par son institutionnalisation croissante, cette thématique a gagné en importance et en légitimation – pour exemple, une personne qui exerce des violences contre un membre de son cercle familial est aujourd'hui poursuivi au même titre qu'une personne qui agresse quelqu'un qui lui est inconnu, ce qui n'était pas le cas avant. Les lois suisses ont donc été adaptées au fil du temps – à l'image de l'art. 124 CP sur les mutilations d'organes génitaux féminins en vigueur depuis 2012 ou encore de la Loi fédérale concernant les mesures de lutte contre les mariages forcés entrée en vigueur en 2013. La Suisse a également adopté d'importantes normes légales internationales – l'exemple le plus récent est la ratification de la Convention d'Istanbul. Cette dernière entre en œuvre le 1^{er} avril de cette année et est le premier accord au niveau européen qui vise à combattre et prévenir tout type de violences contre les femmes, comme les violences physiques, psychiques et sexuelles,

le harcèlement, les mariages forcés et les mutilations génitales.

Toute norme légale doit bien évidemment être accompagnée de mesures de mise en œuvre afin de pouvoir déployer ses effets. Une collaboration étroite entre recherche, pratique et politique a permis, ces dernières décennies, de développer des mesures appropriées. C'est ainsi qu'il y a eu, au niveau de la pratique, de grands changements de paradigmes concernant la manière d'approcher et de traiter les problématiques liées aux violences faites aux femmes. Pour exemple, Simona Materni (Prévention suisse de la criminalité [PSC]) constate que les instances cantonales de police travaillent de plus en plus avec des approches préventives telles que la gestion des menaces. Aussi, le «principe des quatre P» (protection, poursuites pénales, prévention et partenariats) s'est établi dans les milieux de la lutte contre les violences faites aux femmes.

Perspectives futures

Malgré ces progrès, les intervenant-e-s se rejoignent toutes et tous pour dire qu'il reste encore beaucoup d'efforts à entreprendre. Voici, en guise de conclusion, les défis principaux abordés par les intervenant-e-s:

- **Sensibilisation et dialogue:** La lutte contre les violences faites aux femmes va de pair avec la lutte pour l'égalité hommes-femmes. Selon Matthias Reynard, une prise de conscience dans le monde politique (politiciens masculins y compris!) et dans le milieu des médias est indispensable. Simone Egger (Terre des Femmes Suisse) plaide en outre pour une meilleure sensibilisation des professionnels de l'éducation et des milieux médicaux.
- **Egalité de traitement:** Une victime est une victime – peu importe sa nationalité, son statut de séjour ou encore son canton de domicile. Le système actuel présente encore beaucoup trop d'inégalités. Aussi, la charge de travail qui incombe aux victimes qui cherchent de l'aide est actuellement énorme, selon

Daniela Gloor, car elles se retrouvent bien souvent à devoir jongler entre multiples institutions. L'adaptation des procédures d'asile, l'élaboration de standards à remplir par tous les cantons ainsi que la mise en œuvre de mesures d'aide et de protection accessibles sont donc primordiales. La Convention d'Istanbul réunit toutes ces exigences – il s'agit maintenant de développer une mise en œuvre adéquate.

- **Financement et durabilité:** Il s'agit là d'un véritable appel au monde politique. Afin de pouvoir assurer une mise en œuvre conséquente et durable des différentes normes légales, par exemple de la Convention d'Istanbul, la mise à disposition de ressources financières est indispensable, tant au niveau cantonal que fédéral. Car, selon David Rüetschi (Office fédéral de la justice), il n'est pas suffisant d'ériger des lois, encore faut-il mettre à disposition les moyens nécessaires pour qu'elles soient appliquées.

Plus d'informations

Congrès national «Ratification et mise en œuvre de la Convention d'Istanbul» (mardi, 13.11.2018): <http://www.ebg.admin.ch>

> Le BFEG > Manifestations

Article sur l'excision: Bader, Dina (2016). «Nationalisme sexuel: le cas de l'excision et de la chirurgie esthétique génitale dans les discours d'experts en Suisse». *Revue suisse de sociologie* 42(3): 573–591.

Série de manifestations de l'ASSH sur les SDGs

<http://www.sagw.ch/sdg>

Voir également le **Dossier de ce Bulletin** à partir de la page 39.

«Dodis – wie Chanel»

30

(fs) Das Bild vom wortkargen Historiker, der im Archiv nach vergangenen Zeiten gräbt – dieses Klischee passt definitiv nicht zum Direktor der Diplomatischen Dokumente der Schweiz (Dodis). Sacha Zala berichtet enthusiastisch von seiner Forschungsstelle, seinem Team und davon, wie alles wurde, was es heute ist.

Seine Erzählungen sind ein Feuerwerk von Wissen, Informationen und Erfahrungen, gespickt mit Anekdoten und Esprit: «Wir haben wenig Geld – aber wir haben Fantasie», sagt Sacha Zala lachend. Fantasie ist wichtiger als Wissen, das erkannte auch Albert Einstein. Wissen sei begrenzt, Fantasie jedoch umfasse die ganze Welt – «tutto il mondo». Die Muttersprache von Sacha Zala ist Italienisch. Er ist aufgewachsen im italienischsprachigen Puschlav im Kanton Graubünden. Sein Grossvater war Chemiker, der Vater Ingenieur, aber beide waren als Weinhändler mit den Familienrebbbergen im benachbarten Veltlin beschäftigt. Sacha Zala besuchte in Zuoz das Lyceum Alpinum und plante, an der ETH Informatik zu studieren. Schon damals entwickelte er eine lebhaftere Fantasie. Darum stellte er sich vor, wie er sich zeit seines Lebens um Wissen in der Technologie kümmern würde: «Irgendwann geriet ich aber in Panik und fragte mich, ob meine Allgemeinbildung dann auf dem Niveau eines Maturanden stecken bleiben wird.» Darum entschied er sich für die Geisteswissenschaften.

Geschichte der Menschen

Warum wurde er ausgerechnet Historiker? Die Zwischenfrage lässt Zala nicht verstummen, schliesslich habe Karl Marx gesagt, dass er nur eine einzige Wissenschaft kenne – die Wissenschaft der Geschichte. Diese kann in zwei Geschichten, die der Natur und die der Menschen, aufgeteilt werden ... Im Gegensatz zu seinen zwei Schwestern, eine Neurobiologin in Paris und eine Verhaltensforscherin in Wien, hat sich Sacha Zala für die Geschichte der Menschen entschieden. In Bern und im Südosten der USA (North Carolina) studierte er dann Geschichte, Politikwissenschaft und Staats-



Sacha Zala, Direktor von Dodis und seit 1. April 2018 Titularprofessor der Universität Bern.

recht. Er promovierte an der Universität Bern über «Geschichte unter der Schere politischer Zensur», war zuerst dort als Oberassistent tätig und landete im Jahr 2000 bei den Diplomatischen Dokumenten der Schweiz. Acht Jahre später war er der Direktor der Forschungsstelle. «Viele glauben, dass wir Archivare sind», sagt Zala. Damit er diesen Trugschluss endlich vom Tisch hat, schrieb der Forscher mit seinem Team kurzerhand ein Skript für ein Dodis-Movie. Nach zwei Minuten und 43 Sekunden, so lange dauert der Film, endet Zalas Movie mit einem Happy-End: «get in touch – go Dodis».

Geschichte der internationalen Beziehungen

Nicht weniger als 2 Millionen Dokumente aus dem Schweizerischen Bundesarchiv sichtet Sacha Zala mit seinem Team pro Jahr. 2000 Dokumente werden dann in den drei Büros von Dodis an der Hallwylstrasse in Bern für die Datenbank Dodis und 200 für die gedruckte Edition aufgearbeitet. Die auserlesenen Dokumente sind fein säuberlich in unscheinbaren Pappkartons geordnet. Auf den einzelnen Tischen liegt wenig Papier, alles wirkt gut organisiert, aufgeräumt – keineswegs chaotisch, obwohl bei Dodis gemäss Sacha Zala viel Fantasie im Spiel ist. Die Fantasie darf jedoch nicht verwechselt werden mit dem

akribischen Spürsinn für Geschichten aus dem Zeitgeschehen. Alles, was das Dodis-Team aus Briefen und Dokumenten herausarbeitet, verwebt sich langsam zu einer Geschichte mit umfassenden Quellenangaben. Ihre wissenschaftliche, redaktionelle Arbeit folgt nicht zuletzt dem Babuschka-System – es folgt die Geschichte in der Geschichte ... In der Forschungsstelle arbeiten elf ausgewiesene, teilweise promovierte Historikerinnen und Historiker – hinzu kommt noch eine ansehnliche Zahl von Hilfskräften, Praktikanten und Zivildienstleistenden, die von dieser effektiven Nachwuchsförderung profitieren. Zumal der Direktor auch noch an der Universität Bern lehrt und im Turnus an fast allen Schweizer Universitäten schon gelehrt hat. «Wir machen mit der Aufbereitung der Aktenbestände im Schweizerischen Bundesarchiv historische Grundlagenforschung», sagt Zala. Er ist sichtlich stolz auf die Leistung seiner Leute. Die Ernte ihrer Arbeit ist in gedruckten Editionen als thematisch aufbereitete Geschichte zusammengefasst. Diese Publikationen sind die besten Orientierungshilfen für diejenigen, die sich mit der Geschichte der internationalen Beziehungen der Schweiz beschäftigen wollen.

Eine breite Themenpalette

Die Zeitspanne von 1848 bis 1945 ist in den ersten 15 Bänden erfasst, in weiteren 16 Bänden wird der Kalte Krieg von 1945 bis 1989 publiziert werden. Alle diese Dokumente und viele mehr sind auch auf der Datenbank Dodis frei zugänglich. Dodis ist seit 1997 online, was die Datenbank zum Pionier der Digital Humanities auch im internationalen Vergleich macht. Bis Dezember 2018 sollte gemäss Planung der Band Nummer 27 (Zeitraum 1976–1978) fertig sein. Die Themenvielfalt der Dodis-Geschichten ist keineswegs einseitig oder eingeschränkt: «Da unser Bundesrat eine Kollegialbehörde ist, hat jedes Departement Kontakt mit dem Ausland, das bedeutet, dass wir eine breite Themenpalette anbieten können», so Zala. In der Datenbank Dodis sind weit mehr als 40 000 Menschen sowie 20 000 Organisationen erfasst. Die mehr als 8000 Orte



Franziska Ruchti, Yves Steiner und Sabine Dändliker arbeiten als wissenschaftliche MitarbeiterInnen bei Dodis (von links hinten nach rechts vorn).

wurden gar auf einer Weltkarte, der Dodis-Map, erschlossen. Aber das ist noch nicht genug: «Die Zahl vergrössert sich wöchentlich.» Seit 21 Jahren ermöglicht Dodis mit der Online-Datenbank einem grossen Kreis, alle Daten mit digitalisierten Dokumenten, die primär aus dem Bundesarchiv stammen, zu nutzen. Zalas Freude an technologischen Anwendungen ist offensichtlich geblieben, dafür sucht er sich gerne tüchtige Praktikanten, etwa Informatik-Studenten und richtige IT-Freaks. Das neueste Gadget der Dodis-App für Smartphones sind die Geolokalisierung der Dokumente und ein Memory-Spiel, damit die Forschenden die Gesichter der historischen Persönlichkeiten memorieren: «Unsere Dodis-App ist echt cool», schwärmt Zala. Er demonstriert auch, wie effizient der integrierte QR-Scanner auf dem Smartphone funktioniert, darum sind alle digitalisierten Dokumente mit dem QR-Code versehen.

Eine bekannte Marke

Mit der Affäre P-26, den verschwundenen Unterlagen im Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölke-

32

rungsschutz und Sport (VBS), haben Journalisten Sacha Zala als Dodis-Chef und Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte (SGG) um seine Einschätzung gebeten. Es ist kein Geheimnis, dass Journalisten gerne bei Zala anklopfen. Der Historiker ist nicht nur ein mehrsprachiger und urteilsfähiger Interviewpartner, sondern gibt auch offen seine Meinung preis und kann zuspitzen.

Nebst der historischen Grundlagenforschung und seiner IT-Affinität hat Zala eine weitere Leidenschaft in der Geschichte der Natur gefunden. Um das Haus im Spiegel bei Bern, das er mit seiner Lebenspartnerin bewohnt, observiert er seine Gartenbeete. Mit der Kamera des Smartphones jagt er jedem Keimling, Pflänzchen und jeder Blüte nach. Und wenn ihm vor lauter Zeitgeschehen, Medienanfragen, Referaten, Lehre und Administration die Fantasie ausgehen will, dann vertieft er sich in seine persönlichen Forschungen. Zudem habe er ja mit Dodis einen Superbrand. Deswegen verschenkt der Historiker gerne eine rabenschwarze Stofftasche – «un regalo». Auf der Tasche ist selbstbewusst in weissen Buchstaben lediglich der Schriftzug «Dodis» aufgedruckt: «Wie Chanel», grinst Sacha Zala.

Weitere Informationen

Dodis-Movie: <https://www.dodis.ch/movie>



Dodis-Map: <https://www.dodis.ch/map/>



Dodis-App: <https://dodis.ch/dds/11105>



Diplomatische Dokumente der Schweiz DDS

Mission: Die DDS erforschen die Geschichte der schweizerischen Aussenbeziehungen, selektionieren zentrale Dokumente und publizieren sie als gedruckte Edition und auf der frei zugänglichen Online-Datenbank Dodis.

Gründung: 1975

Jahresbudget: CHF 1,0 Mio.

Stellenprozent: 1000

www.dodis.ch

Mehr zu den Unternehmen der SAGW:

<http://www.sagw.ch/sagw/die-akademie/unternehmen.html>

Bisherige Artikel in dieser Reihe:

«Der Herr der Wörter», Schweizerisches Idiotikon, NWB, 1/18, S. 27

«Die Politik ist ein Kreislauf», APS, Bulletin 4/17, S. 28

«Von Menschen und Münzen», IFS, Bulletin 3/17, S. 28

«Schweizer Geschichte – Vom Lexikon zum Netzwerk»,

HLS, Bulletin 2/17, S. 22

Assemblée annuelle 2018 à Winterthour

(ff) C'est à la ZHAW School of Management and Law à Winterthour qu'aura lieu, les 1^{er} et 2 juin, l'Assemblée annuelle 2018 de l'ASSH. La traditionnelle Conférence des président-e-s sera l'occasion d'aborder les desiderata en matière de politique de la recherche et de discuter des objectifs principaux et de l'orientation des travaux thématiques de l'Académie dans la perspective de la planification pluriannuelle 2021-2024. La manifestation publique sera consacrée quant à elle à l'encouragement de la relève académique.

L'ASSH, de même que les autres unités de l'association des Académies suisses des sciences, devra soumettre au printemps 2019 sa planification pluriannuelle 2021-2024. La Conférence des président-e-s et les séances de sections de l'Assemblée annuelle 2018 offrent donc une belle occasion d'ouvrir à la discussion différents aspects de la planification pluriannuelle en préparation. Formellement, celle-ci s'appuie sur les tâches fixées dans la loi fédérale sur l'encouragement de la recherche et de l'innovation (LERI) et suit la systématique de la convention de prestations avec le Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation (SEFRI). Les multiples activités et missions sont ainsi réparties en trois grandes catégories: les tâches fondamentales, les tâches particulières et les tâches de coordination (travaux thématiques). Après quelques mots de bienvenue du recteur de la ZHAW, le professeur Jean-Marc Piveteau, et une ouverture par le président de l'Académie, le professeur Jean-Jacques Aubert, la Conférence des président-e-s suivra donc aussi tout naturellement cette structure pour présenter brièvement les objectifs principaux relatifs à ces trois catégories et les soumettre à la discussion générale.

Travaux thématiques et attentes vis-à-vis de la politique de la recherche

L'accent sera mis sur le troisième point, consacré aux travaux thématiques, et notamment sur les Sustainable Development Goals (SDGs) qui forment la clé de voûte de

l'Agenda 2030 de l'ONU dont le Conseil fédéral a fait l'une de ses priorités. Trois projets thématiques clés des Académies suisses des sciences sont directement concernés par les 17 objectifs de développement durable. Pour l'ASSH, les SDGs offrent une occasion particulière de mettre en avant l'apport significatif des sciences humaines et sociales dans le domaine du développement durable et de ses dimensions sociale, économique et environnementale. Le débat prévu permettra aussi sans doute d'apporter un regard critique sur la formulation de ces objectifs.

Ce troisième volet de la Conférence des président-e-s sera par ailleurs l'occasion de présenter différents dossiers relatifs aux desiderata de l'Académie en matière de politique de la recherche. Ainsi, le manifeste «Richtungswechsel – Qualität statt Quantität» de l'Académie sera soumis à la discussion. Ce papier stratégique présente des mesures visant à restituer la crédibilité de la recherche. Il appelle de ses vœux un alignement conséquent de l'encouragement de la recherche sur les principes de la Déclaration DORA (Declaration on Research Assessment) et une répartition des moyens qui soit faite en fonction de critères académiques, en respectant la logique de la recherche, et non en fonction des impératifs d'instruments de contrôle ou selon la potentielle utilisation des résultats.

Encouragement de la relève académique en Suisse

Dans la lignée des desiderata de l'Académie en matière de politique de la recherche, c'est la thématique des perspectives de carrière pour le corps intermédiaire supérieur et de l'encouragement de la relève qui a été choisie pour faire l'objet de la manifestation publique. En mai 2017, l'Académie a organisé un workshop consacré à une comparaison internationale des structures d'encouragement et des possibilités de carrières académiques. Les résultats de cet atelier ont été développés et sortiront sous la forme du rapport «Next Generation: Für eine wirksame Nachwuchsförderung. Situation, Modelle, Massnahmen und Empfehlungen zu einer wirksameren Nachwuchsförderung im Wissenschaftssystem der Schweiz» rédigé par Dr Thomas Hildbrand, directeur du Zentrum für Hochschulentwicklung (ZHE Zürich), sur mandat de l'ASSH (voir également page 9 dans ce Bulletin). En présence de l'auteur, le rapport sera présenté pour ainsi dire «en avant-première» et ses recommandations seront soumises à la discussion lors d'une table ronde réunissant notamment des représentant-e-s du FNS, de swissuniversities, du groupe de travail «sciences humaines» de l'ASSH et du corps intermédiaire supérieur.



Tagungsankündigung – Die «Daten» im Fokus

34

(ib) Vor dem Hintergrund der anhaltenden Aktualität von Herausforderungen im Umgang mit geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungsdaten organisiert die SAGW im November 2018 zwei Tagungen.

«Geisteswissenschaftliche Forschungsplattformen in der Schweiz im Kontext von Open und FAIR Data»

2. November 2018, Kursaal Bern

Diese Tagung setzt sich mit Forschungsinfrastrukturen und deren Daten auseinander. Gemeint sind nutzungsorientierte, dienstleistungsorientierte Infrastrukturen, die wichtige Grundlagen für die geisteswissenschaftliche Forschung nachhaltig bereitstellen und die Nachvollziehbarkeit von Forschungsergebnissen gewährleisten. Diese Plattformen umfassen eine Fülle von geistes- und kulturwissenschaftlich relevanten Datenbeständen wie Digitalisate von Handschriften, digitale Sammlungen, Editionen, Datenbanken bis hin zu wissenschaftlichen Online-Nachschlagewerken.

Open Data und FAIR Data sind international eingeführte Anforderungen für die Vorhaltung und Präsentation von digitalen Forschungsdaten. Open Data fügt sich in die Forderung nach Open Science insgesamt ein, die offene Wissenschaftsprozesse und frei zugängliche Forschungsergebnisse verlangt. Die *FAIR-Data-Principles* wiederum sind ein Set von Richtlinien, welche die Auffindbarkeit, Zugänglichkeit, Interoperabilität sowie die Wiederverwendbarkeit von Daten gewährleisten sollen.

Die Tagung setzt sich zum Ziel, inhaltliche, technische, finanzielle und strategische Voraussetzungen zu identifizieren, damit geisteswissenschaftliche Forschungsplattformen die Anforderungen nach Open und FAIR Data umsetzen können. Zugleich soll die Tagung die

Wichtigkeit der geisteswissenschaftlichen Forschungsinfrastrukturen für den Wissenschaftsplatz Schweiz aufzeigen. Expertinnen und Experten werden verschiedene Aspekte des Lebenszyklus von Daten – Datenerstellung, Datenzugang, Datennachnutzung – erörtern. Die Keynote hält Prof. Dr. Gerhard Lauer des Digital Humanities Lab in Basel über «Daten teilen? Zur Bedeutung von Forschungsplattformen für die Digital Humanities».

«Big Data in den Sozialwissenschaften – Herausforderungen und Chancen»

9. November 2018, Hotel Kreuz, Bern

Wie in der breiten Öffentlichkeit, so ist auch in der sozialwissenschaftlichen Profession «Big Data» zu einem Schlagwort geworden, an dem nicht vorbeizukommen ist. In der Schweiz wird die Diskussion bislang vorwiegend unter informatikbezogenen und juristischen Aspekten geführt, so etwa beim unter der Ägide der beiden ETH eingerichteten «Swiss Data Science Center» SDSC (<https://datascience.ch/>). Auch das vom SNF durchgeführte NFP 75 «Big Data» folgt weitgehend diesen Prioritäten (<http://www.nfp75.ch/de>). Bei alledem ist jedoch durchaus unklar, was mit «Big Data» genau gemeint ist. Oft werden unrealistische Erwartungen an die Nutzung solcher Daten für die sozialwissenschaftliche Forschung, aber auch für «evidence-based politics» geknüpft.

Die Fragen nach Möglichkeiten und Grenzen von Big Data für die sozialwissenschaftliche Forschung und die daraus zu erwartenden Ergebnisse und Erkenntnisse für die gesellschaftliche und politische Praxis werden in erster Linie diskutiert. Ein wichtiges Ziel der Tagung ist es deshalb, sozialwissenschaftliche Anwendungsbeispiele zu präsentieren, die zeigen, dass die Beschäftigung mit Big Data Eingang in die Forschung gefunden und relevante wissenschaftliche sowie anwendungsorientierte

Resultate gezeitigt hat. Ferner stellen sich methodologische Fragen, welche die Verwendung von Big-Data-Ansätzen mit sich bringen. Dabei gilt es auch zu erörtern, wie sich dies auf das Verständnis und die Sicht auf die Gesellschaft auswirkt. Schliesslich werden Experten und Expertinnen diskutieren, wie sich die Sozialwissenschaften im Big-Data-Diskurs positionieren und welches die zentralen Herausforderungen sind, damit jener wissenschaftlich und gesellschaftlich fruchtbar gestaltet werden kann. Eingeführt wird die Tagung durch eine Keynote von Frau Prof. Dr. Frauke Kreuter der Universität Mannheim und der University of Maryland.

Weitere Informationen

«Geisteswissenschaftliche Forschungsplattformen in der Schweiz im Kontext von Open und FAIR Data»

2. November 2018, Kursaal Bern

www.sagw.ch/opendata

«Big Data in den Sozialwissenschaften – Herausforderungen und Chancen»

9. November 2018, Hotel Kreuz, Bern

<http://www.sagw.ch/de/sagw/veranstaltungen/vst-2018-sagw/bigdata.html>



Prochainement dans la série de manifestations «Les multiples facettes du patrimoine»

36

La moitié de l'année célébrant partout en Europe le patrimoine culturel est déjà bientôt écoulée. Mais la grande majorité des manifestations inscrites dans la série de l'ASSH «Kulturerbe total / Les multiples facettes du patrimoine» sont encore à venir. Avant la pause estivale, deux événements sont au programme. Le premier, une journée de débat organisée par la Société suisse d'ethnologie (SSE) en collaboration avec la Commission suisse pour l'UNESCO, aura lieu le 4 juin au Laténium à Hauterive sur le thème «Quelles perspectives pour la durabilité dans les sites inscrits au patrimoine mondial en Suisse?». Le second événement sera une promenade à travers Genève proposée le 24 juin par la Société suisse de musicologie (SSM) en collaboration avec la Société d'histoire de l'art en Suisse (SHAS) sur la thématique «Des sons et des espaces de concert à Genève. Promenade musicale».

L'automne sera très riche en manifestations, notamment autour des journées européennes du patrimoine qui seront célébrées cette année en Suisse sur quatre week-ends dans les différentes régions linguistiques du pays. D'ici la fin de l'année, une douzaine d'événements offriront à un large public autant d'occasions de belles (re)découvertes autour des multiples facettes du patrimoine culturel de la Suisse.

Plus d'informations

Sur le programme complet de la série de manifestations:
<http://www.lasuissexistepas.ch/fr/home.html>

Ein solider Zugang zu Wissen und Expertise – Die vier Fachportale der SAGW

(mc) Unter dem Titel «Ein solider Zugang zu Wissen und Expertise» wurde im März 2018 erstmals ein Newsmail mit Inhalten und Hinweisen aus allen vier Fachportalen der SAGW versandt. Absicht dieser Mail war es, die Leserinnen und Leser einzuladen, einen Blick auf die Portalseiten zu werfen und uns Rückmeldung zu geben zu Inhalt und Form.

37

Die SAGW war an der Etablierung von vier Fachportalen beteiligt, dem Fachportal Altertumswissenschaften in der Schweiz (www.ch-antiquitas.ch), dem Fachportal für die Bereiche Kunst, Architektur, Musik und Theater (www.sciences-arts.ch), dem Fachportal der Sprach- und Literaturwissenschaften in der Schweiz (www.lang-lit.ch) sowie dem Fachportal Kulturen und Gesellschaften (www.cult-soc.ch). Diese weiterhin von der SAGW unterstützten Portale werden von den Fachgesellschaften genutzt, um, neben ihrer eigenen Website, ihrem Gebiet und ihren Themen eine grössere Sichtbarkeit zu geben und um weitere interessierte Kreise zu erreichen. Regelmässig werden auf den Fachportalen unter anderem Aktualitäten und Publikationen aus den Fachbereichen aufgeschaltet sowie Informationen zu Ausstellungen, Studienprogrammen oder Möglichkeiten für Doktoratsfinanzierungen. Die Fachportale bieten aber auch Informationen zu Ausbildungsmöglichkeiten, sie listen Stellenausschreibungen auf und präsentieren Berufsporträts.

Im März wurde erstmals ein Newsmail zu den Aktivitäten der Fachportale verschickt. Wer dieses Newsmail zukünftig auch erhalten möchte, kann sich bei Manuela Cimeli melden: manuela.cimeli@sagw.ch

Dossier
Sustainable Development Goals –
Beitrag der Schweiz



SDGs: La contribution des sciences humaines et sociales

(lb) Les Sustainable Development Goals SDGs de l'agenda 2030 de l'ONU sont actuellement omniprésents dans les sphères de la politique, mais aussi de la société civile, de la recherche et de l'économie suisse. C'est ainsi que les Académies suisse des sciences veulent promouvoir les contributions de la science à la réalisation de ce catalogue d'objectif en Suisse. Ce dossier a pour but de thématiser différents SDGs dans la perspective des sciences humaines et sociales. Ci-dessous, nous vous invitons à découvrir en bref les différents articles de ce dossier.

En guise de premier article du dossier, l'ambassadeur Michael Gerber (DFAE) nous offre un court aperçu de l'histoire des SDGs au niveau international et en Suisse. Ayant adopté l'agenda 2030 en septembre 2015, la Suisse n'a pas tardé à réunir un maximum d'acteurs concernés afin de créer un dialogue autour de la mise en œuvre des différents buts. Ces acteurs proviennent des milieux politiques et économiques, mais aussi de la société civile et de la recherche. C'est bien là une des spécificités de cet agenda: il pointe explicitement le doigt sur le besoin de coopération entre les différentes forces motrices de la société. Notamment, les sciences humaines et sociales ont un rôle majeur à jouer dans la résolution des grands défis sociétaux.

Considérer les nouveaux risques

Cet appel à une meilleure coopération, notamment entre la science et la politique, est également présent dans les contributions respectives de Walter Schmid (Hochschule Luzern, Soziale Arbeit) et de Hugo Fasel (Caritas Suisse) à l'exemple du SDG n°1 («Pas de pauvreté»). Selon Walter Schmid, les barèmes de l'aide sociale sont de plus en plus dictés par des critères idéologiques, et non pas par des critères scientifiques et objectifs. Aussi, selon Hugo Fasel, les politiques sociales actuelles sont encore axées sur la vision d'assurances sociales traditionnelles, alors que, selon les observations de la recherche, des «nouveaux risques» ont émergés ces dernières années.

Dossier Sustainable Development Goals – Beitrag der Schweiz

39

- 39 SDGs: La contribution des sciences humaines et sociales
- 41 Die Schweiz und die SDGs. *Michael Gerber*
- 43 Die SDGs – eine Herausforderung für die Wissenschaft. *Thomas Breu, Peter Messerli*
- 45 Weniger Armut in der Schweiz – Ideen sind da, der Wille fehlt. *Walter Schmid*
- 47 Armut ist die sozialpolitische Herausforderung der Zukunft. *Hugo Fasel*
- 49 Gesund und mit hoher Lebensqualität altern *Mike Martin, Hans-Rudolf Schelling, Alexandra M. Freund, Christina Röcke, Matthias Kliegel*
- 51 Wohlergehen von Kindern in Zeiten der Nachhaltigkeit. *Catrin Heite, Veronika Magyar-Haas, Marion Pomey, Franziska Schlattmeier*
- 53 Frauenhandel und sexuelle Ausbeutung in der Schweiz – Eine Übersicht. *Maritza Le Breton*
- 55 Bekämpfung von Zwangsheiraten – ein Beispiel für die Verflochtenheit von Selbstbestimmung, Gleichstellung und nachhaltiger Entwicklung *Anu Sivaganesan*
- 57 Prekäre Beschäftigung und schwere Ausbeutung von migrantischen Arbeitnehmenden. *Sarah Schilliger*
- 59 Prekäre Arbeitsverhältnisse im digitalen Wandel *Michael Mattmann*
- 61 Ungleichheit in der Schweiz: widersprüchliche Entwicklungstendenzen. *Christian Suter, Laura Ravazzini*
- 64 Mesures politiques contre les inégalités *Jean-Michel Bonvin*
- 66 Ressourcenschonend konsumieren und produzieren *Patrick Wäger, Heinz Böni*
- 68 Die Schweiz im Kontext von Frieden und Gerechtigkeit. *Anna Leissing*
- 69 SAGW-Veranstaltungsreihe zu den SDGs

Augmenter la qualité de vie

Le SDG n° 3 plaide pour une bonne santé et un bien-être élevé pour l'ensemble de la population. Les deux contributions de ce dossier le concernant thématisent respectivement deux catégories d'âge particulièrement vulnérables: les personnes âgées (Mike Martin et al., Universités de Zurich et de Genève) ainsi que les enfants et les jeunes (Catrin Heite et al., Université de Zurich). Elles mettent notamment en lumière l'apport important de la science dans le domaine de la qualité de vie. Premièrement, il s'agit de créer des modèles de mesure du bien-être qui se basent sur l'individu dans son contexte, dans l'optique d'une définition de la santé qui soit fonctionnelle. Cette revendication correspond en outre aux exigences de l'OMS («Global strategy and action plan on ageing and health», GSAP, 2015). Deuxièmement, il est primordial de prendre en compte la perspective subjective des individus, ainsi que d'explicitier les liens entre bien-être individuel et les différents thèmes de l'agenda 2030.

Assurer l'égalité

Pour le domaine de l'égalité hommes-femmes (SDG n° 5) aussi, la contribution de la recherche est importante, à l'image de la traite des femmes thématisée par Maritza Le Breton (FHNW). Effectivement, des statistiques fiables font actuellement défaut. Ce manque de connaissance sur l'ampleur et les spécificités de ce phénomène ralentit considérablement le développement et l'implémentation de mesures efficaces.

Le SDG n° 10 («Inégalités réduites»), quant à lui, thématise la question des inégalités dans les pays. Là également, les deux contributions de ce dossier dédiées à cet aspect du développement durable montrent bien que la recherche peut contribuer à combler les lacunes de connaissance afin de pouvoir lutter contre les inégalités en Suisse. Premièrement, Christian Suter et Laura Ravazzini (Université de Neuchâtel) thématisent les différentes dimensions à prendre en compte lorsque l'on parle d'inégalités, et deuxièmement, Jean-Michel Bonvin (Université de Genève)

pointe le doigt sur les différents champs politiques qui doivent être considérés pour atteindre une réduction durable de celles-ci.

Favoriser un monde durable et juste

Concernant le SDG n° 8 («Travail décent et croissance économique»), les contributions respectives de Sarah Schilliger (Universität Osnabrück) et de Michael Mattmann (Ecoplan) démontrent le besoin d'adapter le droit du travail à la société actuelle. Que ce soit dans le domaine des travailleurs étrangers (qui sont bien trop souvent sous-payés, notamment dans les domaines de l'agriculture et de l'économie ménagère) ou de la digitalisation (par exemple les plateformes de services en ligne) – il manque actuellement des normes légales garantissant une protection efficace des personnes, que ce soit au niveau des discriminations salariales ou encore de la protection sociale. Il en revient donc à la science de se poser la question: quelles sont les conditions institutionnelles et sociales qui permettent une telle protection ?

Finalement, le dossier contient également une contribution à propos du SDG n° 12 («Consommation et production responsables») par Patrick Wäger et Heinz Böhni (Empa) ainsi qu'un article concernant le SDG n° 16 («Paix, justice et institutions efficaces») par Anna Leissing (Swisspeace). Ces deux SDGs forment une base indispensable pour un développement durable au niveau écologique et social, et les deux contributions susmentionnées démontrent clairement l'importance d'une collaboration synergétique et cohérente entre tous les acteurs impliqués.

Nous vous souhaitons bonne lecture!

Die Schweiz und die SDGs

Michael Gerber, Botschafter und Sonderbeauftragter für globale nachhaltige Entwicklung

Die Schweiz konnte die Inhalte der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung frühzeitig mitprägen. Nun arbeitet sie an ihrer Realisierung. Wie eine Bestandesaufnahme des Bundes gezeigt hat, besteht in vielen von den Geistes- und Sozialwissenschaften bearbeiteten Bereichen Handlungspotenzial. Im Juli wird der Bund einen Bericht zum Stand der Umsetzung präsentieren.

Als 2012 die Frage aufkam, was nach Ablauf der Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals MDGs) Ende 2015 dereinst folgen soll, und an der Rio+20-Konferenz beschlossen wurde, einen Katalog von Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals SDGs) zu erarbeiten, reagierte die Schweiz schnell. Umgehend stellte sich der Bund sowohl inhaltlich als auch strukturell auf, um in den internationalen Prozessen zur Ausgestaltung dieser neuen Agenda aktiv mitwirken zu können.

Schweizer Handschrift in den SDGs

Dieses unverzügliche Handeln, der direkte Einbezug wichtiger Akteure wie der Wissenschaft sowie die starke Positionierung auf internationaler Ebene trugen dazu bei, dass die Schweiz die Inhalte der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung entscheidend beeinflussen konnte. So setzte sich die Schweizer Delegation in den zwischenstaatlichen Prozessen der UNO beispielsweise erfolgreich für konkrete Einzelziele in den Themenbereichen Wasser, Gesundheit, Geschlechtergleichstellung und friedliche, inklusive Gesellschaften ein. Ausserdem gelang es ihr, die Themen Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion, Migration sowie Reduktion von Katastrophenrisiken prominent in der Agenda zu verankern. Die Schweiz war es

auch, die bereits zu Beginn der internationalen Diskussion forderte, die MDG- und die Rio-Agenda zu einer neuen, umfassenden und universell gültigen Agenda zusammenzuführen. Zugleich lancierte sie die frühzeitige Auseinandersetzung mit der Umsetzung, der Finanzierung und der Überprüfung der Agenda 2030. Auf diese Weise vermochte die Schweiz auch die Ausgestaltung eines globalen Überprüfungsmechanismus sowie die Umsetzungs- und Finanzierungsagenda (Addis-Abeba-Aktionsagenda) zu prägen.

Umsetzung durch die Schweiz

Seit der Verabschiedung der Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen im September 2015 arbeitet die Schweiz an deren Umsetzung. Anhand einer detaillierten Bestandesaufnahme hat der Bund inzwischen untersucht, wo die Schweiz in Bezug auf jedes der 169 Unterziele der SDGs steht, Lücken identifiziert und Vorschläge für entsprechende Massnahmen ausgearbeitet. Auf dieser Grundlage wird die Schweiz im Juli 2018 am Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung (High-Level Political Forum on Sustainable Development HLPF) der UNO einen ersten umfassenden Bericht zum Umsetzungsstand präsentieren. Der Bundesrat wird voraussichtlich im Mai 2018 über den Bericht sowie die künftigen Umsetzungsschritte befinden.

Wie es seit Prozessbeginn 2012 der Fall ist, wird der Bund bei all diesen Arbeiten von bundesexternen Akteuren unterstützt. Aktuell begleitet eine Gruppe von Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft die Arbeiten auf Bundesebene und bringt sich aktiv in die Umsetzung der Agenda 2030 durch die Schweiz ein.

Rolle der (Geistes- und Sozial-)Wissenschaften

Die Wissenschaft übernimmt in der Umsetzung eine Schlüsselrolle, indem sie 1. durch Forschung wissenschaftliche Evidenz über Chancen und Risiken (nicht) nachhaltiger Entwicklung schafft, 2. durch inter- und transdisziplinäre Lehre relevantes Wissen vermittelt sowie 3. durch gezielte Information und Kommunikation eine Führungsrolle für die breitenwirksame Verbreitung von Lösungsansätzen und Methoden übernimmt.

Da die 17 Nachhaltigkeitsziele zahlreiche Herausforderungen der Gesellschaft betreffen, braucht es zwingend geistes- und sozialwissenschaftliche Expertise. Die auch mit interessierten Schweizer Akteuren konsultierte Bestandaufnahme des Bundes hat gezeigt, dass in vielen von den Geistes- und Sozialwissenschaften bearbeiteten Bereichen Handlungspotenzial besteht. SDG 12 zu Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion ist beispielsweise nur erreichbar, wenn die nachhaltige Ressourcenverwendung stärker in das Bewusstsein von Konsumentinnen und Konsumenten rückt und zu Verhaltensveränderungen führt. Eine Verringerung der sozialen Ungleichheit und Marginalisierung im Sinne von SDG 10 (sowie SDG 1) bedarf einer soziologischen Einordnung und Herangehensweise. Gleichzeitig tangiert SDG 5 zur Geschlechtergleichstellung gleich mehrere relevante Forschungsfelder der Geistes- und Sozialwissenschaften (Geschlechterforschung, Soziologie, Politikwissenschaft etc.).

Um die Nachhaltigkeitsziele bis 2030 erreichen zu können, ist es daher unerlässlich, das Wissen und die Kompetenzen der Geistes- und Sozialwissenschaften in relevanten Bereichen zu nutzen sowie wirksam und sichtbar einzubringen.

Zum Autor

Michael Gerber



Botschafter Michael Gerber ist Sonderbeauftragter der Schweiz für globale nachhaltige Entwicklung. Er war Schweizer Verhandlungsleiter für die Agenda 2030 sowie die Addis-Abeba-Aktionsagenda und vertritt die Schweiz im Zusammenhang mit der nachhaltigen Entwicklung gegen aussen.

Die SDGs – eine Herausforderung für die Wissenschaft

Thomas Breu und Peter Messerli, Centre for Development and Environment, Universität Bern

Die 17 Ziele der Agenda 2030 sind nicht widerspruchsfrei und fordern die Wissenschaft in mehrfacher Hinsicht. Nur durch inter- und transdisziplinäre Zusammenarbeit kann die Wissenschaft ihre Erkenntnisse umfassend einbringen und Entscheidungsprozesse unterstützen. Primär sollte sie sich mit der Frage auseinandersetzen, wie wir vom gegenwärtigen Ist-Zustand zum Soll-Zustand im Jahre 2030 gelangen können. Damit dies gelingen kann, braucht es eine breit abgestützte Förderoffensive im Bereich Transformationen für eine nachhaltige Entwicklung.

Die Agenda 2030 stellt eine umfassende Vision der Staatengemeinschaft für die nachhaltige Entwicklung dar, die nur durch neue Partnerschaften erfolgreich umgesetzt werden kann. Indem sich die Agenda zu wissensgeleiteten Entscheidungen bekennt, hat die Forschungsgemeinschaft nicht nur eine grosse Verantwortung erhalten, sondern auch die ausgezeichnete Chance, gemeinsam mit Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft aktiv zur nötigen Transformation zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Soll die Veränderung erfolgreich sein, müssen allerdings gleichzeitig Defizite der (sozialen) Lebensgrundlagen und die (ökologischen) Überschreitungen der planetaren Grenzen angegangen werden.

Was in der Theorie einfach tönt, stellt sich in der Praxis als äusserst anspruchsvoll dar: Die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen und 169 Unterzielen lässt sich als Katalog voller Widersprüche und Interessenskonflikte, sogenannter trade-offs, lesen. Zur Verdeutlichung mag eine auf die Schweiz bezogene durchaus reale Problemstellung von unterschiedlichen Zielrichtungen dienen: Welche

Landwirtschaft kann zugleich das bäuerliche Einkommen sichern, mit qualitativ hochwertigen Produkten die inländische Nachfrage kostengünstig decken, die Biodiversität schützen und mit dem Welthandel kompatibel sein?

Wissenschaft muss sich inter- und transdisziplinär engagieren

Angesichts solch komplexer Fragen ist die Wissenschaft doppelt gefordert: Zum einen muss sie relevantes Wissen über die einzelnen Systembereiche und deren Zusammenwirken in Raum und Zeit (Systemwissen) zur Verfügung stellen. Zum anderen ist es nötig, dass sie mit den betroffenen Akteuren aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft zusammenarbeitet, um gewollte Veränderungen zu definieren (Zielwissen) und gemeinsam Wege zur Umsetzung (Transformationswissen) zu entwickeln. Das heisst: Die Forschenden müssen inter- und transdisziplinäre Partnerschaften eingehen. Nur durch ein solch erweitertes Engagement über die klassischen Grenzen der Wissenschaft hinaus kann diese ihre Erkenntnisse möglichst umfassend in die Gestaltung von demokratischen Verhandlungs-, Lern- und Entscheidungsprozessen einbringen.

Dies ist umso wichtiger, als die erfolgreiche Umsetzung der Agenda 2030 massgeblich von der Förderung von sich gegenseitig verstärkenden Zielbereichen (co-benefits), einer kohärenten Politikgestaltung und von sozialen und technologischen Innovationen abhängt. Hinzu kommt der Zeitdruck: Da wir verschiedene Grenzen der sozialen Gerechtigkeit und ökologischen Lebensgrundlagen bereits überschritten haben oder sie an einen kritischen Punkt gelangt sind, muss die Transformation hin zu nachhaltiger Entwicklung massiv beschleunigt werden.

Richtungswechsel und Förderoffensive

Grundsätzlich fehlt es nicht an umfassendem Wissen über die Probleme und Prozesse für eine nachhaltige Entwicklung. Aber dieses wird generell unternutzt, ist teilweise widersprüchlich und nicht einfach greifbar. Vor diesem Hintergrund muss sich die Forschung in den verbleibenden 13 Jahren in erster Linie der Validierung und Synthese des bestehenden Wissensstocks widmen. Zusätzlich ist es entscheidend, dass sie sich verstärkt in der eigentlichen Transformationsforschung engagiert; das heisst mit der Frage beschäftigt, wie wir die Lücke zum Soll-Zustand im Jahre 2030 gegenüber dem gegenwärtigen Ist-Zustand füllen können. Und erst dann soll sie neues Systemwissen erarbeiten – vorzugsweise mit einem Fokus auf Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen Zielen.

Damit die Wissenschaft ihre Rolle effektiv wahrnehmen kann, ist aber auch in der Wissenschaftspolitik ein Richtungswechsel dringend nötig. Die Nachhaltigkeitsforschung fristet in der Schweiz ein Nischendasein und nimmt gegenüber der disziplinären und auf Grundlagen ausgerichteten Forschungslandschaft eine marginale Position ein. Damit die Schweiz ihren Verpflichtungen und eigenen Interessen nachkommen kann, braucht es eine eigentliche Förderoffensive im Bereich Transformationen für eine nachhaltige Entwicklung. Diese Offensive soll jedoch nicht nur alleinige Sache der Wissenschaftspolitik sein. Vielmehr muss sie durch die Umwelt-, Wirtschafts-, Sozial- und Aussenpolitik mitgetragen werden.

Literatur

- Breu T, Bergöö M, Bürgi Bonanomi E, Fässler M. 2017: Die Schweiz und die Agenda 2030. Diskussionspapier zur Umsetzung der Ziele für Nachhaltige Entwicklung in und durch die Schweiz. 12p. Zürich: Sustainable Development Solutions Network Switzerland (SDSN).
- Messerli P, Bieri S. 2018: Können wir die Zukunft gestalten? – Die Agenda 2030 als Impuls für die Handlungsfähigkeit der Schweiz.

Zu den Autoren

Thomas Breu



Thomas Breu ist Professor und Direktor des Zentrums für Nachhaltige Entwicklung und Umwelt (CDE) der Universität Bern und Präsident der Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern (KFPE) der scnat. Er studierte Geografie und Volkswirtschaft und verfügt über mehr als 20 Jahre Erfahrung in Nachhaltigkeitsforschung zu Mensch-Umwelt-Systemen in Südostasien, Ostafrika und Zentralasien.

Peter Messerli



Peter Messerli ist Professor für Nachhaltige Entwicklung und Direktor des Centre for Development and Environment (CDE) der Universität Bern. Seine Forschungsinteressen liegen in der nachhaltigen Entwicklung von Landsystemen unter dem Einfluss von globalem Wandel. Er ist Co-Vorsitzender des Global Land Programs (GLP) von Future Earth sowie des UNO-Weltberichts zur Nachhaltigen Entwicklung. Zudem ist Peter Messerli Vertreter der Akademien in der schweizerischen Begleitgruppe zur Agenda 2030.



Weniger Armut in der Schweiz – Ideen sind da, der Wille fehlt

Walter Schmid, Hochschule Luzern, Soziale Arbeit

Armut hat verschiedene Gesichter und hängt vom gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang ab. In der Schweiz gilt als arm, wer mit 2200 Franken oder weniger pro Monat auskommen muss. Die Armutsquote beträgt zurzeit rund sieben Prozent. Bis 2030 sollte der Anteil der Armen in der Schweiz auf gut drei Prozent gesenkt werden. Das dürfte schwierig werden.

Die Sustainable Development Goals, SDGs, sollen bis 2030 global und von allen UNO-Mitgliedstaaten erreicht werden. Das heisst, nicht nur die armen Länder, auch die Schweiz ist aufgefordert, die gesetzten Ziele im eigenen Land umzusetzen. Schon mit dem ersten Ziel, die Armut in allen ihren Formen und überall zu beseitigen, dürfte sich die Schweiz schwertun. Denn dieses Ziel beinhaltet nicht nur die Überwindung von extremer Armut, der immer noch rund 800 Millionen Menschen auf der Welt ausgesetzt sind, sondern auch Fortschritte in den reichen Ländern. So etwa das Unterziel 1.2, wonach bis 2030 der Anteil der Männer, Frauen und Kinder jeden Alters, die in Armut in all ihren Dimensionen nach der jeweiligen nationalen Definition leben, mindestens um die Hälfte zu senken sei.

Existenzminimum als Massstab

Armut, Elend, Entbehrungen und menschliche Not haben viele Gesichter. Ebenso vielschichtig ist der Armutsbegriff selber. Es lassen sich jedoch verschiedene Konzepte unterscheiden, welche einzelne Aspekte der Armut ins Zentrum stellen. Zunächst wird die Armut mit einem festen monetären Betrag, der das Überleben sichern soll, in Zusammenhang gebracht. Die Idee eines «minimal standard of living», eines Existenzminimums, geht davon aus, dass sich der Bedarf eines Menschen betragsmässig festschreiben lässt. Wer diesen Betrag nicht zur Verfügung hat, gilt als arm. Im SDG 1.1 werden beispielsweise 1,25 US-Dollar als Wert zur Definition von extremer Armut herangezogen. In der Schweiz orientiert sich das Existenzminimum an den Richtlinien der Schweizeri-

schen Konferenz für Sozialhilfe SKOS und wird mit rund 2200 Franken pro Monat für eine Einzelperson und 4050 Franken für eine Familie mit zwei Kindern berechnet.

Armut ist situationsabhängig

Armut ist jedoch keine absolute Grösse. Relative Armutskonzepte stellen sie deshalb in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang und vergleichen das verfügbare Einkommen eines armutsbetroffenen Haushalts mit dem Durchschnittseinkommen. Liegt es 50 Prozent unter diesem, gilt ein Haushalt als arm. So werden Armutsquoten international vergleichbar. Für die Schweiz beträgt die Armutsquote zurzeit rund sieben Prozent. Neben diesen quantifizierbaren Armutsdefinitionen bestehen Armutskonzepte, die sich eingehend mit den übergeordneten strukturellen Gegebenheiten befassen. So etwa das Lebenslagen-Konzept, das unter anderem nach den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt, nach der Wohnsituation, den Bildungschancen der Kinder oder der Gesundheitsversorgung fragt. Ebenso der Ansatz des Nobelpreisträgers für Ökonomie, der die Verwirklichungschancen des Einzelnen und damit ein dynamisches Armutskonzept ins Zentrum rückt. So aussagekräftig diese Ansätze sind, sie entziehen sich einer einfachen Quantifizierung.

Armutsquote konstant, aber zu hoch

Will die Schweiz das SDG der Armutsbekämpfung erreichen, muss sie den Anteil der Armen auf gut drei Prozent senken. Dazu wird sie kaum in der Lage sein. Betrachtet man den Anteil der armutsbetroffenen Bevölkerung und deren Zusammensetzung, so stellt man fest, dass sich in den letzten zehn Jahren kaum etwas geändert hat. Von konjunkturell bedingten Fluktuationen abgesehen, blieb die Armutsquote mehr oder weniger konstant. Auch die Sozialhilfequote, welche den Anteil der Wohnbevölkerung misst, der Sozialhilfe bezieht, ist mit gut drei Prozent weitgehend unverändert. Schlecht ausgebildete Personen, alleinerziehende Eltern, ausgesteuerte Arbeitslose,

kinderreiche Familien, Jugendliche, die den Einstieg ins Berufsleben nicht schaffen, und Menschen mit psychischen Problemen, die aber nicht zu einer Rente führen, gehören seit längerem zu den von Armut am ehesten betroffenen Bevölkerungsgruppen. Hinzu kommen Asylsuchende, Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene.

Zögerliche Umsetzung

Aus Wissenschaft und Praxis gibt es zahlreiche Vorschläge, wie die Armut dieser Gruppen reduziert werden könnte, etwa durch die Einführung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien oder ältere, ausgesteuerte Arbeitslose. Aber auch eine konsequente, früh einsetzende Integration der Personen aus dem Asylbereich oder Massnahmen in der Früherziehung und der Bildung können Armut reduzieren. Obwohl an vielen Stellen im Kleinen einiges getan wird, fehlt es am politischen Willen, weiter reichende Massnahmen einzuleiten. Vielmehr steht zu befürchten, dass die Standards für staatliche Leistungen, namentlich in der Sozialhilfe, weiter gesenkt und nach ideologischen Kriterien, nicht nach wissenschaftlich objektivierbaren Massstäben festgelegt werden.

Zum Autor

Walter Schmid



Walter Schmid, Prof. Dr. iur., geb. 1953, ist Dozent und Projektleiter an der Hochschule Luzern Soziale Arbeit und war von 2003 bis 2016 deren Direktor. Davor war er unter anderem zehn Jahre Chef des Jugend- und Sozialamts der Stadt Zürich und während fünfzehn Jahren Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe, SKOS. Seit 2009 ist

er Mitglied des Vorstands der SAGW.



Armut ist die sozialpolitische Herausforderung der Zukunft

Hugo Fasel, Direktor Caritas Schweiz

Dass Armut auch in der Schweiz existiert, ist vielen nicht bewusst. Dabei sind rund eine Million Menschen von Armut betroffen oder bedroht. Es braucht Massnahmen in verschiedenen Politikfeldern. Vor allem aber braucht es eine zuständige Instanz und zur Umsetzung eine Eidgenössische Kommission für Armutsfragen.

In der Sozialpolitik ist die Aufmerksamkeit nach wie vor auf die klassischen Sozialversicherungen gerichtet. In den letzten Jahren sind jedoch neue Risiken entstanden: Jährlich werden rund 40 000 Personen ausgesteuert; das berufliche Wissen veraltet rasch oder es wird durch die Strukturveränderungen der Wirtschaft einfach nicht mehr gebraucht; ältere ArbeitnehmerInnen haben Schwierigkeiten, wieder eine Stelle zu finden; Alleinerziehende, insbesondere Frauen, können oft kein existenzsicherndes Einkommen erzielen. Dazu kommt, dass in einzelnen Branchen ein Teil der Löhne unter dem Existenzminimum liegen. Als Folge davon nimmt die Armut in der Schweiz ständig zu.

Nach den Berechnungen des Bundesamts für Statistik sind in der Schweiz über eine Million Menschen von Armut betroffen oder bedroht. Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht: Längst nicht alle Menschen können am Güterseggen unserer Gesellschaft teilhaben. Insbesondere Kinder aus armutsbetroffenen und bildungsfernen Haushalten sind sehr gefährdet, als Erwachsene wieder zu den Armen zu zählen.

Politikfelder der Armutsprävention

Um die Armut in der Schweiz zu bekämpfen, muss man sich zuerst bewusst sein, dass es sich um ein Querschnittsthema handelt. Lösungsansätze sind deshalb

breit und vielfältig. Sie betreffen verschiedenste Politikbereiche. Nachfolgend sollen einige Politikfelder benannt werden, die für die Armutsbekämpfung wesentlich sind:

Armutsberichte

Bis heute ist das Bewusstsein, dass Armut auch in der Schweiz existiert, noch wenig entwickelt. Beispielsweise verfügen bis heute noch immer nicht alle Kantone über Armutsberichte, die das Ausmass und die Ursachen der Armut analytisch erfassen und Basis einer gezielten Armutspolitik bilden sollten.

Sozialhilfe

Das Leistungsniveau der Sozialhilfe muss erhalten bleiben, um die Marginalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen zu verhindern. Die Richtlinien der SKOS sind durch die Kantone und Gemeinden verbindlich einzuhalten.

Bildungspolitik

Viele Menschen, die in Armut geraten, haben Bildungsdefizite. Durch Strukturveränderungen sind wertvolle berufliche Fähigkeiten plötzlich nicht mehr gefragt und müssen durch neue Kenntnisse ersetzt werden. Gezielte Weiterbildung und Nachholbildung sind notwendig. Dazu braucht es vonseiten des Bundes ein stärkeres Engagement und die Entwicklung neuer Weiterbildungsansätze. Das hohe Tempo der Veränderungen, ausgelöst durch die Digitalisierung, rückt die Bildungspolitik auch künftig in den Vordergrund politischen Handelns.

Familienpolitik

Die Analyse der Familienarmut zeigt, dass vor allem Alleinerziehende einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt sind. Armutsgefährdet sind aber auch Familien mit meh-

renen Kindern. Das zentrale Instrument zur Bekämpfung von Familienarmut sind Ergänzungsleistungen für Familien. Es gibt bereits in einigen Kantonen positive Erfahrungen mit diesem Instrument. Der Bund müsste die Verantwortung für eine gesamtschweizerische Einführung und Mitfinanzierung übernehmen.

Um dem rasch wachsenden Risiko entgegenzuwirken, dass Armut, wie zu früheren Zeiten, von den Eltern an die Kinder vererbt wird, muss die Frühförderung in allen Kantonen definitiv verankert werden. Für alleinerziehende Eltern hat ebenso der Zugang zu bezahlbaren familienergänzenden Einrichtungen eine zentrale Bedeutung, um ihre Perspektiven verbessern zu können.

Arbeitsmarktpolitik

Langzeitarbeitslosigkeit und Aussteuerung nehmen alljährlich zu. Diesen Menschen fehlen die beruflichen Perspektiven, und das Risiko ist gross, dass sie früher oder später auf Sozialhilfe angewiesen sein werden. Die Anstrengungen zur Integration arbeitsloser Menschen müssen deshalb verstärkt werden. Dies hat in erster Linie durch eine Neuausrichtung der aktiven Arbeitsmarkt-massnahmen in der Arbeitslosenversicherung zu geschehen.

Institutionelle Verankerung

Bis heute ist nicht definiert, wer auf Bundesebene für das Thema Armut zuständig ist. Es ist notwendig, ein Bundesamt als verantwortliche Stelle zu bezeichnen. Zu seinen Aufgaben müssten zumindest das Armutsmonitoring und die Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren der Armutspolitik gehören. Zu deren Umsetzung bedarf es der Schaffung einer Eidgenössischen Kommission für Armutsfragen.

In der Armutspolitik steht die Schweiz noch in den Anfängen. Vieles bleibt zu tun.

Zum Autor

Hugo Fasel



Hugo Fasel (1955) studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Fribourg. Der langjährige Nationalrat (CSP) gründete insgesamt drei Unternehmen, darunter die Ritec, ein Integrationsprogramm für Ausgesteuerte und Sozialhilfeempfänger. Seit 2008 ist er Direktor der Caritas Schweiz. Zudem unterrichtet er seit 1999 an der Fachhochschule Nordwestschweiz sowie an den Fachhochschulen Bern und Freiburg für den MBA-Lehrgang das Fach «Politik und Lobbying». Hugo Fasel ist verheiratet und hat zwei Töchter.



Gesund und mit hoher Lebensqualität altern

Mike Martin, Hans-Rudolf Schelling, Alexandra M. Freund, Christina Röcke, Universität Zürich; Prof. Matthias Kliegel, Universität Genf

Bei der Beurteilung der Gesundheitssituation im Alter braucht es einen Paradigmenwechsel. Nicht mehr die Krankheit steht im Fokus, sondern die Lebensqualität. Das setzt Anpassungen beim Monitoring und Investitionen in die Forschungsinfrastruktur voraus.

Nimmt man Daten des Bundesamts für Statistik (BFS) von 2016, dann geben für die Gruppe «65+» 78% der Personen eine hohe oder sehr hohe «subjektive Einschätzung der Lebensqualität» an; deutlich geringer sind die Werte für Alleinlebende über 65-Jährige. Dies ergibt aber kein differenziertes Bild der Wirklichkeit und des bestehenden Handlungsbedarfs. So hat die Schweiz in der Weltgesundheitsversammlung 2016 dem «Globalen Strategie- und Handlungsplan Gesundes Altern» zugestimmt. Er basiert auf dem ersten Weltbericht Altern und Gesundheit (WHO, 2015), der ein neues Paradigma des «Gesunden Alterns» formuliert hat. Es geht davon aus, dass Gesundheitsversorgung im Alter an der funktionalen Fähigkeit von Menschen in ihrem realweltlichen Kontext ausgerichtet sein soll. Die funktionale Fähigkeit beruht auf dem systematischen Zusammenspiel von Kontexten, allen individuellen Eigenschaften – also auch, aber nicht nur, vorhandenen Erkrankungen – und Aktivitäten und deren Wechselwirkung. Zusammen ermöglicht das Zusammenspiel im besten Fall jederzeit eine hohe Lebensqualität.

Von der Krankheit zur Lebenssituation

Das Konzept ist neu, weil es Personen mit und ohne Erkrankungssymptome gleichermaßen einschliesst und den Blick weg vom Einzelsymptom und hin zur Person in ihrem Kontext lenkt. Allein dies wird dazu beitragen, dass ältere Menschen in der Gesellschaft nicht allein als bedrohlich wachsende Gruppe chronisch Kranker, sondern in der Gesamtheit ihrer Kompetenzen und Beeinträchtigungen wahrgenommen werden. Die Messung und Verbesserung dieser kontextualisierten Gesundheit im 2020–2030 geplanten Jahrzehnt des Gesunden Alterns

verläuft entlang der Zeitschiene des Nachhaltigen Entwicklungsziels 3 «Gesundheit und Wohlergehen» der UN.

Alternde Gesellschaft im Fokus

Der Handlungsplan setzt fünf Ziele: (1) Nationale Umsetzung der Strategie, (2) Entwicklung altersfreundlicher Umwelten, (3) Ausrichtung der Gesundheitsversorgung an der funktionalen Fähigkeit, (4) Entwicklung gerechter und nachhaltiger Langzeitpflege und (5) Verbesserung der Messung, des Monitorings und der Erforschung des gesunden Alterns. Das Ziel der nationalen Umsetzung der Strategie wird durch die «a+ Schweizerische Plattform Alternde Gesellschaft» der Schweizerischen Akademien der Wissenschaften unter Federführung der SAGW begleitet (siehe auch S. 22 in diesem Bulletin). Hier haben sich bisher über 45 Stakeholder aus dem gesamten Bereich von Gesundheitsversorgung, Bundesämtern, Versorgern, Universitäten, Fachhochschulen, klinische Einrichtungen, Senioren-Universitäten und Volkshochschulen auf die Einrichtung einer gemeinsamen Plattform für die nationale, regionale und kantonale Umsetzung des GSAP verständigt. Diese Umsetzung ist mit der WHO abgestimmt, jedoch vollständig auf die Schweiz zugeschnitten.

Zeit für einen Paradigmenwechsel

Die vier weiteren Ziele müssen als Nächstes angegangen werden. Dank einiger Initiativen im Bereich der altersfreundlichen Städte und in Richtung von «Smart Cities» kann beim zweiten Ziel auf guter Substanz aufgebaut werden. Beim Ziel 3, Ausrichtung der Gesundheitsversorgung am Modell, muss noch das Bewusstsein geschaffen werden. Noch gibt es kantonale oder nationale Strategien und auch die Gesundheitsversorgung insgesamt, die jeweils auf ein einzelnes Krankheitssymptom fokussieren. Dagegen wäre die Ausrichtung auf die kontextualisierte funktionale Fähigkeit ein wirklicher Paradigmenwechsel: Der Erfolg einer Massnahme würde daran gemessen, ob die realweltliche funktionale Fähigkeit einer Person ausserhalb des klinischen Kontextes erhalten oder verbessert wird.

Handlungsbedarf bei Daten und Instrumenten

Beim fünften Ziel gibt es Handlungsbedarf: Um jederzeit ein kontextualisierbares Gesamtbild der Gesundheit und Lebensqualität im Alter zu haben, ist wichtig, die Nutzung vorhandener Daten und Instrumente zum Monitoring der Gesundheit und Lebensqualität zu verbessern. Diese stammen beispielsweise aus dem Schweizerischen Gesundheitsobservatorium oder dem Kompetenzzentrum für sozialwissenschaftliche Forschung (FORS). So sind grosse Gruppen von älteren Personen mit koordinationsintensiven Erkrankungen aus vielen Studien ausgeschlossen, und vielfach wird, wie bei der zitierten BfS-Auswertung der Lebensqualität, nicht zwischen den Altersgruppen innerhalb der heterogenen Gruppe der 65+-Jährigen differenziert.

Investition in Forschungsinfrastruktur

Neu ermöglicht die Digitalisierung eine preiswerte und innovative Erweiterung des Lebensqualitäts-Monitorings. Die bisherigen Daten sind arm an situativen und kontextbezogenen Informationen und werden relativ selten erfasst. Um die im Modell des Gesunden Alterns zentrale funktionale Fähigkeit einzelner Personen systematisch und flächendeckend als Versorgungsziel überhaupt umzusetzen, benötigt es dichte Beobachtungen im realweltlichen Kontext. Dies erfordert eine Investition in eine Forschungsinfrastruktur für verantwortliche Gesundheitsforschung mit hohen Datendichten, in digitale Kompetenzen älterer Menschen zur Nutzung ihrer Gesundheitsdaten und in transdisziplinäre Forschungsgruppen aus Gesundheits-, Technik-, Rechts- und Kontext-/Geistes-WissenschaftlerInnen zur Erschliessung kausaler Zusammenhänge zwischen den erfassten Informationen. Diese Kausalmodelle sind Voraussetzung zur Reduzierung von Versorgungskosten im Bereich koordinationsintensiver Erkrankungen allein von Hunderten Millionen Schweizer Franken jährlich. Wenn diese Investitionen jetzt erfolgen, dann können bis zum Beginn des «Jahrzehnts des gesunden Alterns» 2020 die Grundlagen gelegt und das Nachhaltige Entwicklungsziels bis 2030 erreicht werden.

Weitere Informationen

«a+ Schweizerische Plattform Alternde Gesellschaft»
www.ageingsociety.ch/ageing-society.html

Bundesamt für Statistik (2016). Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen, SILC-2016 Version 25.09.2017.

WHO (2015). World Report on Ageing and Health. www.who.int/ageing/publications/world-report-2015/en/

Zu den AutorInnen

Mike Martin



Prof. Dr. Mike Martin (* 1965) ist seit 2002 Professor für Gerontopsychologie und Gerontologie an der Universität Zürich. Er ist Direktor des Zentrums für Gerontologie, Co-Direktor des Universitären Forschungsschwerpunkts «Dynamik Gesunden Alterns» und Präsident der UZH3 Senioren-Universität.

Christina Röcke



Dr. Christina Röcke (* 1977) ist Wiss. Geschäftsführerin des Universitären Forschungsschwerpunkts «Dynamik Gesunden Alterns» an der Universität Zürich. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf der Entwicklung und Regulation emotionaler Prozesse und subjektiven Wohlbefindens im Zusammenspiel mit anderen Kernfacetten der Gesundheit und Lebensqualität im späteren Erwachsenenalter und Alter.

Hans Rudolf Schelling



Hans Rudolf Schelling (* 1961) ist Geschäftsführer des Zentrums für Gerontologie der Universität Zürich (ZfG). Seine Forschungsschwerpunkte sind die Sozialpsychologie und Soziologie des Alter(n)s, Altersbilder, Einstellungen zum und im Alter sowie Sozial- und Evaluationsforschung. Schelling ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift «Angewandte GERONTOLOGIE Appliquée» (AGA).

Alexandra M. Freund



Prof. Dr. Alexandra M. Freund (* 1964) ist seit 2005 Professor für Entwicklungspsychologie, Erwachsenenalter, an der Universität Zürich. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Prozesse erfolgreichen Alterns, Motivationale Entwicklung im Erwachsenenalter, Lebenslanges Lernen.

Matthias Kliegel



Prof. Dr. Matthias Kliegel (* 1971) ist seit 2011 Professor für Kognitives Altern an der Universität Genf. Er ist ausserdem Direktor des Interfakultären Zentrums für Gerontologie und Vulnerabilitätsforschung (CIGEV) und leitet das Teilprojekt zum höheren Erwachsenenalter am Nationalen Forschungsschwerpunkt NCCR LIVES.



Wohlergehen von Kindern in Zeiten der Nachhaltigkeit

Catrin Heite, Veronika Magyar-Haas, Marion Pomey, Franziska Schlattmeier, Universität Zürich

Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem Wohlergehen von Kindern und Themen der Nachhaltigkeit. Sicherung des Friedens, Beseitigung von Armut und Ungleichheit, Erhalt der Umwelt sind nur einige der Aspekte nachhaltiger Entwicklung, welche die Situation von Kindern beeinflussen. Die Sichtweisen und Forderungen der Kinder sollten indessen noch weiter erforscht werden.

Wohlergehen von Kindern

Das Aufwachsen von Kindern zeigt sich als ein vielschichtiges Phänomen, in dem sich gesellschaftliche (Ungleichheits-)Verhältnisse spiegeln. Nicht nur global, sondern auch innerhalb der Schweiz bestehen starke Differenzen etwa hinsichtlich des Zugangs zu materiellen Ressourcen, zu Bildung und Freizeitangeboten. Diese Unterschiede haben grossen Einfluss auf das Wohlergehen von Kindern und prägen auch ihre Erzählungen darüber, was für sie bedeutsam erscheint. Entsprechend sind über die im Rahmen quantitativer Forschung erfassten objektiven Rahmenbedingungen des Aufwachsens hinaus die subjektiven Perspektiven der Kinder auf ihr Wohlergehen¹ ebenfalls angemessen und differenziert in den Blick zu nehmen. Dies ist auch der Anspruch zahlreicher qualitativ angelegter Studien im Bereich der internationalen Kindheitsforschung, die angesichts ungleicher sozialer, rechtlicher und politischer Kontexte Erkenntnisse über Wohlergehen von Kindern zu gewinnen suchen.

Wohlergehen und Nachhaltigkeit

Wie internationale Studien zeigen (Unicef 2013; OECD 2009; Bradshaw/Richardson 2009), steht das Wohlergehen von Kindern in deutlichem Zusammenhang mit

Themen und Herausforderungen, die sich mit dem Konzept der Nachhaltigkeit verbinden – auch wenn dieser Zusammenhang bislang nicht explizit bearbeitet wurde. Implizit wird deutlich, dass die 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung, wie u.a. die Beseitigung von Armut, die Reduzierung von Ungleichheit, die Geschlechtergleichstellung, die Friedenssicherung sowie Gewährleistung einer umfassenden Gesundheitsversorgung und das Vorgehen gegen Umweltzerstörung, die Bedingungen der Möglichkeit von (kindlichem) Wohlergehen im globalen Massstab darstellen. Die seit den 1980er-Jahren formulierbare «normative Leitidee» der Nachhaltigkeit, «dass die Bedürfnisse der Gegenwart nicht auf Kosten derjenigen zu verwirklichen seien, die zukünftig ihre Bedürfnisse realisieren wollen» (Neckel 2018: 12), schliesst dabei insbesondere an kindheitstheoretische und ethische Analysen hinsichtlich der Fragen nach der Generationengerechtigkeit (Brumlik 1995) an. So erscheint es in theoretischer, empirischer und sozialwie gesellschaftspolitischer Hinsicht sinnvoll, diese latenten Verknüpfungen explizit zu formulieren und zu begründen.

Offene Fragen und Forschungsbedarf

Vor diesem Hintergrund liesse sich Fragen nach dem Zusammenhang zwischen den Zielen nachhaltiger Entwicklung und menschlichem Wohlergehen theoretisch und begriffsbildend präziser sowie empirisch fokussierter nachgehen. So stellen sich empirisch nicht nur Fragen danach, was Kinder allgemein unter Wohlergehen verstehen, was sie wertschätzen und wichtig finden, sondern auch danach, was sie sich künftig für sich selbst wünschen und was unbedingt bewahrt werden sollte. Aus den empirischen Aussagen der Kinder lässt sich ihre Sicht auf die Bedeutung etwa des Umweltschutzes oder der Armutsbetroffenheit, aber auch ihre Positionierung zum Postulat der Nachhaltigkeit genauso rekonstruieren wie auf Zumutungen einer auf Konsum setzenden Wirtschaftsordnung schliessen.

¹ Zur Kritik an einer rein subjektiven Perspektive auf Wohlergehen siehe den Beitrag Heite/Pomey/Salah/Schlattmeier im SAG-Bulletin 3/2016, S. 39–41.

Zugleich beinhaltet die Verknüpfung von Wohlergehen und Nachhaltigkeit eine dezidierte Theoriearbeit, welche den drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung – der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen – folgt und diese zu kindlichem Wohlergehen relationiert. Zu ergänzen wäre u.E. eine solche Inverhältnissetzung mit der Dimension des Politischen. Denn zum einen zeigen internationale Forschungen zu Wohlergehen die hohe Relevanz von Partizipation für die befragten Kinder auf, zum anderen fungiert das Politische als zentraler Aspekt demokratisch und gerecht gestalteter Gesellschaften. Aus der Perspektive der erziehungs- und sozialwissenschaftlichen Kindheitsforschung ist somit eine Theoretisierung sowie empirische Justierung der vier Dimensionen als Vektoren menschlichen Wohlergehens zu leisten und die Sichtweisen der Kinder zu Themen der und zu Forderungen von Nachhaltigkeit substanzieller herauszuarbeiten.

Literatur

- Bradshaw, Jonathan; Richardson, Dominic (2009): An Index of Child Wellbeing in Europe. In: *Child Indicators Research*, 2, 3, pp. 319–351.
- Brumlik, Micha (1995): *Gerechtigkeit zwischen den Generationen*. Berlin: Berlin Verlag.
- Neckel, Sighard (2018): *Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Soziologische Perspektiven*. In: Ders./Besedovsky, N./Boddenberg, M./Hasenfratz, M./Pritz, S. M./Wiegand, T.: *Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Umriss eines Forschungsprogramms*. Bielefeld: transcript, S. 11–23.
- OECD (2009): *Doing Better for Children*. Paris: OECD Publishing.
- UNICEF (2013): *Child Well-being in Rich Countries: A Comparative Overview*. Innocenti report card 11. Florence: UNICEF office of research.

Zu den AutorInnen

Catrin Heite



Prof. Dr. Catrin Heite (1974, ein Kind; geb. 2013) ist seit 2012 Inhaberin des Lehrstuhls für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik an der Universität Zürich. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Theorie und Geschichte der Sozialpädagogik, sozialpädagogischer Professionalität, gesellschaftlicher Transformationsprozesse und sozialer Ungleichheit. Sie ist Mitherausgeberin der Zeitschrift *soziale passagen – Journal für Empirie und Theorie Sozialer Arbeit* sowie zahlreicher Sammelbände.

Veronika Magyar-Haas



Dr. Veronika Magyar-Haas (1979) ist seit 2015 Oberassistentin am Lehrstuhl für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik an der Universität Zürich. Ihre Arbeitsschwerpunkte, u.a. sozialwissenschaftliche Körper- und Emotionsforschung, Kindheitsforschung, Theorien der Bildung und der Gemeinschaft, sind in den Bereichen Sozialpädagogik und Bildungsphilosophie verankert.

Marion Pomey



Dr. Marion Pomey (1979) war von 2009 bis 2015 wissenschaftliche Assistentin und ist seit Dezember 2015 wissenschaftliche Oberassistentin mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik am Institut für Erziehungswissenschaft an der Universität Zürich. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Theorie und Geschichte der Sozialpädagogik, der Kindheitsforschung sowie der Methoden rekonstruktiver Sozialforschung. Sie ist Mitglied des Vorstands der Schweizerischen Gesellschaft für Soziale Arbeit (SGSA).

Franziska Schlattmeier



MA Franziska Schlattmeier (1984; zwei Kinder: geb. 2013 und 2017) ist wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl Sozialpädagogik bei Prof. Dr. Catrin Heite. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Theorie der Kindheit, der (frühen) Kindheitsforschung, Child Well-Being sowie Professionsforschung.



Frauenhandel und sexuelle Ausbeutung in der Schweiz – Eine Übersicht

Maritza Le Breton, Fachhochschule Nordwestschweiz

Weltweit verrichten geschätzt rund 21 Millionen Menschen Zwangsarbeit, 4,5 Millionen werden sexuell ausgebeutet. Insbesondere Frauen sind betroffen. Verlässliche Statistiken fehlen aber weitgehend, auch in der Schweiz. Menschenhandel stellt eine grundlegende Menschenrechtsverletzung dar, die für einen Rechtsstaat und seine Gesellschaft nicht hinnehmbar ist. Er muss strafrechtlich verfolgt und angemessen bestraft werden.

Menschenhandel bedeutet nach internationaler Definition insbesondere Menschen befördern, verbringen, beherbergen oder aufnehmen zum Zwecke der Ausbeutung. Die Ausbeutung umfasst mindestens die sexuelle Ausbeutung, die Ausbeutung der Arbeitskraft oder die Entnahme von Körperorganen. Gemäss der Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschen schmuggel (KSMM) ist Menschenhandel ein schweres Verbrechen, von dem die Schweiz insbesondere als Ziel land mit der Absicht der sexuellen Ausbeutung, bspw. im Kontext des Sexgewerbes, betroffen ist.

Ausmass und Ursachen des Frauenhandels

Die Anzahl der Opfer von Zwangsarbeit wird von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) weltweit auf rund 21 Millionen Menschen geschätzt. Dabei wird von 4,5 Millionen Betroffenen sexueller Ausbeutung ausgegangen. Der erwirtschaftete jährliche Umsatz wird auf 150 Milliarden US-Dollar kalkuliert (vgl. ILO 2017). Der Global Slavery Index betont allerdings, dass 2016 45,8 Millionen Menschen weltweit unter sklavereiähnlichen Bedingungen lebten (vgl. Global Slavery Index 2016). In der Schweiz wird die Zahl der Opfer von Menschenhandel seitens des Bundesamts für Polizei jährlich auf 1500–3000 geschätzt. Die KSMM weist auf die Schwierigkeiten hin, das Phänomen des Menschenhandels in Zahlen zu fassen, verortet die Gründe teils «in den Ursachen des Menschenhandels selbst: In armen Regionen sind breite Bevölkerungsschichten betroffen, die manchmal nicht einmal amtlich erfasst sind» (KSMM 2017: 2). Die wissenschaft-

liche Literatur betont zwar die zunehmende Dimension und Komplexität des Phänomens, weist zugleich – trotz zunehmendem Bewusstsein und Aufmerksamkeit für die Existenz des Menschenhandels – auf das breite Spektrum zu dessen Ausmass sowie auf die unterschiedlichen Interessen und Agenden der beteiligten Länder und AkteurInnen hin (vgl. Lindner 2014 / Moret/Efionayi-Mäder/Stants 2007). So wird der Kenntnisstand zu diesem komplexen Thema sowohl in der Schweiz als auch anderswo als unzureichend betrachtet. Die Schweiz verfügt über fast keine oder lediglich mangelhafte Statistiken zu den Mechanismen des Menschenhandels. So wird bspw. die erwähnte Schätzung des Bundesamts für Polizei, welche auf der Basis einer Extrapolation von europäischen Schätzungen aus dem Jahr 2002 erfolgt, als veraltet, unbegründet und meist zu hoch geschätzt aufgefasst (vgl. Moret/Efionayi-Mäder/Stants 2007).

Bekannt ist, dass insbesondere junge Frauen im Alter von 17 bis 25 Jahren aus Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Brasilien, der Dominikanischen Republik, Thailand, Nigeria und Kamerun durch falsche Arbeits-, Ausbildungs- oder Liebesversprechungen in die Schweiz gelockt werden, wo sie zur Prostitution resp. zu sexueller Ausbeutung in der Sexindustrie gezwungen werden.

Frauenhandel als geschlechtsspezifische Gewaltform

Frauenhandel muss bei aller Vielschichtigkeit im Kontext von Abhängigkeits-, Ausbeutungs- und Gewaltverhältnissen betrachtet werden, welche auf strukturbedingten Benachteiligungen von Frauen und Kindern basieren. Frauenhandel ist eine stark ausgeprägte, geschlechtsspezifische Form alltäglicher struktureller Gewalt gegen Frauen. Indem Frauen aus gewissen Ländern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und Osteuropas auf bestimmte weibliche Funktionen reduziert und in Abhängigkeitsverhältnisse getrieben werden, wird ihr Recht auf Selbstbestimmung und ihre psychische und physische Integrität verletzt. Folglich stellt Menschen- resp. Frauenhandel

eine grundlegende Menschenrechtsverletzung dar, die für einen Rechtsstaat und seine Gesellschaft nicht hinnehmbar ist. Für die TäterInnen stellt Menschenhandel in erster Linie ein lukratives Geschäft dar (vgl. KSMM 2017: 1). Dies, obwohl die Schweiz durch Art. 182 StGB alle Formen des Menschenhandels gemäss internationaler Definition unter Strafe stellt und Art. 195 StGB die Förderung der Prostitution verbietet. Allerdings gestaltet sich das Aufdecken von Fällen als komplex, und «einer hohen vermuteten Dunkelziffer steht daher eine vergleichsweise bescheidene Anzahl Fälle in den offiziellen Statistiken von Polizei und Justiz gegenüber» (KSMM 2017: 3).

Menschenhandel muss verfolgt und bestraft werden

Die rechtliche Problematisierung von Menschenhandel verweist anhand der Debatte der internationalen Abkommen auf eine lange Geschichte, die immer auch auf Verschränkungen zu einer Problematisierung von Sexarbeit hinweist. Der Ausschuss der UNO-Frauenrechtskonvention CEDAW empfiehlt der Schweiz jedoch auch im November 2016, u.a. Menschenhandel strafrechtlich zu verfolgen und angemessen zu bestrafen sowie den Datenzugang zu den Betroffenen von Menschenhandel zu differenzieren resp. zu verbessern. Denn dieses Wissensdefizit erschwert die Entwicklung und die Implementierung von adäquaten Interventionen gegen Menschenhandel.

Literatur

- The Global Slavery Index (2016). URL: <https://www.globalslaveryindex.org/findings/> [Zugriffsdatum: 31.01.2018].
- International Labour Organization (2017). Forced labour, modern slavery and human trafficking. URL: <http://www.ilo.org/global/topics/forced-labour/lang-en/index.htm> [Zugriffsdatum: 30.01.2018].
- Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel (KSMM) (2017). Menschenhandel – eine moderne Form der Sklaverei. URL: https://www.ksmm.admin.ch/dam/data/ksmm/dokumentation/fact_sheet/fs-menschenhandel-d.pdf. [Zugriffsdatum: 30.01.2018].
- Lindner, Christoph (2014). Die Effektivität transnationaler Massnahmen gegen Menschenhandel in Europa – Eine Untersuchung des rechtlichen Vorgehens gegen die moderne Sklaverei in der Europäischen Union und im Europarat. Tübingen.
- Moret, Joëlle/Efionayi-Mäder, Denise/Stants, Fabienne (2007). Menschenhandel in der Schweiz. Opferschutz und Alltagsrealität. Neuenburg.

Zur Autorin

Maritza Le Breton



Maritza Le Breton, Dr. phil., ist Professorin für Soziale Arbeit an der Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz am Standort Olten. Sie befasst sich seit vielen Jahren u.a. mit Geschlechter-, Diversity- und Migrationsforschung und war 1992–2001 Beauftragte für Grundlagen- und Öffentlichkeitsarbeit der Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ). Ihre Arbeiten widmen sich u.a. Ungleichheits- und Ausschlussmechanismen von Frauenarbeit im globalen Kontext am Beispiel von Frauenhandel und Sexarbeit.



Bekämpfung von Zwangsheiraten – ein Beispiel für die Verflochtenheit von Selbstbestimmung, Gleichstellung und nachhaltiger Entwicklung

Anu Sivaganesan, Präsidentin der Organisation Migration und Menschenrechte

Die Zwangsheirat ist immer noch verbreitet. Auch Minderjährige sind betroffen. Die Schweizer Fachstelle Zwangsheirat erhält wöchentlich 5 bis 9 Fallmeldungen. Fehlende Gleichstellung sowie gesellschaftliche Normen spielen mit. Die bestehenden Gesetze wirken vor allem präventiv, werden aber kaum durchgesetzt.

Die Selbstbestimmung bei der Wahl des Ehepartners oder der Ehepartnerin gilt als elementares Menschenrecht (Art. 16 Abs. 2 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte). «Eliminate all harmful practices, such as child, early and forced marriage and female genital mutilation» – so lautet das nachhaltige UNO-Entwicklungsziel (SDG) 5.3, das Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen soll. Als Kinder gelten gemäss der UN-Kinderrechtskonvention Personen unter 18 Jahren (Art. 1). Die Afrikanische Charta über die Rechte und das Wohlergehen des Kindes brachte darüber hinaus die Innovation, minderjährige Eheschliessungen und Verlobungen als «schädliche soziale und kulturelle Praktiken» zu bezeichnen (Art. 21 Abs. 2). Auch das Bundesgesetz über Massnahmen gegen Zwangsheiraten vom 1. Juli 2013 enthält Rechtsänderungen, die Minderjährigenheiraten verhindern sollen. Nebst den rechtlichen Massnahmen lancierte der Bund das Programm Bekämpfung Zwangsheiraten. Seit Januar 2018 führt nun die Fachstelle Zwangsheirat als Kompetenzzentrum des Bundes diese Bemühungen weiter. Denn Zwangsheirat ist in der Schweiz kein Randphänomen. Die Fachstelle Zwangsheirat hat in den Jahren 2016 und 2017 311 bzw. 316 Fachberatungen durchgeführt und erhält wöchentlich 5 bis 9 Fallmeldungen. Die Anzahl Beratungen von minderjährigen Betroffenen, vor allem bei Mädchen, ist tendenziell im Anstieg begriffen. Die Betroffenen weisen in der Regel einen Migrationshintergrund auf.

Fehlende Gleichstellung und gesellschaftliche Normen

Heirat und Ehe waren und sind in den meisten Gesellschaften mit Normen und Erwartungen des sozialen Umfelds behaftet. Historisch war dies etwa der Heiratsdruck bei einer Schwangerschaft. In der vielkulturell geprägten Schweiz von heute kennen konservative und traditionalistische Minderheiten einen normativen Druck zur Ehe. Die intergenerationelle Mit- bis Fremdbestimmung bei der PartnerInnenwahl setzt weit vor dem Heiratsalter ein und prägt die Erziehung, die sich etwa an traditionellen Geschlechterrollen orientiert. Dies macht die Eheschliessung auch zu einer Gleichstellungsthematik: zwischen den Geschlechtern, aber auch zwischen den Generationen.

Gleichzeitig schliessen patriarchale Strukturen die Mittäterschaft von Frauen genauso wenig aus wie die Betroffenheit von Männern. Im Kontext der Gewalt gegen Frauen wird Zwangsheirat oft als Form von häuslicher Gewalt diskutiert. Es erscheint jedoch zielführender, Zwangsheirat als eine Gewaltform zu verstehen, die in der erweiterten Verwandtschaft stattfindet (*kin-based-gender-violence*)¹.

Wenig Wahlfreiheit

Eine Zwangsverheiratung – als formelle oder informelle Heirat – liegt dann vor, wenn die Heiratsanbahnung durch Eltern und Verwandte jede Mitbestimmung ausschliesst und/oder die Weigerung von mindestens einem der beiden zu Verheiratenden ignoriert. Die Absenz von alternativen Lebensstilperspektiven zur (heterosexuellen) Ehe, Endo-

¹ Definition des wissenschaftlichen Kuratoriums der Fachstelle Zwangsheirat.

gamiedruck sowie Altersvorgaben stecken jedoch auch die Möglichkeiten und Grenzen der Wahlfreiheit bei der arrangierten Heirat ab. Hier hat es in der Schweiz legislative Bemühungen gegeben, aber bisher hat noch keine Legiferierung stattgefunden.

Gesetzgebung ist vor allem präventiv, nicht durchsetzungsstark

Die bisherigen rechtlichen Massnahmen inklusive der Sanktionierung der Zwangsheirat vermögen das Unrechtsbewusstsein in den betroffenen Gemeinschaften wie auch in der breiteren Gesellschaft zu schärfen. Dies mag auch präventiv wirken. Hingegen kam es bisher nur vereinzelt zu Verurteilungen, weil die meisten Betroffenen ihre Verwandten nicht im Gefängnis sehen wollen. Handlungsbedarf besteht etwa in Bezug auf die Opferhilfeleistungen: Während der Akt der Zwangsverheiratung im Ausland bestraft werden kann (Art. 181a Abs. 2 StGB), erhalten die Opfer einer Heiratsverschleppung keine Opferhilfe (Art. 3 Abs. 2 OHG), weil die Straftat im Inland stattgefunden haben muss. Die Gesetzgebung trägt damit der Transnationalität von Zwangsheiratsfällen bis anhin (noch) nicht genügend Rechnung. Zentral ist und bleibt die Sensibilisierung von Akteuren, die mit dem Phänomen konfrontiert werden, seien dies Behörden und Anlaufstellen, Lehrpersonen und Vorgesetzte sowie allgemein das Umfeld von (potenziell) Betroffenen – und natürlich diese selbst, deren Selbstbestimmung und Menschenwürde im Zentrum der Bemühungen steht.

Literatur

- Büchler Andrea, Zwangsehen in zivilrechtlicher und international-privatrechtlicher Sicht, Rechtstatsachen – Rechtsvergleich – Rechtsanalyse, in FamPra.ch 4/2007 vom 5.11.2007.
- Sabbe Alexia, Temmerman Marleen, Brems Eva, Forced marriage: an analysis of legislation and political measures in Europe, in: Crime Law Soc Change (2014) 62.
- Samad Yunas, Forced marriage among men: An unrecognized problem, in: Critical Social Policy, Vol. 30 (2): 189–207.
- Bridgette A. Toy-Cronin, What Is Forced Marriage – Towards a Definition of Forced Marriage as a Crime against Humanity, 19 Colum. J. Gender & L. 539, 590 (2010).

Zur Autorin

Anusooya Sivaganesan



Anusooya Sivaganesan, Juristin, geboren 1987, forscht an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich zum Thema: «Unfreie Heirat – eine Menschenrechtsverletzung in ihrer euro-asiatischen Verflechtung: Zwangsheiraten und ihre Interdependenzen in der Schweiz, Grossbritannien, den Niederlanden, Pakistan, Sri Lanka und der Türkei».

Zudem wirkt sie ehrenamtlich als Präsidentin der Organisation Migration & Menschenrechte, der Trägerschaft der Fachstelle Zwangsheirat-Kompetenzzentrum des Bundes.



Prekäre Beschäftigung und schwere Ausbeutung von migrantischen Arbeitnehmenden

Sarah Schilliger, Visiting Scholar am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Universität Osnabrück

Ein Unterziel von Ziel 8 der Sustainable Development Goals umfasst den Schutz der Arbeitsrechte und die Förderung sicherer Arbeitsumgebungen insbesondere für MigrantInnen und WanderarbeiterInnen. Prekäre und ausbeuterische Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften ist auch in der Schweiz verbreitet, bleibt aber häufig unbemerkt.

Als «schwere Arbeitsausbeutung» werden Arbeitssituationen bezeichnet, die erheblich von den Bedingungen abweichen, wie sie im Arbeitsrecht und in anderen Rechtsvorschriften festgelegt sind. Dies kann sich auf schlechte oder gar ausstehende Entlohnung, überlange Arbeits- und kurze Ruhezeiten, lückenhafte Sozialversicherung, prekäre Arbeitssicherheit sowie skrupellose Behandlung durch Arbeitgeber oder Agenturen beziehen. In den krassesten, aber selteneren Fällen geht schwere Arbeitsausbeutung mit Menschenhandel einher.

Verbreitet sind stark ausbeuterische und prekäre Arbeitsverhältnisse in zahlreichen Wirtschaftszweigen – insbesondere im Baugewerbe, in der Landwirtschaft, der Gastronomie/dem Hotelgewerbe, der Hauswirtschaft und Betreuung in Privathaushalten sowie im Sexgewerbe. Betroffen sind unterschiedliche Gruppen von MigrantInnen – sowohl Menschen mit EU-Pass, die im Rahmen der Personenfreizügigkeit temporär in der Schweiz arbeiten, als auch Drittstaaten-Angehörige (vgl. Probst/Efionayi-Mäder 2016). Verstärkt kommen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse vor bei MigrantInnen mit ungesichertem oder irregulärem Aufenthaltsstatus (Sans-Papiers, Asylsuchende, Flüchtlinge) und bei Arbeitskräften, die

über Vermittlungs-/Personalverleihagenturen oder SubunternehmerInnen beschäftigt sind.

Stärkung des Rechtsrahmens und Empowerment der MigrantInnen für die Einforderung ihrer Rechte

Verschiedene Umstände begünstigen die Ausbeutbarkeit von migrantischen Arbeitskräften. Aufgrund von Armut und prekären wirtschaftlichen Bedingungen in den Herkunftsländern sind MigrantInnen häufig bereit, Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, die weit hinter den geltenden gesetzlichen Standards zurückbleiben. Zudem haben sie meist limitierte Möglichkeiten, die ihnen eigentlich zustehenden Rechte auch geltend zu machen. Studien zu osteuropäischen Live-in-Betreuerinnen zeigen beispielsweise, dass diese aufgrund der sozialen Isolation und der mangelnden Kontakte zur lokalen Bevölkerung häufig wenig über die geltenden rechtlichen Bestimmungen (z.B. bezüglich Mindestlohn, Anspruch auf Sozialleistungen) wissen und teilweise nicht ausreichende Kenntnisse der lokalen Sprache haben, um sich im Fall eines rechtlichen Missstands zu verständigen. Zudem fehlen rechtliche Anlaufstellen, oder den Betroffenen ist nicht bekannt, wohin sie sich wenden können, wenn sie Unterstützung benötigen (Schilliger 2015).

Zwar haben internationale Organisationen und die Schweizer Regierung in jüngster Zeit Kampagnen gegen sogenannten Menschenhandel zwecks Arbeitsausbeutung initiiert. Doch häufig bleiben Missbräuche und Nicht-Gewährung grundlegender sozialer Rechte und minimaler Arbeitsstandards unerkannt und erhalten im Diskurs um

Menschenhandel nur wenig Aufmerksamkeit. Folgende Massnahmen scheinen wichtig, um dem SDG-Ziel 8 zur Etablierung menschenwürdiger Arbeitsverhältnisse näher zu kommen: Stärkung des Rechtsrahmens zum Schutz migrantischer Arbeitskräfte (so sind beispielsweise die stark von Ausbeutung betroffenen Sektoren Hauswirtschaft und Landwirtschaft in der Schweiz weiterhin vom Arbeitsgesetz ausgeschlossen), Verbesserung der Aufsichtssysteme (Ausbau der Arbeitsinspektorate, stärkere Kontrolle von Personalverleih- und Vermittlungsagenturen), Sensibilisierung und Empowerment der MigrantInnen, ihre Rechte einzufordern (durch Anlaufstellen, aufsuchende Gewerkschaftsarbeit), und verbesserter Zugang zur Justiz (z.B. sollen Sans-Papiers ohne Angst vor Ausschaffung vor Arbeitsgericht gehen können). Grundlegender Forschungsbedarf besteht in der Schweiz nicht nur zum Ausmass schwerer Arbeitsausbeutung von MigrantInnen, sondern auch zur Frage, unter welchen institutionellen und sozialen Bedingungen MigrantInnen bestärkt werden können, ihre Rechte geltend zu machen.

Literatur

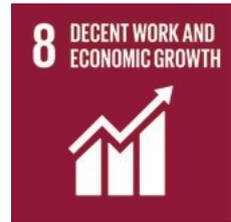
- Probst, Johanna/Efinonayi-Mäder, Denise (2016): Arbeitsausbeutung im Kontext von Menschenhandel. Eine Standortbestimmung für die Schweiz. Neuchâtel: Swiss Forum for Migration and Population Studies.
- Schilliger, Sarah (2015): «Wir sind doch keine Sklavinnen!» Polnische Care-Arbeiterinnen in der Schweiz organisieren sich selbst. In: Denknetz Jahrbuch Nr. 15, Edition 8, Zürich, S. 164–177.

Zur Autorin

Sarah Schilliger



Sarah Schilliger arbeitete von 2008 bis 2016 als (Ober-)Assistentin am Seminar für Soziologie der Universität Basel, wo sie 2014 mit einer ethnografischen Studie zur Pendelmigration polnischer Care-Arbeiterinnen promovierte. Zurzeit weilt sie im Rahmen eines SNF-PostDoc-Mobility-Stipendiums als Gastwissenschaftlerin am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien IMIS, Universität Osnabrück.



Prekäre Arbeitsverhältnisse im digitalen Wandel

Michael Mattmann, Ecoplan

Schwierig ist ein Arbeitsverhältnis, wenn es unsicher und auch noch schlecht bezahlt ist. In der Schweiz sind rund 2,5% der Erwerbstätigen davon betroffen, wenn auch meist nur vorübergehend. Ein zweischneidiges Schwert sind die neuen Onlineplattformen: Sie erleichtern zwar den Arbeitseinstieg, gehen aber mit grossen Unsicherheiten einher. Damit Arbeitsmarkt und Sozialstaat funktionieren, braucht es Regulierungen auch im digitalen Bereich.

Prekarität entsteht durch Unsicherheit und ungenügende Entlohnung

Ein Arbeitsverhältnis ist dann prekär, wenn es sich aufgrund bestimmter Unsicherheiten oder einer ungenügen-

den Entlohnung negativ auf die darin tätige Person auswirkt. Personen, die trotz einem Normalarbeitsverhältnis unter die Armutsgrenze fallen, werden als «Working Poor» bezeichnet. Oft findet sich Prekarität aber in nicht-traditionellen Arbeitsverhältnissen wie befristeten Anstellungen oder Arbeit auf Abruf. Unsicherheit als zentraler Bestandteil von Prekarität manifestiert sich in verschiedenen Bereichen (Abbildung 1), ist aber nicht gleichzusetzen mit Prekarität. In einem funktionierenden Markt wird eine erhöhte Unsicherheit durch eine Lohnprämie abgegolten, der Arbeitnehmende kann zwischen Sicherheit und Entlohnung entscheiden. In der Realität hat ein Arbeitnehmender jedoch oftmals keine Wahl und muss Unsicherheit zwingend in Kauf nehmen.

59

Abb. 1: Sieben Bereiche der Arbeits-Unsicherheit



ECOPLAN

Die Zahl besonders problematischer Arbeitsverhältnisse bleibt weitgehend stabil

In einem gesellschaftlichen Kontext besonders problematisch sind Arbeitsverhältnisse, bei denen eine erhöhte Unsicherheit mit einer unterdurchschnittlichen Entlohnung einhergeht.¹ In der Schweiz waren 2016 rund 113 000 Personen in einem solchen Arbeitsverhältnis tätig, was 2,5% aller Erwerbstätigen entspricht. In den Jahren 2004 bis 2009 liess sich eine Zunahme feststellen, seit dem Jahr 2010 ist der Anteil weitgehend stabil geblieben. Viele Erwerbstätige verbleiben dabei nur kurz in einem solchen Arbeitsverhältnis. Oft wechseln sie von einem weniger problematischen Arbeitsverhältnis in ein besonders problematisches Arbeitsverhältnis und rasch wieder zurück. Solo-Selbstständigen – also Selbstständigerwerbenden ohne Angestellte – stellen sich ähnliche Herausforderungen, wie zum Beispiel die ungenügende sozialstaatliche Absicherung. Es zeigt sich, dass der Anteil Solo-Selbstständiger zwischen 2004 und 2016 bei rund 6,5% der Gesamtbevölkerung weitgehend stabil geblieben ist.

Digitalisierung bietet viele Chancen, birgt aber auch Risiken

Der digitale Wandel hat das Potenzial, die Organisation der Arbeitswelt grundlegend zu verändern. Getrieben werden diese Veränderungen insbesondere durch Onlineplattformen und Apps wie Uber oder AirBnB. Diese Plattformen ermöglichen eine effiziente Vermittlung von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage zu tiefen Transaktionskosten. Sie bieten den Vorteil, dass die Hürden zur Arbeitsaufnahme sehr tief sind, die Arbeitserbringung oft flexibel ist und sie beispielsweise auch für wenig mobile Personen zugänglich sind. Entsprechend kann Personen der Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglicht werden, denen er bisher verwehrt blieb. Die auf solchen Plattformen ausgeschrieben Arbeiten sind jedoch oft zeitlich begrenzt und die zukünftigen Verdienstmöglichkeiten unsicher. Eine erhebliche Unsicherheit ist allen diesen Arbeitsverhältnissen gemein. Wenn Arbeiten auf Plattformen digital erledigt werden können, besteht zudem oftmals eine globale Konkurrenzsituation mit für Schweizer Verhältnisse tiefen Löhnen. Erfolgt die Leistungserbringung lokal, so ist diese Problematik weniger ausgeprägt.

¹ Vgl. Ecoplan (2017) für die Operationalisierung von Unsicherheit und Einkommensgrenzen.

Gleich lange Spiesse für Plattformen und Offline-Arbeitsmarkt notwendig

In der Folge besteht in der Plattform-Ökonomie ein gewisses Risiko der Entstehung prekärer Arbeitsverhältnisse. Dieser Umstand wird dadurch verstärkt, dass mit heutiger Rechtslage oftmals nicht a priori klar ist, ob diese Personen arbeits- und sozialversicherungsrechtlich als selbstständig oder unselbstständig erwerbend gelten. Zusätzlich ist es schwierig, die Einhaltung von arbeitsrechtlichen und anderen Schutzvorschriften in der Plattformökonomie zu kontrollieren und durchzusetzen. Um die sozialstaatlichen Sicherheiten im digitalisierten Arbeitsmarkt garantieren zu können, ist es erforderlich, dass eine – allenfalls angepasste – Regulierung auch auf diesen Bereich Anwendung findet. So können die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung von digitalen Plattformen gesetzt werden, ohne dabei durch ein tieferes Schutzniveau den Offline-Arbeitsmarkt systematisch zu benachteiligen und dadurch das Funktionieren von Arbeitsmarkt und Sozialstaat zu gefährden.

Literaturangaben

Ecoplan (2017)

— Die Entwicklung atypisch-prekärer Arbeitsverhältnisse in der Schweiz. Nachfolgestudie zu den Studien von 2003 und 2010, unter Berücksichtigung neuer Arbeitsformen. Bern.

ILO (2016)

— Non-Standard Employment around the World. Understanding challenges, shaping prospects. Genf.

Zum Autor

Michael Mattmann



Michael Mattmann, Master of Science in Economics, ist Projektleiter beim Forschungs- und Beratungsunternehmen Ecoplan in Bern. Seine Tätigkeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Soziale Sicherheit und quantitative Forschungsmethoden.



Ungleichheit in der Schweiz: Widersprüchliche Entwicklungstendenzen

Christian Suter und Laura Ravazzini, Universität Neuenburg

Die Ungleichheit beim Haushaltseinkommen hat sich in der Schweiz in den letzten Jahren kaum verändert. Anders sieht es bei den Löhnen aus: Tiefe und mittlere Löhne sind nur leicht gestiegen, Toplöhne hingegen überdurchschnittlich. Auch die Vermögensungleichheit hat zugenommen und ist in der Schweiz generell sehr hoch. Es besteht Handlungsbedarf.

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung setzt sich zum Ziel, die Ungleichheit innerhalb und zwischen Staaten zu verringern, um allen gesellschaftlichen Gruppen, und dabei insbesondere den ärmsten Bevölkerungsgruppen, die Teilhabe am sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben zu ermöglichen. Konkret wird für die einkommensschwächsten 40% der Bevölkerung ein über dem nationalen Durchschnitt liegendes Einkommenswachstum gefordert.

Im folgenden Beitrag werden wir uns auf die Frage konzentrieren, wie es um die Ungleichheit zwischen Individuen bzw. Haushalten innerhalb der Schweiz in Bezug auf drei Kerndimensionen sozialer Ungleichheit steht, nämlich der Einkommens-, Lohn- und Vermögensungleichheit. Dabei untersuchen wir, wie sich diese Ungleichheiten in den letzten Jahren in der Schweiz verändert haben.

Einkommensungleichheit: Konstante Ungleichheit beim verfügbaren Haushaltseinkommen

Wie hat sich die Verteilung des verfügbaren Haushaltseinkommens in den letzten Jahren verändert? Für die Schweiz lässt sich insgesamt festhalten, dass die Haushaltseinkommensungleichheit aktuell etwa gleich hoch ist wie zu Beginn des Jahrtausends. So variiert der Gini-Koeffizient – das wohl bekannteste Ungleichheitsmass, das einen Wert zwischen 0 (perfekte Gleichheit) und 1 (maximale Ungleichheit) aufweisen kann – je nach Datenquelle und Jahr zwischen 0.28 und 0.32 mit einer leicht abnehmenden Tendenz (siehe Abbildung). Dabei steigt die Einkommensungleichheit in wirtschaftlichen

Boomjahren leicht an und geht in ökonomischen Rezessionen wieder leicht zurück. Dieser Einfluss der Konjunkturentwicklung liegt einerseits am ausgleichenden Effekt der Sozialpolitik, die die Einkommen der ärmeren Haushalte in Krisenjahren stabilisiert. Andererseits reagieren sehr hohe Einkommen sensibler auf das Wirtschaftswachstum als tiefe und mittlere Einkommen.

Aus der Abbildung geht auch hervor, dass das verfügbare Haushaltseinkommen ausgeglichener verteilt ist als das individuelle Nettoeinkommen und die Arbeitseinkommen bzw. Löhne. So liegen die Gini-Koeffizienten des Nettoeinkommens (Steuerdaten) bei 0.45 und bei den Löhnen zwischen 0.30 und 0.35.

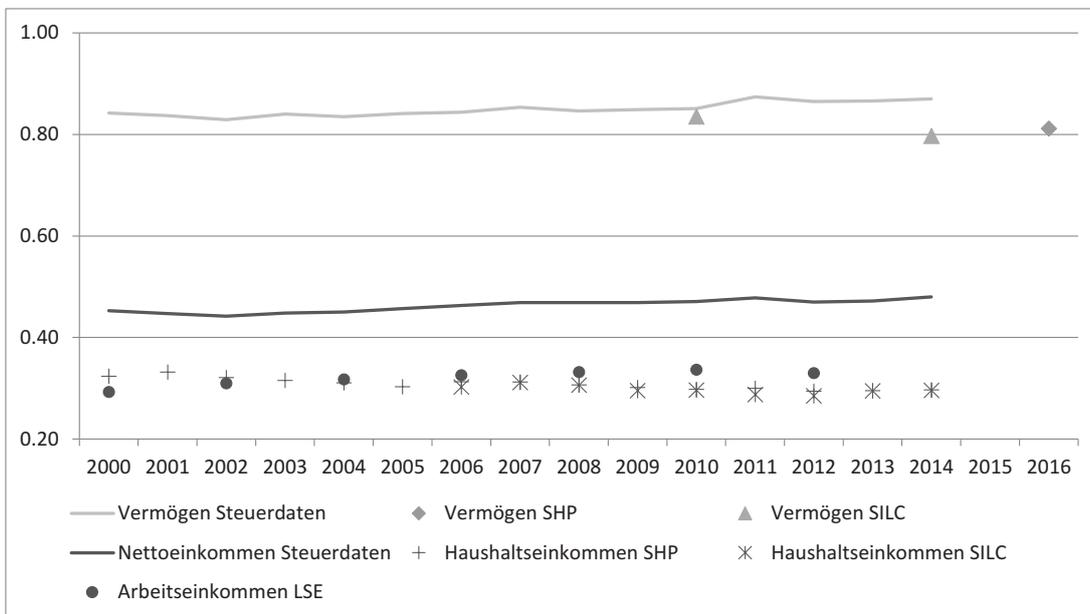
Individuelle Arbeitseinkommen: Steigende Ungleichheit bei den Löhnen

Das Bild einer weitgehend stabilen Einkommensungleichheit auf der Ebene der verfügbaren Haushaltseinkommen wird jedoch relativiert bei Betrachtung der individuellen Erwerbseinkommen. So hat sich die Lohnschere in der Schweiz im Verlaufe der letzten zehn Jahre ausgeweitet. Hauptmotor dieser Entwicklung sind angesichts nur leicht gestiegener tiefer und mittlerer Löhne die überdurchschnittlich gewachsenen Toplöhne. So stiegen zwischen 2000 und 2012 die niedrigsten 10% der Löhne real lediglich um ca. 5% und die mittleren Löhne um ca. 12%, wohingegen die obersten 10% der Löhne um gegen 30% zulegten. Dies schlägt sich in einer entsprechenden Zunahme des Gini-Koeffizienten zwischen 2000 und 2008 von 0.29 auf 0.33 nieder (siehe Abbildung).

Vermögensverteilung: Zunehmende Ungleichheit auf hohem Niveau

Die Ungleichheit der Vermögen ist in der Schweiz sehr hoch. So liegt der Gini-Koeffizient der Vermögensungleichheit bei über 0.80 – unabhängig davon, ob man sich auf Steuerdaten oder Umfragedaten stützt. Dies ist eine extrem hohe Ungleichheit und die Schweiz gehört damit zu den Ländern mit der höchsten Vermögensungleichheit

62 **Abbildung: Entwicklung der Einkommens-, Lohn- und Vermögensungleichheit in der Schweiz (Gini-Koeffizient 2000–2016)**



Weitere Informationen zur Abbildung

Anmerkungen

Daten sind gewichtet. Vermögensungleichheit für SILC 2010 vermutlich überschätzt aufgrund eines Filterfehlers im Fragebogen. Steuerdaten zum Einkommen überschätzen das Ausmass der Einkommensungleichheit, da sie das Einkommen von Steuerhaushalten, die aufgrund ihres tiefen Einkommens nicht steuerpflichtig sind, nicht berücksichtigen. Das Nettoeinkommen (Steuerdaten) bezieht sich auf das Einkommen der Steuereinheiten vor Abzug von Steuern und Krankenkassenprämien sowie ohne Gewichtung mit der Haushaltsgrösse. Das Haushaltseinkommen (SILC, SHP) entspricht dem verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen. Der Gini-Koeffizient ist ein Ungleichheitsmass, das zwischen 0 (perfekte Gleichheit) und 1 (maximale Ungleichheit) variiert.

Abkürzungen

SILC: Statistics on Income and Living Conditions
 SHP: Schweizer Haushalts-Panel
 LSE: Lohnstrukturerhebung

Quelle

SILC: BFS, eigene Berechnung; SHP, eigene Berechnung; Steuerdaten: ESTV 2014; LSE: BFS, eigene Berechnung. Daten und Ergebnisse basieren auf Untersuchungen, die im Rahmen zweier vom Schweizerischen Nationalfonds geförderter Forschungsprojekte (Projektnr. 100017_143320 sowie 10001AL_166319) erarbeitet wurden.

der Welt. Der Verlauf der Vermögensungleichheit bei den Steuerdaten scheint darüber hinaus darauf hinzudeuten, dass die Vermögensungleichheit zwischen 2000 und 2011 eher noch zugenommen hat. Tatsächlich zeigen detailliertere Untersuchungen, dass die Vermögen der reichsten 1% der Steuerhaushalte überdurchschnittlich stark gewachsen sind. Wie in anderen Ländern ist die Vermögensverteilung auch in der Schweiz durch erhebliche generationelle Ungleichheiten geprägt. Während sich jedoch in anderen Ländern die Vermögen bei den über 65-Jährigen aufgrund des Vermögensverzehr im Rentenalter verringern, ist dies bei den vermögenden Schweizer Rentnern und Rentnerinnen nicht der Fall.

Fazit

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Ungleichheiten in der Schweizer Bevölkerung zeigt ein vielschichtiges und zum Teil widersprüchliches Bild. So liegt das Niveau der Ungleichheit der Haushaltseinkommen in der Schweiz im internationalen Vergleich im bzw. leicht unter dem Durchschnitt anderer vergleichbarer Länder und die Ungleichheitsentwicklung in den letzten Jahren ist stabil. Demgegenüber weisen die Lohneinkommen und die Vermögen eine steigende Ungleichheit auf. Die Schweiz hat damit das SDG-Ziel einer überdurchschnittlichen Erhöhung des Einkommenswachstums der einkommensschwächsten 40% der Bevölkerung noch nicht erreicht. Handlungsbedarf besteht insbesondere bei den Lohneinkommen und der Vermögensungleichheit. Zudem sollten bei der Vermögensungleichheit in Zukunft die Guthaben der 1. und 2. Säule der Altersvorsorge einbezogen werden. Schliesslich fehlt bislang ein systematisches Reporting der Ungleichheitsentwicklung in Bezug auf die hier behandelten verschiedenen Ungleichheitsdimensionen.

Zu den AutorInnen

Christian Suter



Christian Suter ist Professor für Soziologie an der Universität Neuenburg. Seine derzeitigen Arbeitsschwerpunkte sind soziale Ungleichheit, soziale Indikatoren und Sozialberichterstattung sowie Globalisierung und Weltgesellschaft.

Laura Ravazzini



Laura Ravazzini ist Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am soziologischen Institut der Universität Neuenburg sowie bei FORS an der Universität Lausanne. Ihr Forschungsschwerpunkt ist soziale und wirtschaftliche Ungleichheit, insbesondere Einkommens- und Vermögensungleichheit.

Mesures politiques contre les inégalités

Jean-Michel Bonvin, Université de Genève



64

L'Objectif 10 de l'Agenda 2030 de développement durable vise à «réduire les inégalités dans les pays et d'un pays à l'autre». Plus spécifiquement, il s'agit de diminuer les inégalités matérielles et de résultats d'une part, de promouvoir l'égalité des chances d'autre part. Voyons les défis que cela représente dans le contexte suisse.

La réduction des inégalités matérielles passe par l'accès à des prestations sociales de remplacement d'un niveau adéquat pour toutes les personnes ne tirant pas de revenu d'une activité lucrative. En Suisse, le système d'assurances sociales est étendu et sert des prestations d'un niveau et d'une durée plutôt élevés en comparaison internationale. Ces prestations permettent de réduire significativement le nombre de personnes exposées au risque de pauvreté. Dans les deux dernières décennies, les conditions d'octroi et de maintien du droit aux prestations se sont toutefois durcies dans de nombreux domaines (chômage, invalidité, aide sociale), ce qui a rendu leur accès plus difficile, notamment dans un contexte où l'assainissement financier des assurances sociales est présenté comme une priorité. Des études seraient ici nécessaires pour évaluer avec précision les effets entraînés par ces conditions restrictives et, surtout, pour savoir ce qu'il advient de ceux qui ne remplissent pas ces conditions et sont donc exclus des prestations: sont-ils renvoyés à l'aide sociale ou doivent-ils compter sur l'aide de leurs proches ou d'associations? Un autre développement préoccupant à cet égard concerne la précarisation du marché du travail qui est illustrée par l'augmentation du nombre de travailleurs pauvres, dont le revenu doit souvent être complété par des prestations d'assistance sociale. De la sorte, le tra-

vail ne joue plus autant qu'auparavant son rôle d'intégrateur social et devient même parfois un facteur d'augmentation de la précarité et de la pauvreté. Cette évolution requiert aussi de repenser l'articulation travail-protection sociale, dans l'optique d'une réduction des inégalités matérielles.

Programmes à adapter mieux aux exigences

La promotion de l'égalité des chances passe notamment par la possibilité donnée à tous de se former tout au long de la vie et le développement de programmes dits d'«éducation de la deuxième chance». A ce titre, la Suisse se signale par un accroissement important des mesures actives dans le champ de l'assurance-chômage, l'assurance-invalidité et l'aide sociale. A quelques exceptions près, ces programmes restent toutefois d'ampleur et de durée modestes et ne suffisent pas à octroyer des qualifications reconnues. Il s'agit plutôt d'apprendre à rédiger des CV ou des lettres de motivation convaincantes, d'acquérir des compétences de base en français ou en informatique, toutes choses très utiles mais qui ne permettent pas toujours de convaincre des employeurs potentiels. De plus, les programmes existants sont souvent réservés aux plus qualifiés parmi les bénéficiaires de prestations sociales, ceux pour qui les retours attendus sur investissement apparaissent plus élevés. De fait, la logique d'investissement social qui prévaut dans de tels programmes entraîne des effets de sélectivité qui voit les mesures les plus ambitieuses se concentrer sur les publics les moins défavorisés, ce qui est désigné comme un «effet Matthieu» dans le jargon académique. Au-delà, on observe aussi des phénomènes d'auto-sélection par les bénéficiaires eux-mêmes qui soit ne souhaitent pas se soumettre

aux exigences posées par ces mesures, soit s'en jugent incapables, ce qui conduit à l'augmentation du non-recours aux prestations sociales. Au final, des programmes visant à promouvoir l'égalité des chances n'y parviennent que partiellement, en raison de leur amplitude limitée et de leurs effets de sélection et d'auto-sélection. Ici aussi, des études sont nécessaires pour documenter avec précision l'amplitude de ses effets. La prégnance des pratiques discriminatoires sur le marché du travail, notamment en lien avec l'âge, la nationalité, le sexe ou le handicap, est aussi une question qui mériterait une attention supplémentaire, dans la mesure où de tels comportements empêchent l'égalisation des chances et des opportunités pour les personnes concernées.

Des efforts à faire

Au total, il apparaît que la Suisse peut déployer des efforts supplémentaires en vue de l'atteinte de l'Objectif 10 de l'Agenda de développement durable. D'une part, la réduction des inégalités matérielles passe par un accès garanti à des prestations sociales de qualité et par une redéfinition de l'articulation travail-protection sociale dans un contexte où le travail ne joue pas toujours son rôle d'intégrateur social. D'autre part, la promotion de l'égalité des chances requiert le développement de programmes d'«éducation de la deuxième chance» encore plus ambitieux et dont l'accessibilité est garantie à tous, ainsi que la mise en place d'une action résolue contre les pratiques discriminatoires sur le marché du travail. La recherche académique a un rôle important à jouer pour combler les lacunes existantes dans notre connaissance de ces phénomènes.

L'auteur

Jean-Michel Bonvin



Jean-Michel Bonvin est professeur de sociologie et socioéconomie à l'Université de Genève. Ses champs d'expertise recouvrent les politiques sociales et de l'emploi, l'innovation organisationnelle dans le secteur public et le tiers secteur, la sociologie du travail et des entreprises et les théories de la justice, notamment l'approche par les capacités.

Ses projets de recherches sont financés, entre autres, par le Fonds national de la recherche suisse et par l'Union européenne. Depuis 2008, Jean-Michel Bonvin est président de l'Association suisse de politique sociale.



Ressourcenschonend konsumieren und produzieren

Patrick Wäger und Heinz Böni, Empa, Materials Science and Technology

66

Die internationale Umweltpolitik konnte seit den 70er-Jahren immer wieder grössere Erfolge verzeichnen. Jüngste Beispiele sind das Minamata Quecksilber-Übereinkommen 2013, in welchem die Schweiz eine tragende Rolle übernommen hat, oder die Einigung an der Pariser Klimakonferenz von 2015 für die globale Reduktion der Treibhausgasemissionen. Trotz dieser Erfolge besteht weitgehend Einigkeit, dass der Ressourcenverbrauch durch Produktion und Konsum in Zukunft deutlich reduziert werden muss, um die ökologischen Belastungsgrenzen unseres Planeten einzuhalten. Die Schweiz hat zwar bereits erste Schritte in die richtige Richtung getan, es gibt jedoch noch viel zu tun.

Produktion und Konsum von Gütern verbrauchen grosse Material- und Energiemengen. Obwohl die Materialeffizienz, d.h. der Materialfussabdruck¹ im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), in der Schweiz zwischen 2000 und 2014 zugenommen hat (BFS, 2017), konsumiert die Gesellschaft weiterhin viel mehr natürliche Ressourcen, als die Ökosysteme nachhaltig bereitstellen können (Global Footprint Network, 2017). Um den Verbrauch natürlicher Ressourcen auf ein ökosystemverträgliches Mass zu reduzieren, muss deshalb die Art und Weise, wie unsere Gesellschaft Güter produziert und konsumiert, grundlegend verändert werden.

Das Sustainable Development Goal (SDG) 12 der Agenda 2030 zielt darauf ab, nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherzustellen, und umfasst insgesamt 11 Unterziele (Targets). Diese beinhalten Forderungen

gen betreffend u.a. die Umsetzung des Zehnjahres-Programmrahmens für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster der Vereinten Nationen (10-Year-Framework of Programmes), die nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung natürlicher Ressourcen, den umweltverträglichen Umgang mit Chemikalien und allen Abfällen entlang des gesamten Lebenszyklus, die Verminderung des Abfallaufkommens durch Vermeidung, Verminderung, Wiederverwertung und Wiederverwendung, die Verringerung der Nahrungsmittelverschwendung, die Einführung bzw. Förderung nachhaltiger Verfahren in Unternehmen und der öffentlichen Beschaffung sowie die Bereitstellung von Informationen für eine nachhaltige Entwicklung und Lebensweise in Harmonie mit der Natur (United Nations, 2015). Forderungen zur Sicherstellung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster der Agenda 2030 beschränken sich jedoch nicht allein auf SDG 12, sondern sind auch Gegenstand weiterer (Unter-) Ziele, etwa die angestrebte schrittweise Verbesserung der weltweiten Ressourceneffizienz in Konsum und Produktion und Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung (Unterziel 8.4).

Bisherige Anstrengungen der Schweiz

Die Schweiz hat bereits verschiedene Anstrengungen unternommen, um den Ressourcenverbrauch zu reduzieren. So fasste im Herbst 2010 der Bundesrat einen Beschluss zur grünen Wirtschaft und erteilte der Verwaltung Aufträge in sechs Handlungsfeldern. Im Bericht des UVEK an den Bundesrat zur grünen Wirtschaft (BAFU, 2016) wurden entsprechende Massnahmen für die Periode 2016–19 festgelegt, mit Schwerpunkten in den Bereichen Konsum und Produktion sowie Abfälle und Rohstoffe. Unter der Leitung des BAFU und in Zusammenarbeit mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft sowie öffentlicher Hand wiederum wurde das Denkmodell «Go for Impact» entwickelt, welches sich an den Zielen der Agenda 2030 orientiert und Wege aufzeigt, wie die Schweiz entlang der Pole «Innovate», «Integrate»

¹ Der Materialfussabdruck entspricht dem inländischen Materialverbrauch (RMC), welcher sich aus der genutzten inländischen Gewinnung und den Importen in Rohstoffäquivalenten zusammensetzt, abzüglich der Exporte in Rohstoffäquivalenten (s. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/raum-umwelt/umweltgesamtrechnung/materialfluesse.html>).

und «Impact» schneller und wirkungsvoller eine ressourcenschonende Konsum- und Wirtschaftsweise erreichen kann.² Im Januar 2018 fand ferner das Kick-off des neuen Nationalen Forschungsprogramms (NFP) 73 «Nachhaltige Wirtschaft» statt. Das NFP 73 umfasst insgesamt 25 Projekte, von denen 12 einen direkten Bezug zum SDG 12 der Agenda 2030 haben.³

Es gibt noch viel zu tun

Auch wenn die bisherigen Anstrengungen in die richtige Richtung weisen, gibt es noch viel zu tun, um der Übernutzung natürlicher Ressourcen zu begegnen und die natürlichen Lebensgrundlagen für die nächsten Generationen zu erhalten. Wichtige Erfolgsfaktoren für die Transition zu einer nachhaltigeren, ressourceneffizienten Gesellschaft sind die Bereitschaft aller relevanten Akteure u.a. (a) zur konstruktiven Zusammenarbeit, (b) zur Einnahme einer systemischen Perspektive, welche u.a. die gesamte Wertschöpfungs- bzw. Lieferkette in den Blick nimmt und mögliche Folgeeffekte (etwa Mengenausweitungen durch Effizienzsteigerungen bzw. Rebound-Effekte) antizipiert, (c) soziale, wirtschaftliche und technische Innovationen durch Realisierung von Prototypen und Initiierung von Pilotprojekten auszuprobieren und verfügbar zu machen, einschliesslich der Möglichkeiten, die sich durch Trends wie Digitalisierung, Industrie 4.0 bzw. «Additive Manufacturing» oder «Sharing Economy» ergeben, (d) die Prinzipien einer Kreislaufwirtschaft konsequenter umzusetzen und (e) neben Innovation den Fokus vermehrt auch auf Exnovation zu legen, d.h. auf den Ausstieg aus nicht nachhaltigen Infrastrukturen, Technologien, Produkten und Praktiken.

² S. <https://www.gruenewirtschaft.admin.ch/grwi/de/home/go-for-impact/Go-for-Impact.html>

³ S. <http://www.nfp73.ch/de/projekte/alle-projekte>

Zu den Autoren

Patrick Wäger



Patrick Wäger, Studium der Chemie, Philosophie und Soziologie, Promotion am Institut für Toxikologie der ETH und Universität Zürich, Leiter der Abteilung Technologie & Gesellschaft der Empa, erforscht mit seiner Abteilung die Bedingungen und Möglichkeiten einer Transition zu einer nachhaltigeren (post-fossilen, ressourcenschonenden) Gesellschaft.

Heinz Böni



Heinz Böni, dipl. Ing. ETH: Seit 2012 Leiter der Forschungsgruppe Kritische Materialien und Ressourceneffizienz an der Abteilung Technologie und Gesellschaft. Von 2011 bis 2016 Leiter a.i. der Abteilung Technologie und Gesellschaft. Sein Forschungsgebiet sind die Schliessung und die Effizienz von Materialkreisläufen und der Umgang und die Rückgewinnung kritischer Rohstoffe aus Elektronikprodukten.

Literatur

- BAFU (2016): Grüne Wirtschaft. Massnahmen des Bundes für eine ressourcenschonende, zukunftsfähige Schweiz. Bericht an den Bundesrat. Bern, 20. April 2016.
- BFS (2017): Materialverbrauch. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/querschnittsthemen/wohlfahrtsmessung/indikatoren/materialverbrauch.html>. Letzter Aufruf: 9.3.2018.
- Global Footprint Network (2017): Ecological Wealth of Nations. https://www.footprintnetwork.org/content/documents/ecological_footprint_nations/ Letzter Aufruf: 9.3.2018.
- United Nations (2015): Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development. New York.

Die Schweiz im Kontext von Frieden und Gerechtigkeit

Anna Leissing, swisspeace



68

Nachhaltige Entwicklung ist nicht ohne Frieden und Gerechtigkeit möglich. Gleichzeitig erfordern friedliche und inklusive Gesellschaften wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung. Dieser fundamentale Zusammenhang wurde mit dem Nachhaltigkeitsziel 16 zu friedlichen und gerechten Gesellschaften in die gemeinsame Vision zur Transformation unserer Welt – die Agenda 2030 – aufgenommen.

Die Schweiz geniesst den Ruf eines friedlichen Landes und engagiert sich weltweit für Frieden und Gerechtigkeit. In vielen konflikt- und gewaltgeprägten Kontexten unterstützt sie Programme zum Schutz der Menschenrechte und zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit. Sie setzt sich für Dialog und Mediation in Friedensprozessen ein, leistet humanitäre Hilfe in Konfliktgebieten und hilft beim Wiederaufbau. Zudem fördert sie Initiativen zur Reduktion von Gewalt und Diskriminierung und trägt zur Schaffung einer Kultur des Friedens bei.

Nebst diesen Aktivitäten, die in ganz direkter Verbindung zum Nachhaltigkeitsziel 16 «Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen» stehen, unterstützt die Schweiz mit der Pathfinders-Initiative einen umfassenden Ansatz für friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften weltweit. Die Schnittstellen zu anderen Zielen der Agenda 2030 werden hier in den Vordergrund gerückt. So können Frieden und Gerechtigkeit zum Beispiel nicht ohne Bezug zur Geschlechtergleichstellung (Ziel 5) oder zur Reduktion von Ungleichheit (Ziel 10) gedacht werden. Auch Strategien und Initiativen in den Bereichen Armutsreduktion (Ziel 1), Bildung (Ziel 4) oder Arbeit (Ziel 8) müssen miteinbezogen werden.

Aussenpolitik rüttelt am Image

Dieses durchwegs positive Bild des Schweizer Engagements für Frieden und Gerechtigkeit ist jedoch unvollständig ohne einen kritischen Blick auf die Bereiche der Schweizer Aussenpolitik, die im Widerspruch zur Agenda 2030 stehen. Dazu gehören zum Beispiel die Schweizer

Waffenexportpolitik, die auch Waffenlieferungen in Konfliktgebiete erlaubt und damit riskiert, Menschenrechtsverletzungen und gewaltsame Auseinandersetzungen zu fördern. Auch die mangelnden Regulierungen für Banken und Unternehmen mit Sitz in der Schweiz zählen dazu, da dadurch illegale Finanzflüsse, problematische Investitionen und Menschenrechtsverletzungen durch Grosskonzerne im rechtlichen Nimbus verbleiben. Die Herausforderung für die Schweiz liegt also darin, die Glaubwürdigkeit und Wirkung des Engagements für Frieden und Gerechtigkeit nicht durch eine im Widerspruch stehende Wirtschaftsaussenpolitik zu untergraben.

Dringender Handlungsbedarf auch in der Schweiz

Innenpolitisch zeichnet sich ein ähnliches Bild. Grundsätzlich geht es uns gut in der Schweiz. Für eine Mehrheit sind die grundlegenden Menschenrechte gewährleistet und Konflikte werden meist im Dialog und über rechtsstaatliche Mechanismen gelöst. Trotzdem wäre es falsch, die Schweiz hier unkritisch aufs Podest zu stellen. In der dritten Allgemeinen Periodischen Überprüfung (UPR) durch den UNO-Menschenrechtsrat wurde die Schweiz auf dringenden Handlungsbedarf bezüglich Diskriminierung und geschlechtsspezifische Gewalt hingewiesen. Nach wie vor bestehen grosse Herausforderungen rund um die politische Partizipation der Schweizer Bevölkerung ohne Schweizer Pass, Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau, Polizeigewalt, Extremismus, Rassismus und Ausgrenzung gegenüber Migrantinnen und Migranten oder soziale Ungleichheit beim Zugang zu tertiärer Bildung.

Kohärenz zwischen Innen- und Aussenpolitik herstellen

Der Schweizer Einsatz im Ausland, zum Beispiel für die Partizipation von Minderheiten oder die Achtung der Menschenrechte durch die Polizei, ist im Inland ebenso nötig. Hier stellt sich die Frage, wie Politikkohärenz zwischen der Innen- und der Aussenpolitik hergestellt und Synergien genutzt werden können. Plattformen und Netz-

SAGW-Veranstaltungsreihe zu den SDGs

69

werke wie die Schweizerische Plattform für Friedensförderung KOFF können hier eine konstruktive Rolle spielen. KOFF bringt staatliche und zivilgesellschaftliche, akademische und praxisorientierte, im In- und Ausland tätige Akteure in den Austausch. An den Schnittstellen verschiedener gesellschaftlicher Sektoren und Forschungsdisziplinen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene wird damit gemeinsames Lernen gefördert. Dadurch können integrale und innovative Strategien und Ansätze entwickelt und Synergien nutzbar gemacht werden. Diese gemeinsame Vorgehensweise ist für Frieden und Gerechtigkeit in der Schweiz und weltweit unabdingbar.

Die SAGW engagiert sich für die Erarbeitung und Verbreitung von geistes- und sozialwissenschaftlichen Beiträgen zu den SDGs, und hat ihre Mitgliedsgesellschaften zur Mitwirkung an der Veranstaltungsreihe «Sustainable Development Goals: Der Beitrag der Geistes- und Sozialwissenschaften» aufgerufen. Ausserdem findet sich auf der SAGW-Website eine Sammlung von sozial- und geisteswissenschaftlichen Beiträgen zu verschiedenen relevanten Zielen der Agenda 2030 (die Liste wird laufend ergänzt).

Zur Autorin

Anna Leissing



Anna Leissing hat einen MA in Sozialanthropologie des Transnationalismus und des Staates der Universität Bern. Sie arbeitet bei der Schweizer Friedensstiftung swisspeace und leitet dort die Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF. Früher war Anna Leissing Koordinatorin des Guatemalanetz Bern, das sich für die Menschenrechte der indigenen

Bevölkerung Guatemalas in Konflikten rund um Land und Ressourcen starkmacht. Anna Leissing arbeitete ausserdem für die Gesellschaft für bedrohte Völker als Kampagnen- und Projektleiterin mit Fokus auf Menschenrechte in Sri Lanka, sowie für HELVETAS Swiss Intercooperation als Assistentin der Geschäftsleitung.

Mehr Informationen

Mehr Informationen über die Aktivitäten der SAGW und ihrer Mitgliedsgesellschaften rund um die SDGs: www.sagw.ch/sdg

Aufruf an unsere Mitgliedsgesellschaften: Interessiert Sie die Mitwirkung an der Veranstaltungsreihe und/oder möchten Sie auf der SAGW-Website einen bestimmten Beitrag zu den SDGs verzeichnen? Bitte melden Sie sich bei lea.berger@sagw.ch

Weiterführende Informationen zu den SDGs:

<https://www.eda.admin.ch/agenda2030>

Weitere Informationen

Pathfinders-Initiative: <http://cic.nyu.edu/programs/sdg16plus>

UPR-Verfahren zur Schweiz: <https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-schweiz/upr/>

Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF: <http://koff.swisspeace.ch/>

International



Digital-Humanities-Tagung in Köln – Raum für (Selbst-)Kritik

(ib) In der Woche vom 26. Februar traf sich die Digital-Humanities-Fachgemeinde in Köln zu ihrer mittlerweile fünften Jahrestagung seit der Gründung des Verbands Digital Humanities im deutschsprachigen Raum DHd, die dem Thema «Kritik der digitalen Vernunft» gewidmet war.¹

Kritik der digitalen Vernunft oder Kritik durch die digitale Vernunft?

Wie es sich für einen wissenschaftlichen Megatrend wie die Digital Humanities geziemt und wie es mit der Disziplin inhärent verbunden ist, neigen deren mittlerweile zahlreiche Anhänger – es erschienen über 600 Personen an der Tagung – fast unweigerlich dazu, nach ein paar Jahren des Aufbruchs und der Begeisterung in eine selbstreflexive und kritische Phase überzugehen, und das scheint gut so zu sein. Was tun wir eigentlich, wenn wir digitale Methoden in den Geisteswissenschaften verwenden, was bedeutet das für den Forschungsprozess und für dessen Ergebnisse? Die Referentin des Eröffnungsvortrags, die Professorin für theoretische Philosophie Sybille Krämer der FU Berlin, drehte gleichsam den Spieß in ihrem Beitrag «Der (Stachel des Digitalen) – ein Anreiz zur Selbstreflexion in den Geisteswissenschaften?» um und sinnierte darüber, ob es nicht vielmehr die digitale Perspektive ist, die dazu beitragen kann, ein selbstkritisches Potenzial gegenüber den herkömmlichen Geisteswissenschaften zu entfalten. Dies erläutert sie zum Abschluss ihres Beitrags am Beispiel der «Kulturtechnik der Verflachung» – gemeint ist die produktive Nutzung von bebilderten oder beschrifteten Flächen durch den Menschen. Im Zeitalter des Digitalen wird der Bildschirm zu einer solchen Fläche und damit Bestandteil unserer Kulturtechnik, die es erlaubt, Wissen aus dem Internet in bisher ungeahntem Ausmass zu ziehen und damit als mündiges und souveränes Indivi-

duum agieren zu können. Hinter dem Bildschirm eröffnet sich jedoch ein schier unermesslicher Raum an Algorithmen, Netzwerken und Prozessen, der sich der Kontrolle durch den Menschen zu entziehen droht. In der künstlichen Intelligenz etwa erhält die einstige Verflachung eine janusköpfige Tiefendimension, deren Sichtbarmachung und kritische Reflexion ein wichtiger Bestandteil einer neuen «digitalen Aufklärung» sein wird.²

Was sind digitale Methoden?

Michael Raunig von der Universität Graz postulierte in seinem Beitrag «Digitale Methoden sind weder digital noch innovativ» die provokante These, dass die digitalen Methoden weitestgehend traditionell sind, da diese schon immer mediengestützt waren. Neue (digitale) Werkzeuge allein könnten Methoden nicht per se verändern. Zudem verhindert die analoge Wahrnehmung – der Forschende am Bildschirm – die Durchdigitalisierung des Forschungsprozesses. Digitale Methoden entstehen erst dann, wenn auch die Algorithmen für die Auswertung digital entstehen, also maschinengesteuert sind.

In eine andere Richtung tendierte der Zürcher Computerlinguist Noah Bubenhofer, der über «Wissenschaft ohne Geist: Herausforderungen der Digital Humanities am Beispiel der Digital Linguistics» referierte. Zwar gab er zu bedenken, dass gerade die Linguistik Gefahr laufe, gegenüber der Computerlinguistik bedeutungslos zu werden, da Letztere die Forschungsaufgaben einfach besser zu lösen vermag. Dies entbinde das junge Fach jedoch nicht von der Verpflichtung, gemäss den geisteswissenschaftlichen Traditionen eine statistische Relevanz auch zu erklären und zu deuten. Ebenso bedürften die Messverfahren einer theoretischen Grundlage, sonst würde tatsächlich der Geist ausgetrieben und das Fach damit seinerseits obsolet.

Eine solche theoretische Grundlage lieferte Gerhard Lauer, der seit letztem Jahr in Basel die Professur für Digital Humanities innehat. Für seinen literaturhistorischen Ansatz rekurriert er auf die Theorie der Populationsgenetiker Cavalli-Sforza und Feldmann zur «kulturellen Evolution».³ Evolutionäre Modelle, so Lauer, sind geeig-

² Dazu Sybille Krämer: Trace, Writing, Diagram: Reflections on Spatiality, Intuition, Graphical Practices and Thinking, in: Andrés Benede, Kristóf Nyíri (Hg.): The Power of the Image, Frankfurt a. Main: Peter Lang 2014, S. 3–22.

³ Siehe Lewens, Tim (2013): «Cultural Evolution», in: The Stanford Encyclopedia of Philosophy (Spring 2013 Edition), Edward N. Zalta (ed.), URL <https://plato.stanford.edu/archives/spr2013/entries/evolution-cultural/> (letzter Zugriff: 16.3.2018).

¹ Tagungsprogramm und Book of Abstract siehe: <http://dhd2018.uni-koeln.de/> (letzter Zugriff: 16.3.2018).

net um das «Mengenproblem», will heißen die adäquate Beschreibung der Vielfalt der weltweiten Literaturen, anzugehen und zu deuten, unter Verwendung digitaler Methoden. Diese Methode lässt sich beispielsweise für das Herausarbeiten phylogenetischer Verwandtschaften von Manuskripten verwenden, mit dem Ziel, Stemmata vor-moderner Texte zu rekonstruieren. Ein weiterer kultur-evolutionärer Ansatz zielt auf die Klassifikation von Motivtraditionen. Dabei geht es um «pattern recognition», um das Erkennen von motivischen Mustern in globaler Perspektive, beispielsweise in Märchen. Ziel dieser Zugänge ist es, einen Beitrag zur kulturellen Entwicklungsgeschichte der Menschheit zu leisten.

Neues Positionspapier der Arbeitsgruppe Datenzentren

Abseits der kantianisch-darwinistischen Rückgriffe trafen sich wie immer an den DHd-Tagungen verschiedene Arbeitsgruppen zu ihren jährlichen Sitzungen. Die Arbeitsgruppe Datenzentren konnte ihr neuestes Produkt vorstellen: «Geisteswissenschaftliche Datenzentren im deutschsprachigen Raum. Grundsatzpapier zur Sicherung der langfristigen Verfügbarkeit von Forschungsdaten»⁴. Das Papier, an dessen Entstehung auch das «Data and Service Center for the Humanities» DaSCH der SAGW beteiligt war, enthält in systematisierender Weise Überlegungen zu Leistungsspektren von Datenzentren, Zielen und Aufgaben, zu Organisationsformen sowie Empfehlungen und Perspektiven. Verschiedene Narrative veranschaulichen praktische Beispiele gelungener Einsätze von Datenzentren im deutschsprachigen Raum. In den Debatten um den Aufbau nationaler Einrichtungen und Dienstleistungen, wie sie gerade in Deutschland und teilweise auch in der Schweiz geführt werden, bietet der Text fundierte Positionen der Praxis an.

2019 zieht die DHd-Tagung von der Universität zu Köln rheinaufwärts und wird erstmals an zwei Standorten durchgeführt. Die Workshops werden in Mainz, die Konferenz in Frankfurt a. M. stattfinden. Es bleibt zu hoffen, dass aufgrund der kürzeren Distanz etwas mehr Schweizer Kolleginnen und Kollegen den Weg an diese für die Digital Humanities wichtige Veranstaltung finden werden, als es bisher der Fall war.

Geistes- und Sozialwissenschaften im 9. EU-Forschungsrahmenprogramm

(bk) Auch wenn es noch in weiter Ferne scheint, schon bald geht Horizon 2020 zu Ende. Die Vorbereitungen für das 9. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Kommission haben begonnen. Verschiedene Universitäten haben dazu aufgerufen, im neuen Forschungsrahmenprogramm die Geistes- und Sozialwissenschaften zu stärken und besser zu integrieren. ALLEA und weitere akademische Dachorganisationen veröffentlichten die Agenda «Living together: Missions for shaping the future».

Auf Initiative der Universität Gent haben sich VertreterInnen der Freien Universität Berlin mit Universitäten aus Italien, Spanien, Holland, Grossbritannien, Belgien und Frankreich zusammengeschlossen und eine Stellungnahme zur besseren Integration der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung im Nachfolgeprogramm von Horizon 2020 veröffentlicht.

Die Universitäten sprechen fünf Empfehlungen aus:¹

- Die Schaffung einer SSH-Plattform und die Stärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit.
- Die Ermutigung von WissenschaftlerInnen, bereits bei der Antragstellung über die Generierung von gesellschaftlichem und akademischem Mehrwert durch das Projekt nachzudenken.
- Die Anerkennung dessen, dass alle Forschungsdisziplinen massgeblich zu den Zielen eines inklusiven und wohlhabenden Europas beitragen.
- Die Investition in exzellente SSH-Forschung und die Möglichkeit, daraus Innovationen erwachsen zu lassen.
- Die Zielmarke von 10% Budgetanteil für SSH den existierenden Key-Performance-Indikatoren (KPI) für diese Disziplinen hinzuzufügen.

⁴ Download: <https://doi.org/10.5281/zenodo.1134760>

¹ <http://www.fu-berlin.de/sites/bruessel/Positionen/SSH-FP9.html>

Bis Anfang März lief die Konsultation zu den Prioritäten des EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovation der Europäischen Kommission. Die Konsultation fand vor dem Hintergrund der Debatte um den künftigen EU-Haushalt statt, der ohne britische Beiträge auskommen muss, sowie der Diskussion um die künftige Prioritätensetzung der Europäischen Gemeinschaft.

Konkrete Vorstellungen

Eine geistes- und sozialwissenschaftliche Agenda für das nächste Forschungsrahmenprogramm legten verschiedene Forschungsorganisationen – darunter die ALLEA, bei der auch die Akademien der Wissenschaften Schweiz Mitglied sind – bereits im Dezember 2017 vor. Sie betonen die Bedeutung der Geistes- und Sozialwissenschaften für die Wissensgesellschaften im 21. Jahrhundert und nennen vier «Missionen»:

- Living Together: Building Sustainable, Open and Democratic Societies for the Future
- Catching up with Innovation: Preparing for Social Consequences and Embracing Opportunities
- Growing up and Ageing in Europe: A Good Life and a Dignified Death
- Truth, Trust and Expertise: Establishing and Securing Trust as a Basis for Sustainable and Legitimate Governance

Beitrag der SAGW

Die genannten Themen sind gesellschaftlich relevant, aber nicht neu. Eine nachhaltige, offene und demokratische Gesellschaft wird auch mit den siebzehn Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 angestrebt, was von der ALLEA und ihren Partnern als Grundstruktur befürwortet wird. Die SAGW setzt sich mit ihren Aktivitäten für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele ein. Einen ersten Überblick zeigt das Dossier dieses Bulletins (ab S. 39). Auch sozialwissenschaftliche Innovationen sind auf der Agenda der SAGW zu finden. Informationen zum eben veröffentlichten Bericht finden Sie auf Seite 76. Schliesslich werden die Themen zu Alter und Lebensqualität intensiv von der SAGW bearbeitet. Auf der Plattform «Ageing Society» werden Grundlagen sowie schweizweite Aktivitäten auf diesem Gebiet zusammengefasst. Die Ergebnisse zur ersten Plenarversammlung «Ageing Society» 2018 finden Sie auf Seite 22.

Weitere Informationen

Freie Universität Berlin, EU-Verbindungsbüro Brüssel:
<http://www.fu-berlin.de/sites/bruessel/Positionen/SSH-FP9.html>

Stellungnahme: «Call on the European Union to create high-quality dedicated and embedded SSH research opportunities in FP9»

http://www.fu-berlin.de/sites/bruessel/Ressourcen/18-02-05_SSH-position.pdf

Agenda «Living together: Missions for shaping the future»

http://www.allea.org/wp-content/uploads/2017/12/Living_Together_Missions_for_Shaping_the_Future_2017.pdf

SAGW-Website SDGs

<http://www.sagw.ch/sdg>

Bericht «Innovation Anregung/Impulse aus den Geistes- und Sozialwissenschaften – ein Werkstattbericht»

<http://www.sagw.ch/de/sagw/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/publis-schwerpunkte/publis-wiss-tech.html>

Plattform «Ageing Society»

<http://www.ageingsociety.ch>

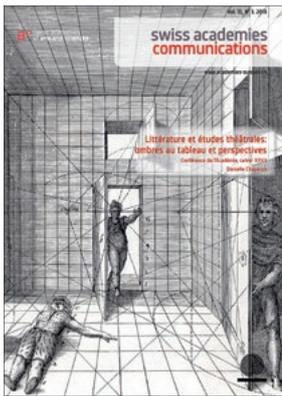
Publikationen Publications



«Littérature et études théâtrales: ombres au tableau et perspectives»

Danielle Chaperon

Conférence de l'Académie, cahier XXVII, Académie suisse des sciences humaines et sociales (2018), *Swiss Academies Communications* 13 (3)



A travers un questionnaire sur les études théâtrales, la conférence traite des conditions (historiques) de possibilité de l'interdisciplinarité. Les études théâtrales, dit-on, seraient en France nées d'un rejet de l'appréhension littéraire du théâtre. Bien qu'en partie légendaire, ce récit d'origine affecte aujourd'hui encore les relations entre la

théorie littéraire d'une part et les études théâtrales d'autre part. Définies comme un ensemble de disciplines réunies autour d'un objet commun, les études théâtrales semblent restées fermées à certains échanges et à certaines études comparatives. Ainsi, au contraire des études cinématographiques

ou de la bande dessinée, les études théâtrales sont restées à l'écart de la narratologie dans le dernier quart du XX^e siècle. Il se trouve que ce défaut de «passé narratologique» entrave l'engagement des chercheurs dans les projets de narratologie transmédiatique actuels, ainsi que dans certaines recherches en archéologie des médias.

Innovation – Anregungen/Impulse aus den Geistes- und Sozialwissenschaften – Ein Werkstattbericht

76

Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (2018), *Swiss Academies Communications* 13 (1)



«Forschung und Innovation werden in einem Atemzug genannt und wenn nicht als Synonym dann zumindest als symbolisches Verhältnis verstanden. Was Forschung und Innovation verbindet, ist die Suche nach dem Neuen, und vom Neuen versprechen sich moderne Gesellschaften Wirtschaftswachstum», hält Markus Zürcher einfühend fest

und schlägt die Brücke zur SAGW-Jahresversammlung im Mai 2017. Die PräsidentInnen der sieben Sektionen der SAGW haben in sieben Minuten über die Innovation in ihrem Fachbereich berichtet. Sieben Denkanstösse in hochkonzentrierter Form sind auf 57 Seiten (inkl. Literaturangaben) zusammengefasst – eine lesenswerte Trouville in der Geistes- und Sozialwissenschaft.

«Next Generation: Für eine wirksame Nachwuchsförderung. Situation, Modelle, Massnahmen und Empfehlungen zu einer wirksameren Nachwuchsförderung im Wissenschaftssystem der Schweiz»

Thomas Hildbrand

Im Auftrag der Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (2018), *Swiss Academies Reports* 13 (1)

77



Die Situation des akademischen Nachwuchses speziell in den Geisteswissenschaften, aber auch generell, und besonders des Nachwuchses mit Doktorat ist seit längerer Zeit unbefriedigend. Die Situation der Postdocs kann nur mit deutlichen Veränderungen am bestehenden System verbessert werden. Der Bericht beschreibt die heutige Situation, analysiert die Herausforderungen, skizziert eine Vision mit Leitprinzipien, macht Vorschläge für konkrete Massnahmen und formuliert Empfehlungen vor allem an die Universitäten, deren Koordinationsorgan swissuniversities und deren Trägerschaften sowie an Bund und Nationalfonds. Im Zentrum der Empfehlungen steht die Etablierung von mehreren Karrierewegen für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Mitgliedsgesellschaften und Unternehmen der SAGW Sociétés membres et entreprises de l'ASSH

A Schweizerische Gesellschaft für Afrikastudien (SGAS), Société suisse d'études africaines (SSEA), www.sagw.ch/africa | Schweizerische Gesellschaft für Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie (SGA), Société Suisse d'économie et de sociologie rurale (SSE), www.sga-sse.ch | Schweizerische Vereinigung für Altertumswissenschaft (SVAW), Association suisse pour l'étude de l'Antiquité (ASEA), www.sagw.ch/svaw | Schweizerische Akademische Gesellschaft der Anglisten (SAUTE), Société suisse d'études anglaises (SAUTE), www.sagw.ch/saute | Schweizerische Amerikanisten-Gesellschaft (SAG), Société suisse des américanistes (SSA), www.ssa-sag.ch | Vereinigung der Freunde Antiker Kunst, Association suisse des amis de l'art antique, www.antikekunst.ch | Archäologie Schweiz, Archéologie Suisse, www.archaeologie-schweiz.ch | Schweizerische Asiengesellschaft (SAG), Société Suisse-Asie, www.sagw.ch/asien-gesellschaft **B** Schweizerische Gesellschaft für Betriebswirtschaft (SGB), Société suisse de gestion d'entreprise, www.sagw.ch/sgb | Schweizerische Gesellschaft für Bildungsforschung (SGBF), Société suisse pour la recherche en éducation (SSRE), www.sgbf.ch | Schweizerische Gesellschaft für Biomedizinische Ethik (SGBE), Société suisse d'éthique biomédicale (SSEB), www.sagw.ch/sgbe | Schweizerischer Burgenverein, Association Suisse Châteaux forts, www.burgenverein.ch **C, D, E** Schweizerische Ethnologische Gesellschaft (SEG), Société suisse d'ethnologie (SSE), www.seg-sse.ch **F** Schweizerische Friedensstiftung, Fondation suisse pour la paix – swisspeace, www.swisspeace.ch **G** Schweizerische Gesellschaft für Geschlechterforschung (SGGF), Société suisse pour les Etudes Genre SSEG, www.gendercampus.ch/de/sggf | Schweizerische Gesellschaft für Geschichte (SGG), Société suisse d'histoire (SSH), www.sgg-ssh.ch | Schweizerische Gesellschaft für Gesetzgebung (SGG), Société suisse de législation (SSL), www.sgg-ssl.ch | Schweizerische Akademische Gesellschaft für Germanistik (SAGG), Société académique des germanistes suisses (SAGG), www.sagg.ch **H** Schweizerische Heraldische Gesellschaft (SHG), Société suisse d'héraldique (SHG), www.schweiz-heraldik.ch | Sociedad Suiza de Estudios Hispánicos (SSEH), www.sagw.ch/sseh | Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden (VSH), Association Suisse des Enseignant-e-s d'Université (AEU), www.hsl.ethz.ch **I, J** Schweizerische Gesellschaft für Judaistische Forschung (SGJF), Société suisse d'études juives (SSEJ), www.sagw.ch/judaistik | Schweizerischer Juristenverein (SJV), Société suisse des juristes, www.juristentag.ch **K** Schweizerisches Institut für Kinder- und Jugendmedien (SIKJM), Institut suisse Jeunesse & Médias (SIKJM), www.sikjm.ch | Schweizerische Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft (SGKM), Société suisse des sciences de la communication et des mass media (SSCM), www.sgkm.ch | Nationale Informationsstelle für Kulturgüter-Erhaltung (NIKE), Centre national d'information pour la conservation des biens culturels (NIKE), www.nike-kultur.ch | Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte (GSK), Société

d'histoire de l'art en Suisse (SHAS), www.gsk.ch | Vereinigung der Kunsthistorikerinnen und Kunsthistoriker in der Schweiz (VKKS), Association suisse des historiennes et historiens de l'art (ASHHA), www.vkks.ch | Schweizerisches Institut für Kunstwissenschaft (SIK), Institut suisse pour l'étude de l'art (ISEA), www.sik-isea.ch **L** Schweizerische Gesellschaft für allgemeine und vergleichende Literaturwissenschaft (SAGVL), Association suisse de littérature générale et comparée (ASLGC), www.sagw.ch/sgavl **M** Schweizerische Gesellschaft Mittlerer Osten und Islamische Kulturen (SGMOIK), Société suisse Moyen Orient et Civilisation Islamique (SSMOCI), www.sagw.ch/sgmoik | Verband der Museen der Schweiz (VMS)/International Council of Museums (ICOM), Association des musées suisses (AMS)/Conseil International des Musées (ICOM), www.museums.ch | Schweizerische Musikforschende Gesellschaft (SMG), Société suisse de musicologie (SSM), www.smg-ssm.ch **N** Schweizerische Gesellschaft für Nordamerika-Studien (SANAS), Association suisse des études nord-américaines (SANAS), www.sagw.ch/sanas | Schweizerische Numismatische Gesellschaft (SNG), Société suisse de numismatique, www.numisuisse.ch **O** Schweizerische Gesellschaft für orientalische Altertumswissenschaft, Société suisse pour l'étude du Proche-Orient ancien, www.sagw.ch/sgoa | Schweizerische Akademische Gesellschaft für Osteuropawissenschaften, Société Académique Suisses des Etudes de l'Europe de l'Est, www.sagw.ch/sags | Stiftung Bibliothek Werner Oechslin, www.bibliothek-oeschlin.ch **P** Schweizerische Philosophische Gesellschaft (SPG), Société suisse de philosophie (SSP), www.sagw.ch/philosophie | Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft (SVPW), Association suisse de science politique (ASSP), www.sagw.ch/svpw | Schweizerische Gesellschaft für Psychologie (SGP), Société suisse de psychologie (SSP), www.ssp-sgp.ch **Q, R** Schweizerische Vereinigung für internationales Recht (SVIR), Société suisse de droit international (SSDI), www.sagw.ch/svir | Schweizerische Gesellschaft für Religionswissenschaft (SGR), Société suisse pour la science des religions (SSSR), www.sgr-sssr.ch | Societad Retorumantscha (SRR), www.drg.ch | Collegium Romanicum, www.sagw.ch/collegium-romanicum **S** Swiss Association for the Studies of Science, Technology and Society (STS-CH), www.unige.sts.ch | Schweizerische Gesellschaft für Kulturtheorie und Semiotik (SGKS), Association Suisse de Sémiotique et de Théorie de la Culture (ASSC), www.sagw.ch/semiotik | Schweizerische Gesellschaft für Skandinavische Studien (SGSS), Société suisse d'études scandinaves (SGSS), www.sagw.ch/sgss | Schweizerische Gesellschaft für Soziale Arbeit (SGSA), Société suisse de Travail social (SSTS), www.sgsa-ssts.ch/sgsa.html | Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP), Association Suisse de Politique Sociale, www.svsp.ch | Schweizerische Gesellschaft für Soziologie (SGS), Société suisse de sociologie (SSS), www.sgs-sss.ch | Schweizerische Sprachwissenschaftliche Gesellschaft (SSG), Société suisse de linguistique (SSL), www.sagw.ch/ssg | Schweizerische Gesellschaft für Statistik (SGS), Société Suisse de Statistique (SSS), www.stat.ch | Schweizerische

Gesellschaft für Symbolforschung, Société suisse de recherches en symbolique, www.symbolforschung.ch **T** Schweizerische Gesellschaft für Theaterkultur (SGTK), Société suisse du théâtre (SST), www.mimos.ch | Schweizerische Theologische Gesellschaft (SThG), Société suisse de théologie (SSTh), www.sagw.ch/sthg
U Schweizerische Akademische Gesellschaft für Umweltforschung und Ökologie (SAGUF), Société académique suisse pour la recherche sur l'environnement et l'écologie (SAGUF), www.saguf.scnatweb.ch
V Schweizerische Gesellschaft für Verwaltungswissenschaften (SGVW), Société suisse des sciences administratives (SSSA), www.sgvw.ch | Schweizerische Gesellschaft für Volkskunde (SGV), Société suisse des traditions populaires (SSTP), www.volkskunde.ch | Schweizerische Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik (SGVS), Société suisse d'économie politique et de statistique (SSEPS), www.sgvs.ch **W, X, Y, Z** swissfuture – Schweizerische Vereinigung für Zukunftsforschung (SZF), swissfuture – Association suisse pour la recherche prospective (SZF), www.swissfuture.ch

Unternehmen Entreprises

Diplomatische Dokumente der Schweiz (DDS), Documents diplomatiques suisses (DDS), www.dodis.ch | Inventar der Fundmünzen der Schweiz (IFS), Inventaire des trouvailles monétaires suisses (ITMS), www.fundmuenzen.ch | infoclio.ch, www.infoclio.ch | Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Dictionnaire historique de la Suisse (DHS), www.hls.ch | Jahrbuch Schweizerische Politik, Année Politique Suisse, www.anneepolitique.swiss | Nationale Wörterbücher der Schweiz (NWB), Glossaires nationaux de la Suisse, www.sagw.ch/nwb | Data and Service Center for the Humanities (DaSCH), www.dasch.swiss

Generalsekretariat der SAGW

Generalsekretär
Dr. Markus Zürcher

Stv. Generalsekretär/Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Dr. Beat Immenhauser

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen

Lea Berger, MA Social Sciences
Dr. phil. Manuela Cimeli
Dr. phil. Marlène Iseli
Fabienne Jan, lic. ès lettres

Personal/Finanzen

Eva Bühler
Annemarie Hofer
Christine Kohler

Öffentlichkeitsarbeit

Beatrice Kübli
Dr. Franca Siegfried

Administration

Delphine Gingin
Gabriela Indermühle
Gilles Nikles

Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften

Haus der Akademien, Laupenstrasse 7, 3008 Bern
Tel. 031 306 92 50
www.sagw.ch
E-Mail: sagw@sagw.ch
E-Mail an die Mitarbeiter/-innen: vorname.nachname@sagw.ch

ISSN 1420-6560



2 | 2018

Mitglied der
a⁺ akademien der
wissenschaften schweiz